

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich, abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sinau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Faustsch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münst. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münst. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Der Jahrgang (inkl. Postgebühren) 8,25 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr: die gewöhnliche Kolonettzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Beilagenblatt 10 Pf. Zeitungspostamt Nr. 111.

Nr. 15.

Magdeburg, Mittwoch den 18. Januar 1911.

22. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Die Reichsgründung.

Vier Jahrzehnte nach der Kaiserproklamation zu Versailles hallt in den Reichslanden der Ruf: Es lebe die Republik! Und als sinnige Guldigung für diese Gedankzeiten legt die preussische Regierung dem Reich einen Verfassungsentwurf für das eroberte Land vor, der es zu einer Kolonie Preußens macht, während vor 40 Jahren nichts so sehr als großmütiger Akt preussischer Entfaltung und Uneigennützigkeit gefeiert wurde, als der Entschluß Bismarcks, Maß-Vorbringen nicht für Preußen zu annektieren, sondern unter die Obhut des neuen Reiches zu stellen. Die Unfähigkeit Preußens, mit Gewalt geraffene Länder sich innerlich anzupassen, erscheint nicht minder kraß in der reichsländischen Geschichte wie in der Entwicklung der polnischen Landesteile oder der Nordmark. Selbst gegen den deutschen Süden drohen nach 40jähriger Angliederung noch preussische Junker öffentlich, mit Bajonetten dort Ordnung zu schaffen, und als Echo wird die populärste aller Rufe zurückgerufen: Los von Preußen! Was England in wenigen Jahren gelungen ist, die in einem grausamen Krieg unterjochten Völkern mit seiner Herrschaft auszuwählen, vermag Preußen in einem halben und ganzen Jahrhundert nicht innerhalb desselben Reiches zu erwirken. Niemand hat das Preuentum es verstanden, moralische Eroberungen zu machen.

Der Gedenktag des 18. Januar 1871 wird von den heute noch herrschenden Gewalten eben für gut genug gehalten, daß eine — außer den hungernden Veteranen — an den Opfern jene Zeiten unbeteiligte Generation mit deren Jubelgeränge versucht, die gänzlich volksfremde durch patriotische Wallungen abzulenken. Die Einheit des nationalen Feiertags ist seit 40 Jahren nicht größer geworden. Schon der weltgeschichtliche Akt selbst vollzog sich in dem wirren Gepolter und dem aufgeregten Janf einer höfischen Hofe. Dem deutschen Volk ist die längst fällige geschichtliche Notwendigkeit der nationalen Einigung in ihrer besten Form beschieden worden. Kein vernünftiger Mensch wird heute jenen Akt rückgängig machen wollen und niemand wird bestreiten, daß die Reichsgründung dennoch ein Fortschritt gewesen ist. Aber zugleich ist heute die Ueberzeugung tiefer und weiter verbreitet als je, daß die innerliche Vervollendung der nationalen Einigung erst noch zu erringen ist.

Die Bismarcksche Reichsgründung der konterrevolutionären Kaiserkrone sollte, nach dem Willen ihrer Urheber, das Ende der demokratischen Bewegung sein. Heute wissen wir, daß jene erfolgreiche Politik mit all dem Blut und dem mörderischen Eifer die Entwicklung nur gehemmt hat. Der dürrtige und eilige Notbau der deutschen Reichsverfassung hat in den 40 Jahren seiner Dauer nicht eine einzige Verbesserung erlitten. Diese Verfassung ertrug keine Verbesserung, weil jeder Versuch die vom deutschen Volke noch nicht einmal begonnenen Verfassungskämpfe um die wirkliche nationale Selbstbestimmung entfesselt haben würde. Und wieder ist es eine anmutige Guldigung für den Kaiserlag von Versailles, daß die einzige durchgreifende Änderung der Reichsverfassung, die eben jetzt unternommen werden soll, eine Verleihung der deutschen Einheit und einen Rückfall um ein Jahrhundert bringen soll: die Wiederbelebung der Winsten auf den Klüften!

Ueber die geschichtlichen Vorgänge, unter denen sich die Reichsgründung vollzog, müssen die deutschen Archive immer noch schweigen. Während das besiegte Frankreich es wagen darf, eben jetzt die diplomatischen Urkunden über den Ursprung des Krieges von 1870/71 lückenlos und wahrhaftig zu veröffentlichen, muß das siegreiche Deutschland heute noch sich davor fürchten, die Dokumente der Reichsgründung der Öffentlichkeit vorzulegen. Entstand doch schon wegen der Veröffentlichung von ein paar harmlosen Tagebuchblättern des preussischen Kronprinzen, die noch dazu von ihrem Herausgeber kassiert waren, eine mit allen Mitteln Bismarcksche Brutalität betriebene Gehe! Gleichwohl können wir jetzt aus den zahlreichen privaten Veröffentlichungen beteiligter Personen ein ziemlich klares Bild von den Vorgängen gewinnen, die zu dem Tage von Versailles führten. Schon was wir jetzt wissen, zerstört auch den letzten Hauch eines heroischen Nimbus.

Höfische Intrigen, dynastische Rivalitäten, diplomatische Künste und Schwänke wirbeln durcheinander. Nirgends eine Spur echter nationaler Begeisterung und Hingebung. Im Hintergrund aber die blutige Tragödie zweier Völker, die gegeneinander getrieben und mit den eignen Händen

der demokratischen Einheit Europas das Grab schaufeln müssen. Selbst die nationalistischen Historiker, die sich heute mit der Zeit der Reichsgründung wissenschaftlich beschäftigen, verbergen nicht die innere Enttäuschung und trösten sich im Anblick der gehäuften Niederlagen und Widrigkeiten, mit der Uestaunung der Bismarckschen Genialität, mit der es ihm gelungen, seine Pläne zu erfüllen und zu erzwingen.

Spricht man nach diesen vier Jahrzehnten von Deutschland, so sagt man nicht Deutsches Reich, sondern Preußen-Deutschland oder Reichspreußen oder bedient sich einer ähnlichen Wendung, um zu bezeichnen, daß die deutsche Einheit nur eine preussische Einheit sei. Nichts anderes aber erstrebte und erreichte auch die Bismarcksche Politik. Der kaiserliche Absolutismus, den man heute beklagt, ist nicht die zufällige Ausströmung einer monarchischen Persönlichkeit, sondern er wurzelt im tiefsten Wesen der deutschen Reichsgründung und der deutschen Reichsverfassung. Die Träger des preussischen Absolutismus haben gewechselt — zwei Jahrzehnte war es ein Kanzler, die beiden folgenden ein Kaiser —, preussischer Absolutismus war es von Anfang an und sollte es sein.

Das war das Problem der Bismarckschen Politik, deren zähe, bedenkenlose Geschicklichkeit zum Erfolg führte, deren listigen Beweglichkeit man bewundern mag, deren Blick freilich auch nur durch die politische Bescheidenheit und Unterwürfigkeit des deutschen Bürgertums möglich ward. Die kapitalistisch aufstrebende deutsche Bourgeoisie bedurfte für ihre wirtschaftlichen Zwecke eine Art nationaler Einigung. Sie war unaussprechbar. Aber diese Bourgeoisie sollte politisch nicht herrschen dürfen. Und in der Verbindung der deutschen Staaten sollte Preußens Macht sich nicht verheeren, sondern verstärken, und die monarchisch-junkerliche Klassenherrschaft verewigt werden. Ein Bundesstaat ohne Gleichberechtigung der Bundesglieder, eine Verfassung ohne wirkliche parlamentarische Rechte, bürgerliche Wirtschaft unter junkerlich-agrarischer Vormundschaft, nationale Bewegung ohne Volk, liberale Entwicklung zur Ausrottung der Demokratie, ein Staatenbund unter absolutistischer Führung — das war die Aufgabe, und sie wurde gelöst. Wenn sich in dieses noch halb feudale Verfassungsweesen schließlich als Fremdkörper eine Art demokratischen Wahlrechts einschlich, so war das durchaus nicht als Zugeständnis an die Demokratie gedacht, sondern als käsarischer Mittel der Demagogie: aus den Erfahrungen der Konfliktzeit hatte Bismarck das Dreiklassenwahlrecht und beabsichtigte den „urteilslosen“ „Böbel“ mittels des demokratischen Wahlrechts gegen Herrschaftsgelüste der Bourgeoisie zu gebrauchen. Um Erlösung von diesem „größten Fehler Bismarcks“ flehen nach 40 Jahren alle „Patrioten“!

Wie Wilhelm I., so ist auch Bismarck im Grunde nie über die ostelbische Befangenheit emporgewachsen. Für die Interessen der hohenzollernischen Dynastie sorgte der eine, für die des preussischen Junkertums der andre, und beide trafen sich in der nie verblakten Empfindung, daß der schrecklichste Tag Preußens jener Märztag des Jahres 1848 gewesen sei, da die Berliner Garde die schwarzrotgoldene Kokarde der deutschen Einheit trug und der preussische König das Aufgehen Preußens in Deutschland proklamierte. Der schwarzweißrote 18. Januar 1871 sollte die endgültige Ueberwindung des schwarzrotgoldenen 18. März 1848 sein. Die Kaiserkrönung von Versailles sollte das Aufgehen Deutschlands in Preußen vollenden!

Im Juni 1859 hielt der Prinzregent Wilhelm in Berlin an die zu den Militärkonferenzen der mitteldeutschen Staaten erschienenen Offiziere diese grimmige Ansprache: Es hat mich tief gekränkt, indem man meine Politik für keine offene erklärt, mich gedrängt und sogar gesagt hat, ich wolle die preussische Armee gegen Deutschland führen. Gehen Sie nach Hause und schlagen Sie dem, der Ihnen dies sagt, eine ins Gesicht, in meinem Namen. Ich war es, der es mit Freuden begrüßte, daß endlich einmal etwas Einseitiges geschehen soll und eine nationale Regierung sich kundgibt. Aber dieser Enthusiasmus ist in Uebermut ausgeartet, und ich halte es für meine Pflicht, demselben entgegenzutreten.

7 Jahre darauf führte derselbe Wilhelm Preußen gegen Deutschland! Die preussischen Annektionen von 1864 und 1866, die Abrechnung mit Desterreich, geschah, wie im Ausgang des 18. Jahrhunderts in den Revolutionskriegen, unter nichts weniger als nationalen preussisch-französischen Spekulationen. Und wenn 1870 aus fortgesetzten französischen Geheimpapieren ein von Benedetti geschriebener Entwurf in Bismarcks Hände geriet, der in einem französisch-preussischen Vertrag eine Annektion Belgiens durch Frankreich vorsah, so war das nur ein weiterer Beweis, daß man an derlei

Geschäfte mit Preußen gewöhnt war. Aber nachdem sich Preußen an deutschem Besitz gesättigt und gekräftigt hatte, bedurfte es nun des „nationalen“ Krieges, einmal um die Schwierigkeiten der innern Politik zu überwinden und jede nicht nur demokratische, sondern auch liberale Opposition für immer zu zerrütten, sondern um den Süden in preussische Fürsorge-Erziehung zu bringen.

Nicht aus nationaler Begeisterung hatten die süddeutschen Könige mobilisiert, nicht Württemberg und ganz und gar nicht Bayern. Die Sorge um die eigne Existenz hatte sie getrieben. Schlossen sie sich Preußen nicht an, so wußten sie, daß ihnen im Falle des preussischen Sieges das Schicksal Hannovers und Kurhessens beschieden sein würde. Aber hatten sie von einer deutschen Einheit preussischer Art, auch wenn sie mit Preußen gingen, nicht ebensoviel zu fürchten? Das war jetzt die Angst bei der Reichsgründung. Die dynastische Selbstsucht hatte einen starken Rückhalt in dem Preußenhaß der süddeutschen Bevölkerung, deren Mißtrauen durch all die ungeheuren, aus dem Welfensfonds gespeiste preussische Press- und Stimmungsmache nicht weggeschwächt werden konnte. Eine jämmerliche Politik des Feilschens, des Verprechens, des Ueberlistens, des Täuschens und Drohens hub an, drang bis in den 18. Januar hinein und endete auch nach der Proklamation nicht. Könige, die die Kaiserkrone nicht geben und ein König, der sie nicht nehmen wollte — das waren die Händel jener Lage. Dem ersten Wilhelm mußte die Kaiserkrone fast gewaltsam aufgedrängt werden, er wurde gleichsam über seinen Kopf hinweg gekrönt. Für die süddeutschen Staaten, die von Bismarck kunstvoll isoliert und gegeneinander ausgehört wurden, wollte es das Glück, daß der preussische Staatsmann in der bedrangten Lage, die ihnen, preussischen und süddeutschen, die damaligen Zeit sofort der Welt das Schauspiel eines „geeinigten Deutschlands“ bieten mußte. Diesem Ungefahr verdankt namentlich Bayern seine Reservatrechte. Der Kulturkampf, der bald darauf begann, war die Rache für diese Zugeständnisse und für den Widerstand des bayerischen Parlaments.

Bismarck aber empfand sein Werk als den endgültigen Sieg des reaktionären Preuentums über süddeutsche Demokratie und norddeutsches Fortschrittertum. Nach 40 Jahren aber ruht die vom Bürgertum verlassene Demokratie in den starken und unüberwindlichen Händen des Proletariats, das an diesem 18. Januar nicht in geschnittenen Erinnerungen einer legendarischen Reichsgründung zu schwelgen braucht, weil es im Innersten von dem türmischen Latwille erfüllt ist: es wird sein Reich gründen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 17. Januar 1911.

Liberaler Vorspann für Zuchthausvorlagen.

Höchlichst zufrieden ist die „Kreuzzeitung“ mit dem Ausföhrungen, die der nationale Liberale Herr Friedberg neulich im Abgeordnetenhaus über den Moabiter Prozeß und die vom Reichskanzler angekündigte neue Zuchthausvorlage gemacht hat. Das konservative Hauptorgan schreibt über diese Rede des national-liberalen Parteiführers:

Diese Auslassungen sind erfreulich und werden hoffentlich auch parteipolitische Konsequenzen haben. Die „Verschärfung“ einer Arbeitswilligenvorlage unter Wasserhanns Führung wird man also wohl nicht mehr befürchten müssen. Dann aber werden die Nationalliberalen auch nicht umhin können, unter allen Umständen die Großblockpolitik rückwärts zu bekämpfen, ja sogar von Wahlbündnissen mit den der Sozialdemokratie nahestehenden Linkliberalen abzuweichen. Denn diese Bündnisse haben ja den Zweck, diejenigen Parteien zu stärken, die scharfe Gegner des Arbeitswilligenprojektes und lebhafteste Verfechter einer schrankenlosen Koalitionsfreiheit sind, sie würden also die erfreulichen Zusicherungen Dr. Friedbergs in einem etwas merkwürdigen Lichte erscheinen lassen.

Der Spott, den die „Kreuzzeitung“ in ihr Lob mischt, ist nicht unberechtigt. Denn sie hat ja vollkommen recht mit ihrer Auffassung, daß der von Dr. Friedberg eingenommene Standpunkt nicht festgehalten werden kann ohne die Absicht, nun einmal einen konsequent reaktionären Kurs einzuschlagen. Wer in einer so grundsätzlichen in das Volksleben tief einschneidenden Frage, wie die Frage der Koalitionsfreiheit eine ist, Sand im Sand mit den Konservativen geht, der läßt gut oder barmherzig wenigstens aufrichtig, wenn er auf alle liberal schillernden Redensarten verzichten sollte. —

Besteuerung des Wertzuwachses.

Der Reichstag begann am Montag die zweite Lesung des sogenannten Wertzuwachssteuergesetzes resp. des elenden Wuchergesetzes, das die bürgerliche Mehrheit der Kommission fabriziert hat. Die tatsächliche Generaldebatte, die sich bei den ersten Paragrafen entspann, wurde noch nicht zu Ende geführt. Fast steht aber schon heute, daß noch niemand weiß, wie der Gase läuft. Das Schicksal der Wertzuwachssteuer ist ebenso ungewiß wie das der übrigen gesetzgeberischen Geisteskinder des Herrn Bethmann. Die Regierungsvorlage war ganz sicherlich, wie sich das von selbst versteht, kein sehr kräftiges Gebraut, die Kommission hat für starke Verdünnung gesorgt, und nunmehr wetteifern bei der Plenarberatung die verschiedensten bürgerlichen Parteien, noch ganze Tonnen voll Wasser in diesen Steuerbottich zu schütten.

Der Reichsfinanzsekretär steht dabei und ringt die Hände, denn er sieht die Erträge, die die Steuer bringen sollte, unter seinen Händen zerfließen, und die Hoffnungen, die man an die Heranziehung des Wertzuwachses geknüpft, sich in blauen Dunst verflüchtigen. Ein energisches Galt! den Bewässerern und Verschlechterern entgegenzurufen, traut sich natürlich die Regierung Bethmanns nicht, man hat den Eindruck, daß sie schließlich alles schluden wird, vorausgesetzt, daß überhaupt was zu schluden übrigbleibt und die vielen Ausnahmen von der Steuer noch etwas übriglassen. Die Zentrumsleute als angeblühte Mittelstandsfreunde, die Nationalliberalen in ihrer jarten Sorge um den Geldsack, der Freisinnige Cuno aus immerhin achtungswerten kommunalpolitischen Bedenken: alle kamen mit Abänderungs-, Abschwächungs- und sonstigen Anträgen herbei.

Es ergab sich, daß die einzige Partei, die wirklich und entschieden auf dem Boden einer wirklichen Besteuerung des Wertzuwachses steht, die Sozialdemokratie ist, deren Standpunkt Genosse Göhre in seiner Jungsprache vertrat. Die Wichtigkeit der Ausführungen unsres Fraktionsredners über die junkerlichen Steuerhinterziehungen wurde von der Rechten durch Tierlaute becheinigt. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Preussische Staatsdebatte.

Im preussischen Dreiklassenhaus erklangen am Montag bei der Fortsetzung der Staatsberatung endlich einmal schärfere Oppositionstöne. Schon Herr Wiemer sprach immerhin energischer als der laue Friedberg, und das Sündenregister, das Genosse Ströbel dem offiziellen Borussentum vorhielt, war von erguidender Deutlichkeit.

Zuerst sprach der neugebackene Finanzminister Doktor Renge, der frühere Magdeburger Oberbürgermeister. Seine Ausführungen zeugten von engherzigem, konterbaitem Bureaualtrismus. Daß der folgende Redner, der Pole v. Jazdzewski, mehr Worte über die Nichtbesetzung des Gnefener erzbischoflichen Stuhles als über die habsburgische Schiffanierung seiner Landsleute verlor, reißt sich würdig an der Abstammung der Polenfraktion, zugunsten der Zivilisten.

Der Fraktionsredner der Fortschrittler, Herr Wiemer, nahm sich zunächst den frommen Kultusminister Trost vor, der am Sonnabend das Zentrum mit einem Bekenntnis zum Modernisierensind ertrant hatte. Herr Wiemer sprach auch nicht über allelei überflüssiges Deforationswerk verchiedener Art. Hoffentlich ist die Zeit vorbei, in der bei den präsidialen Bierabenden im Reichstag der Grad eingeführt wurde, um den Freisinnigen Gelegenheit zu geben, ihre Blockorden bewundern zu lassen. Was Wiemer über das konservative Parteieregiment der Landräte und über die maßnahmenlose Justiz sagte, konnte durchweg auch von unsrer Seite unterschrieben werden.

Durch Wiemers Angriff veranlaßt, ergriff der Kultusminister erneut das Wort. Er scheint sich inzwischen seine Ausführungen vom Sonnabend etwas überlegt zu haben und ist der Ansicht gelangt zu sein, daß Kreuzen schließlich denn doch kein Lehnsstaat des Heiligen Stuhles ist. So mißte er denn etwas wie Lutherzorn und verbrach, die Staatsbeamten, die wegen des Modernisierensindes mit der katholischen Kirche in Konflikt kommen sollten, gegen Zaros und Werry del Wals Grimm zu schicken. Immerhin möchten wir den Betreffenden raten, sich nicht allzu fest auf diesen Schutz zu verlassen. Die Gemmel zeigen, sind die Kanonisationsgänge hoher und höher Herrschaften auch zu Pius' 10. Zeiten sehr in Mode.

Aus den Niederungen sozialistischer Streitigkeiten hob die zweimündige Rede des Genossen Ströbel die Debatte auf die Höhe des großen modernen weltgeschichtlichen Massenkampfes. Die Rede nahm ihren Ausgang von der Wahlrechtsfrage, die den Angehörigen preussisch-deutscher Politik bedeutet. In klammernden Worten brandmarkte unter Redner die mißliche Sämmernart, mit der das Zentrum diese Angelegenheit behandelt hat. Mit Ironie und Humor beleuchtete er die schwächliche nationalliberale Jagdbüchse. Im Mittelpunkt der Ausführungen Ströbels standen die Ergebnisse des Koalitionsprozesses. Den Sämmern sind die Helle darovogelkommen wie betäubten Leberbären. Schutz vor Schulzeuten, Schutz vor Zwölfeln: das sind die Resultate, die objektive Unbefangenheit aus dem Monierprozess zu ziehen hätte. Mit der Aufforderung an alle ehrlichen Liberalen, sich im Kampfe gegen die Schwärze und die blane Reaktion mit der Sozialdemokratie zu verbünden, schloß Ströbel seine Ausführungen. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Der Schutzmann als Erzieher.

Die Berliner Polizei, die in den fortgeschrittenen Anwaltsprozessen zum Aufmerksamsten des letzten Gerichtsverfahrens immer neue Lorbeeren erntet, jetzt jetzt ihre ordnungsgemäße Tätigkeit mit besonderem Eifer und Erfolg auf dem Gebiet der „Jugendpflege“ ert. Schon Wochen ergoß es Anweisungen, Verbote, Differenzen, Zuhaltungen, Strafmandate, und noch immer will der

Sozialdemokrat

ist nicht jeder, der hinter dem Bierisch über die schlechten Zeiten räsoniert und sich damit begnügt, eine Faust im Sack zu machen. Damit ist gar nichts getan! Bessere Verhältnisse können nur durch planmäßige Vorwärtsbewegung der Massen geschaffen werden! Um dies bewerkstelligen zu können, muß vor allen Dingen der Arbeiter-pressen die weitgehendste Verbreitung gesichert werden. Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich daher nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, sondern er wirkt tätig, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirkt und agitiert unablässig für die

Volksstimme!

Segen kein Ende nehmen. So gelang es der Polizei am letzten Sonntag wieder einmal — um in der Detektivromanprache zu sprechen —, einen Hauptschlag zu tun und „ein gefährliches Nest auszumachen“. Sie drang in ein Lokal ein, in dem etwa 60 junge Arbeiter und Arbeiterinnen in friedlicher, ordentlicher Besprechung oder Unterhaltung beisammen saßen, stellte bei 37, 31 männlichen und 6 weiblichen, fest, daß sie das Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht hatten, und erstattete gegen diese Uebelthäter Strafanzeige wegen Uebertretung der §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes.

Man hat der Berliner Polizei in der letzten Zeit bittere Vorwürfe gemacht, daß sie sich den Mörder der Witwe Hoffmann gleichsam aus den Händen entschlüpfen ließ und ihn trotz zahlreicher Indizien nicht auffinden kann. Nun hat die Polizei zwar diesen einen Verbrecher noch immer nicht, dafür hat sie jetzt aber gleich 37 auf einmal erwischt. Ein neuer Ordensregen wird daher wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Nach allgemeinen, in der ganzen Welt anerkannten strafrechtlichen Grundzügen gilt Jugend als Grund der Strafausschließung oder doch der Strafmilderung. Von den 60 Personen, die in der Berliner Samariterstraße Nr. 11 versammelt gewesen sind, sollen aber die 23, die über 18 Jahre alt sind, straffrei bleiben, die 37 unter 18 Jahren werden aber bestraft, weil sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Daß ein Mensch bestraft werden kann, weil er noch nicht 18 Jahre alt ist, klingt einigermaßen unwahrscheinlich, und doch hat die Sache ihre Wichtigkeit, denn nach dem neuen Reichsvereinsgesetz, das mit freisinniger Zustimmung im Reichstag angenommen wurde, wird ein junges Menschenkind, das sich in einer tückisch oder bloß angeblich „politischen“ Versammlung bilden läßt, dafür mit Geldstrafe bis 150 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfall Haft tritt.

Man verlangt von den jungen Menschen vom begonnenen ersten bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, daß sie wissen, was politisch ist: eine Frage, über die sieben 70jährige Juristen bestimmt sieben verschiedene Meinungen haben werden. Die jungen Leute müssen diese Kenntnis aber besitzen, ohne sich um Politik kümmern zu dürfen, sonst werden sie ja bestraft! Der Begriff der Politik muß in ihrem Geiste als angeborene Idee vorhanden sein. So will es das Gesetz, das mit Hilfe der Freisinnigen gemacht worden ist, zweifellos das geistreichste Gesetz, das in allen 40 Bänden des „Deutschen Reichsgesetzblattes“ zu finden ist, ein Gesetz, das wie geistlos ist zur Betätigung des Scharsinns der preussischen Polizei.

Wie sich dieser polizeiliche Scharsinns betätigt, hat man in diesem neuen Fall und in zahlreichen vorausgegangenen erlebt. Auch der Streit um den Begriff der Politik wird dabei auf die einfachste Weise gelöst: Politik ist, was der Regierung nicht gefällt. Keine Politik ist es zum Beispiel, wenn man die Hohenzollern sämtlich für Genies erklärt, Politik ist es aber, zu bewandern, es seien auch einige Kinderbegabte darunter gewesen. Keine Politik ist es, wenn man für den Militarismus Propaganda macht, Politik ist es, wenn man die kulturelle Säurenheiten dieser Institution nicht ganz übersteht. Keine Politik ist es, wenn man die jungen Leute für gelbe Streikbrechervereine feilt, Politik aber ist es, wenn sie sich selber gegenseitig zu braven Kameraden der alten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erziehen suchen.

Die Regierung hat mit liberaler Hilfe den Schutzmann zum preussischen Erzieher der Jugend gemacht. Der Jugend wird es nicht schaden! Denn auch für sie gilt noch das Wort, das Zombart einst in seiner guten Zeit für die ganze moderne Arbeiterbewegung geäußert hat: „Selbst sind, die da noch kämpfen können!“

Die Privatbeamtenversicherung.

Das „Reichsangehöriger“ veröffentlicht in der Nr. 13 vom 12. Januar den Entwurf eines Versicherungsvertrages für Angestellte. Der Entwurf umfaßt in neun Abschnitten 276 Paragraphen. Aus dem Entwurf sei folgendes mitgeteilt: Der Entwurf bestimmt zunächst den Umfang der Versicherung. Danach werden Angestellte für den Fall der Berufsunfähigkeit, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen versichert. Die Versicherungsfrist tritt mit dem 16. Lebensjahr an und erstreckt sich auf Angestellte in leitender Stellung, Sachbearbeiter, Sekretäre und Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Apothekergehilfen und Lehrlinge, Köche und Küchenhilfen, ohne Rücksicht auf den Charakter ihrer Leistungen. Lehrer und Erzieher, Kapitäne und Offiziere des See- und MarineDienstes, Verwaltungsbeamten aus dem Schiffahrtsberuf. Nicht versichert sind Staats- und Kommunalbeamte und Lehrer, soweit ihnen ein gesetzlicher Anspruch auf Unterhaltungen zusteht, der mindestens den Leistungen der Klasse 1 dieser Ge-

setzesvorlage gleichkommt. Freiwillige Versicherung ist zulässig, wenn 60 Monatsbeiträge geleistet sind oder wenn nach 180 Monatsbeiträgen und Zahlung eines Anwartschaftsgebühres die Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen gesichert ist. Der Entwurf sieht neun Gehaltsklassen, die bis zu 6000 Mark ansteigen, vor. Gegenstand der Versicherung sind Ruhegehalt und Hinterbliebenenrenten. Das Ruhegehalt wird gezahlt beim Ableben von 65 Jahren ohne Nachweis einer Beeinträchtigung der Berufsunfähigkeit und wenn infolge körperlicher oder geistiger Schwäche Berufsunfähigkeit hergestellt eintritt, daß der Verdienst unter die Hälfte des Gehalts eines Angestellten mit normaler Leistung gesunken ist. Ruhegehalt wird auch gewährt, wenn nach dauernder Berufsunfähigkeit eingetreten ist, die Berufsunfähigkeit aber länger als 20 Wochen anhalt für die weitere Dauer derselben. Hinterbliebenenrente erhalten beim Todesfall die Witwe und die Kinder unter 18 Jahren.

Der Entwurf sieht ferner die Zulässigkeit des Heilberfahrens vor, das ähnlich geregelt ist wie in der Arbeiterversicherung.

Die Wartezeit beträgt für Ruhegehalt und Hinterbliebenenrente 120 Beitragsmonate, für weibliche Versicherte 60 Beitragsmonate. Während der drei ersten Jahre der Geltung des Gesetzes kann einzelnen Kranken und Angefallten gestattet werden, die Wartezeit durch Eingahlung der entsprechenden Prämienreserve abzukürzen. In den ersten 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beträgt die Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten 60 Beitragsmonate. Für den Wegzug von Ruhegehalt tritt keine Abkürzung der Wartezeit ein.

Die Anwartschaft erlischt nach § 60, wenn während eines Kalenderjahres innerhalb der Wartezeit von 120 Beitragsmonaten weniger als 8 und nach dieser Zeit weniger als 4 Monatsbeiträge entrichtet worden sind; sie lebt wieder auf, wenn der Versicherte die rückständigen Beiträge nachzahlt.

Die Höhe der Leistungen sehen die Paragraphen 56 bis 60 fest, danach beträgt das Ruhegehalt nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten $\frac{1}{4}$ des Wertes, der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und $\frac{1}{2}$ des Wertes der übrigen Beiträge. Tritt bei weiblichen Versicherten der Versicherungsfall nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten und vor Vollendung von 120 Monaten ein, so beträgt das Ruhegehalt $\frac{1}{4}$ des Wertes der in den ersten 60 Monaten entrichteten Beiträge. Die Witwen- und Waisenrente beträgt $\frac{1}{2}$ des Ruhegehalts, das der Erzhörer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Waisen erhalten je $\frac{1}{3}$ Doppelwitwen je $\frac{1}{2}$ der Witwenrente.

Die Witwenrente fällt bei Wiederverheiratung fort. Ebenfalls das Ruhegehalt, wenn die nicht dauernde Berufsunfähigkeit behoben ist.

Träger der Versicherung ist eine Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Organe der Versicherungsanstalt sind das Direktorium, der Verwaltungsrat, der Verwaltungsausschuß, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner. Der Verwaltungsrat setzt sich je zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und der Angestellten zusammen. Verwaltungsausschuhmitglieder, Rentenausschuhmitglieder und Vertrauensmänner werden nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Ueber die Ansprüche der Angestellten entscheidet ein Schiedsgericht und ein Oberschiedsgericht.

Die Angestellten und die Unternehmer bringen die Mittel für die Versicherung auf. Jeder Teil hat die Hälfte zu tragen. Die Höhe der Beiträge ist durch § 175 wie folgt festgesetzt: Der Monatsbeitrag beträgt in Gehaltsklasse a, 1,60 Mark, b, 3,20 Mark, c, 4,80 Mark, d, 6,40 Mark, e, 8,00 Mark, f, 13,20 Mark, g, 16,20 Mark, h, 20 Mark und in Gehaltsklasse i, 26,60 Mark.

Anträge auf Leistungen sind unter Beifügung von Beweismitteln an den Rentenausschuß zu richten. Die mündliche Verhandlung ist öffentlich, die Entscheidung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Bildet sich bei der Abstimmung über die Höhe von Beiträgen keine Mehrheit, so werden die für den größeren Betrag abgegebenen Stimmen den für den zunächst geringeren abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

Gegen die Bescheide des Rentenausschusses ist das Rechtsmittel der Berufung an das Schiedsgericht zulässig; gegen die Urteile des Schiedsgerichts ist Revision bei dem Oberschiedsgericht zulässig. Die Revision ist ausgeschlossen, wenn es sich um Höhe, Beginn und Ende von Ruhegeld oder Leibrente, Hinterbliebenenrente, Abfindung oder Gratung, oder um die Kosten des Verfahrens handelt. Die Paragraphen 297 bis 300 regeln die Wiederaufnahme des Verfahrens entsprechend den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung.

Die Auszahlung der Leistungen erleidet die Reichsversicherungsanstalt auf Anweisung des Rentenausschusses durch die Post. Die Bestimmungen über Rechtshilfe, Fristen, Zustellungen, Gebühren und Stempel, Verbote und Strafen entsprechen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Die Kriegsdokumente.

In der französischen Kammer wurden dem Minister Pichon heftige Vorwürfe gemacht, weil er die Dokumente über die Ursachen des Krieges von 1870/71 (siehe Zeitartikel) gleichzeitig in einem französischen und einem deutschen Verlag habe erscheinen lassen. Ein Antrag sollte dem Minister das Bedauern der Kammer über diese Tatsache aussprechen. Der Ministerpräsident Briand stellte darauf die Vertrauensfrage für das Kabinett. Die Kammer nahm hierauf die einfache Tagesordnung an. Saurès fragte an, wann endlich die Regierung die Klammung Marokkos vorzunehmen gedenke. Die Fortdauer der Besetzung bedeute eine ständige Konfliktsgefahr. Pichon erklärte, in nächster Zukunft sei die Zurückziehung der Truppen nicht geplant.

Aus der Parteibewegung.

Leitung. Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Berlin, Großk., a. Konto seiner 8 Wahlkreise 15 000.—, Berlin, diverse Beiträge 409,10, Neuthen, Agitationsbezirk Oberhavel, 3. Quart. 191, zusammen 269,97, Bern 50.—, Bochum-Gelsenkirchen 3. Quart. 10 104,23, Köln a. Rh., Reg. B. 20.—, Galtz, 7. würt. Reichst.-Wahlkr., 3. Quart. 10 132,20, Döhlen, d. sächs. Reichst.-Wahlkr. a. Konto 300.—, Dortmund-Hörde, 1. 8. bis 31. 10. 1910 1109,35, Detmold, 3. old. R.-Wahlkr., 3. Quart.: Lemmerder 13,80, Ganderfeld 37,40, Jallenberg (Oberh.) 11,2, 4.—, Grafschaften-Zittich 3 Quart. 12,23, Hamburg, 1. Reichst.-Wahlkr. 4000.—, Hamburg, 3. Reichst.-Wahlkr. 12 000.—, Jutum, 4. schlesw.-holst. Reichst.-Wahlkr. 3. Quart. 10 36,12, Kattow., Beitrag der P. P. S., 3. Quart. 10 253,34, Leipzig, 13. sächs. Reichst.-Wahlkr. a. Konto 6000.—, Penzance-Riemisch-Wietmann, 3. Quart. 10 688,48, Weingarten 1, a. Konto 13,95, Wörlitzberg-Stralitz, 3. Quart. 10 58,62, Wörs-Rees, 1. Aug. bis 31. 10. 1910 62,85, Wülhausen i. Gl., 4. Quart. 10 139,80, Neustadt i. S. 3. Quart. 10 97,28, Nürnberg, Gau Nordbayern, 3. Quart. 10 zusammen 5973,50, Ostpreußen-Pommern a. Konto 3. Quart. 10 800.—, Pommern-Pommern, 3. medienb. Reichst.-Wahlkr. 3. Quart. 10 50,60, Reutlingen-Lüdingen 3. Quart. 10 71,47, Suttgard, G. W. 3.—, Suda, Aris und 30.—, Salswede-Gardelogen, 3. Quart. 10 85,29, Sietzin, Agitationsbez., Pommern, 3. Quart. 10 auf 1252,97, Schramberg, 8. würt. Reichst.-Wahlkr., 3. Quart. 10 46,33, Ulm 14. würt. Reichst.-Wahlkr., 3. Quart. 10 162,54, Westpreußen 3. Quart. 10 42,38, Summa 32 911,05.—

Berlin, den 14. Januar 1911.

Für den Parteivorstand:
F. W. Fr. Ebert, Lindenstraße 60

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 15.

Magdeburg, Mittwoch den 18. Januar 1911.

22. Jahrgang.

Die auswärtige Politik Frankreichs.

Die Diskussion des Budgets des Ministeriums des Aeußern in der französischen Deputiertenkammer hat zwei bedeutende und interessante Neben gezeitigt: die offizielle Rede des Herrn Pichon und die Rede des Genossen Jaurès. Es ist Herrn Pichon nicht abzustreiten, daß er mit Geschick über die mißliche Lage, in die ihn sein russischer Verbündeter zum zweitenmal nach der Annexion Bosniens und der Herzegovina durch das Abkommen von Potsdam versetzt hat, hinwegbalanciert ist. Er hat sein Exposé mit einem feinen Schachzug damit begonnen, daß er auf das französisch-italienische Abkommen hinwies. „Wir haben in der Tat, das ist bekannt,“ sagte Herr Pichon, „mit der italienischen Regierung Vereinbarungen, Konventionen, die auf die gegenseitige Anerkennung der Interessen, der Rechte der beiden Länder beruhen und die, ohne an den Verträgen des einen oder des andern zu rühren, die mit andern Mächten abgeschlossen werden konnten, ihnen einen gleichen Willen, friedlich zu sein, sicher zu sein und im freundschaftlichsten Sinn alle Fragen zu regeln, die zwischen den beiden Regierungen entstehen können...“

Mit nicht weniger Geschick maskierte Herr Pichon die diplomatische Niederlage, die er sich beim Abschluß der türkischen Anleihe geholt hat. Dann sang er das Loblied der „Entente cordiale“ mit England: „Es gibt keine Frage, welche die Politik und die Interessen der beiden Regierungen engagieren, über welche sie sich nicht verständigen und sich nicht im Hinblick auf eine gemeinsame Aktion und Intervention ins Einbernehmen setzen...“

Dann kam Oesterreich an die Reihe, bei welcher Gelegenheit Herr Pichon sich ein Loblied wegen seiner friedlichen Intervention anlässlich der Annexion von Bosnien und Herzegovina sang. Aber war er schon genötigt, mit einem Schwall von schönen Worten über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß Rußland, als zunächst Interessierter, zur Annexion im voraus seine Zustimmung gegeben hatte, ohne Frankreich zu informieren, um hinterher eine recht zweideutige Haltung einzunehmen, so wurde es noch viel schwieriger, mit demselben lächelnden Optimismus zu reden, als er auf die Pièce de résistance zu sprechen kam, auf die Beziehungen zu Rußland. Herr Pichon gab sich vergeblich Mühe zu behaupten, daß sich im russisch-französischen Bündnis, „das niemals gegen irgendwen Angriffsgedanken enthalten hat“, „nichts geändert hat“.

Genosse Jaurès legte in seiner Rede die Tatsache bloß, daß Frankreich bisher nur im Interesse Rußlands sich dem Bau der Bagdadbahn widersetzt hat, daß Rußland aber dazu seine Zustimmung gab, ohne die französische Regierung davon vorher zu informieren. Als Nachbar und Gläubiger der Türkei hat Frankreich ein wirtschaftliches Interesse an dem Bau der Bagdadbahn. Bedinglich die strategischen Interessen Rußlands haben verhindert, daß der französische Geldmarkt die Erschließung Anatoliens gefördert hat.

Herr Pichon verglich das deutsch-russische Abkommen mit dem deutsch-französischen, fügte hinzu, daß „vor wie nach Frankreich und Rußland aus ihrem Bündnis eine der unveränderlichen Grundlagen ihrer Politik machen“ und schloß mit dem Hinweis auf die vielen Abkommen und Verträge, die Frankreich außer mit Rußland mit andern Staaten abgeschlossen hat. Es ist bekannt und üblich, daß den Schluß einer von Friedensliebe überfließenden Diplomatenrede der Hinweis auf eine starke Armee und eine große Flotte bildet, als „sicherstes Unterpfand des Friedens“. Auch Herr Pichon entzog sich dieser Tradition nicht.

Ohne eine starke Armee keine starke Diplomatie, sagte er. Genosse Jaurès verspottete diesen traditionellen Widerspruch sehr treffend, indem er sagte, daß Herr Pichon, nach seiner triumphalen Rundreise um Europa, seinen mit Blumen beladenen Wagen mit Kanonen eskortieren ließ.

Aber Herr Pichon fügte dieser traditionellen Formel eine neue hinzu, die ihre Bedeutung hat. Die Stärke einer Diplomatie beruhe zunächst, sagte er, auf der Zustimmung der öffentlichen Meinung. Gegen sie könne in der äußeren Politik heute keine Regierung mehr regieren. „Die Stimme der Völker zwingt sich heute den Regierungsberatungen auf. Man würde heute keinen Krieg mehr gegen die Zustimmung der Völker führen können, und das ist nicht die geringste der Friedensgarantien.“

Dagegen ließe sich kaum etwas einwenden. Herr Pichon hat im übrigen aus der Situation herausgeholt, was herauszuholen war. Wenn Rußland, seitdem Frankreich bei Anleihen Schwirrigkeiten macht und Bedingungen stellt, seinen treuen Verbündeten etwas links liegen läßt, so kann dadurch das Ansehen Frankreichs nicht vermindert werden. Im letzten Ende wird es Rußland sein, daß den Schaden davon haben wird.

In einer groß angelegten Rede kommentierte Genosse Jaurès das Exposé des Ministers. Er ging die internationalen Ereignisse des letzten Jahres kurz durch und unterzog dann die auswärtige Politik Frankreichs und Rußlands auf Grund des deutsch-russischen Abkommens einer gründlichen Kritik. Er wandte sich besonders gegen die „Gefolgschaftsdiplomatie“, die Frankreich gegenüber Rußland betreibt. Statt einer republikanischen Politik der Gerechtigkeit begnüge sich die französische Diplomatie, die Politik der Gewalt Rußlands zu unterstützen. Er wies dabei besonders auf Persien hin. „Niemand hat Frankreich den Mut gehabt, seinem Verbündeten einen Widerstand, einen Einbruch entgegenzusetzen. Ja wir sind vor 40 Jahren besiegt worden, aber nur die Völker sind wahrhaft besiegt, die auf ihr Ideal verzichten. Die Niederlage beginnt erst an dem Tage, wo man, da man den Angriff der brutalen Gewalt erlitten hat, gegen andre Völker dasselbe Brutalisierungunternehmen billigt.“

Frankreich müsse die Rolle des Schützers der Schwachen und des Friedensstifters übernehmen. „Die unmittelbare Gefahr liegt in einem möglichen Konflikt zwischen England und Deutschland. Ich wiederhole, daß England und Deutschland nur dann in einen entscheidenden Kampf eintreten können, wenn sie Frankreich mitreißen würden. Den größten Dienst, den wir also von Engländern und Deutschen, die den Frieden wollen, leisten können, ist, ihnen zu verstehen zu geben, daß wir auf keinerlei Mächte hereinfallen und uns nicht in einen Konflikt einlassen werden, der zwischen den beiden Ländern entstehen könnte.“ Mit einem Appell an die Einführung der obligatorischen Beilegung aller internationalen Konflikte schloß Jaurès seine Rede.

Wir haben bereits die internationale Situation, die durch das russisch-deutsche Abkommen geschaffen worden ist, besprochen. Die Debatte in der französischen Deputiertenkammer hat nichts ergeben, was unsre Ausführungen entkräften könnte. Wir stellen zum Schluß nur noch fest, daß von keiner Seite, weder von Herrn Pichon noch von den bürgerlichen Diskussionsrednern, dem Linkstrepublikaner Deschanel, dem Nationalisten Denis Cochin und den Radikalen Hubert und Ferry, ein Angriff auf Deutschland erfolgt ist. Auch das darf nicht übersehen werden.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Nachdruck verboten.

Hg. Berlin, 16. Januar.

Sechster Tag.

In der heutigen Verhandlung wurde in der Beweisaufnahme über die einzelnen Fälle fortgefahren. Eine Zeugin behauptet, daß zwei Frauen ihr erzählt haben, sie hätten mit angesehen, wie einer der Angeklagten verhaftet wurde, daß dieser aber es gar nicht gemessen sei, der einen Stein nach den Schutzleuten geworfen hätte. Zwei Kriminalschutzleute geben an, daß sie den Auftrag gehabt hätten, sich unter die Menge zu mischen und ihr Augenmerk auf die Personen zu richten, die „Bluthunde“ riefen oder mit Steinen warfen. Sie hätten nicht hinter dem Angeklagten Ausschau gehalten und gesehen, wie er einen Stein nach den Schutzleuten warf, die die Menge mit dem Säbel zurückdrängten. Er wurde festgenommen und auf den Kohlenplatz gebracht. Die Zeugen erklären jedoch, sie hätten nicht gesehen, daß der Angeklagte auf dem Kohlenplatz geschlagen worden sei. — Rechtsanw. Heine mann verweist darauf, daß der Angeklagte Lutzsch in derselben Weise, wie das vor der Strafkammer vor einigen Zeugen festgestellt worden sei, von den Arbeitswilligen auf dem Kohlenplatz der Firma Kupfer u. Ko.

mit Offensivern und Stöcken

gehört verprügelt worden sei. Die Zeugen erklären, daß sie das nicht gesehen haben. — Schutzmann Wette hat geäußert, wie der Angeklagte Gieslich zu Steinen geworfen hat. Seiner Festnahme setze er den heftigsten Widerstand entgegen und die Menge leistete ihm hierbei Beistand. Die Haltung der Menge war eine so drohende, daß der Zeuge erst von seinen Kollegen mit dem Säbel herausgehauen werden mußte. — Vorj.: Der Angeklagte ist ja sehr schwer verletzt worden, er hat einen Stich in den Bauch bekommen. Wie ist das gekommen? — Zeuge: Das habe ich nicht beobachtet, es muß in dem Gedränge geschehen sein. — Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanw. Heine mann, ob es nötig war, daß vier bis fünf Beamte zur Festnahme des Angeklagten aufgebeten wurden, erklärt der Zeuge: Ja, die Haltung der Menge war eine sehr drohende und ich selbst war in Gefahr. — Zeuge Kriminalschutzmann Thuroff hat geäußert, daß der Angeklagte Gieslich einen Stein warf. Er kann ebenfalls nicht sagen, wie Gieslich einen Stich in den Bauch bekommen hat. Er hat nur gesehen, daß Gieslich mehrere Säbelhiebe abbekam, als er der Verhaftung Widerstand leistete. — Rechtsanw. Heine mann: Der Stich hat den Angeklagten zum Krüppel gemacht, er geht von hinten nach vorn, das ist doch eigentümlich. — Zeuge: Ich kann es nicht sagen, es ist eben dann im Gedränge geschehen. — Auf eine Frage des Rechtsanwalts Jacobi erklärt der Zeuge, daß drei bis vier Schutzleute eingeschlagen hätten, aber nicht bloß auf den Angeklagten, sondern auch auf andre Personen, die dem Angeklagten Hilfe leisteten.

In derselben Weise werden noch eine Reihe weiterer Einzelfälle erörtert. In der morgigen Sitzung wird voraussichtlich als Abschluß der Beweisaufnahme noch eine kurze Beweiserhebung über die allgemeinen Vorgänge erfolgen. —

Russisches aus Moabit.

Ueber die Mißhandlung Gieslichs entnehmen wir einem andern Bericht:

Der Angeklagte Gieslich macht über die ihm widerfahrenen Mißhandlungen folgende Angaben: Dreimal bin ich von den Schutzleuten geschlagen worden und hingefallen, und als ich am Boden lag, haben sie mich noch mit dem Säbel geschlagen. Das ist zweimal auf der Straße und zum drittenmal auf dem Kohlenplatz geschehen. Als wir auf dem Kohlenplatz ankamen, fiel jogleich einer der Arbeitswilligen über mich her und schlug mir ins Gesicht, daß das Blut aus Mund und Nase lief. Dann kamen auch noch Schutzleute, die schlugen zusammen mit den Arbeitswilligen auf mich ein. Die Schutzleute brachten mich nach der Wache auf dem Kohlenplatz. Auf dem Flur wollten sie mich auf einen Stuhl setzen, aber ich fiel um. Ich hat einen Schutzmann um ein Glas Wasser, habe aber nichts bekommen. In der Stelle, wo ich lag, bildete sich eine große Blutlache. Die Schutzleute jagten,

ich sollte das Blut aufwischen oder auflecken.

Ich war aber so schwach, daß ich mich nicht bücken konnte. Da haben sie mich an den Weinen gefaßt und mich durch das Blut gezogen. Mein Anzug ist dadurch ganz mit Blut besudelt worden.

Stadt-Theater.

Magdeburg, 16. Januar.

Samlet, Tragödie in 5 Akten von William Shakespears. „Die Welt ist aus den Angeln, und ich bin bestimmt, sie wieder einzurichten.“ lautet Samlets. Ganz so großartig ist die Aufgabe des grübelnden Dänenprinzen nun nicht. Nur seine Welt ist etwas aus dem Gleichgewicht gekommen. Er ist irre geworden an seiner Mutter und der Geist seines ermordeten Vaters fordert ihn auf, seinen Tod an dem Mörder, Samlets Oafel, zu rächen. Der Mordmord widerstrebt dem edeln Sinne Samlets. Um die vom Vater geforderte Rache aufzuschieben, sucht er neue und neue Beweise der Tat, aber auch als kein Zweifel mehr möglich ist, schandert er zurück, sein Gewissen macht ihn zur „Menne“. So wird er zwischen Zweifeln hin und her geworfen, bis sein Gegner, der ein weniger weiches Gewissen hat, ihn aus dem Wege räumt.

Hans Mühlhofsers Samlet war frei von Künsteleien; er gab den Menschen, der an einer Aufgabe, der er nicht gewachsen ist, leidet, verzweifelt und daran innerlich verblutet. Neben ihm wirkten Jisse Berka als stark, rührende Ophelia, Heinrich Vogeler als struppeliger König und Wilhelmine Brandes als Beispiel, daß das „gefährliche Alter“ der Frauen schon zu Shakespears Zeiten existiert war. Paul Herl war ein warmherziger Horatio und Oskar Nummert hatte als geschwätziger Polonius einige gute Momente. Auch von den übrigen Darstellern ließe sich durchweg Gutes sagen, so daß die Vorstellung unter Vogelers Regie eine runde, schöne Leistung war.

Wilhelm-Theater.

Magdeburg, 16. Januar.

In verheißungsvollen Lettern verkündigte der Theaterzettel, daß neben dem Bericht für den Kapellmeister K. F. Adolphi auch ein Doppelaktspiel von Matthias Meyers und Rudolf Frenzel stattfinden würde. Gegeben wurde „Strauß“, „Niedermaus“, und Matthias Meyers spielte den Eusebius und Rudolf Frenzel den Frank. Neben diesen ehemaligen Koryphäen des Wilhelmtheaters hatte die Direktion Norbert aus seiner Solistenreihe nur die oberste Creme auf den Zettel gesetzt, so daß dem übermühten Charakter der Operette auch noch der Charakter des Dezenten, ja Choristen gegeben wurde. Claire v. Mung sang die Rosalinde, Ella Weinig den Prinzen Orlofsky, Viktor b. Schenk den Alfred, Franz Lombard die Uebele, Heinz Moss den Falke, Paul Schulte den Blind. Bei solcher Besetzung

und einem im allgemeinen guten Ensemblespiel konnte ein bedeutender Erfolg nicht ausbleiben. Was soll ich noch schreiben: Benefiziant, Direktorium, Gäste und Solisten waren schließlich in Grün eingetaucht, und zwar in einer riesenhaften Fülle. Der Eingang zum Theater, das Foyer, hatte heute nicht ausgereicht. Man hatte einen benachbarten, großen leeren Laden eigens als Triumph- und Lorbeerhalle in Benutzung genommen. So groß die Kunst, und so groß der Enthusiasmus für die Künstler. rh.

Liederabend.

Magdeburg, 16. Januar.

Angelika Rummel gab unter Mitwirkung von Gisela Gross in der „Freundschaft“ einen Liederabend. Zwei gereifte Künstlerinnen, boten sie eine Fülle des Schönen und Edeln. Angelika Rummel sang Lieder von Beethoven, Schumann, Brahms, Wolf und ihres Begleiters am Klavier Eduard Behm. Mit den Vorzügen einer schönen klingenden Altstimme und einer großen Technik vereinigte sich ein erwärmender Vortrag, dessen belebende Tendenz sich auch Nebenjägliches dienstbar machte. Das Getragene liegt der Künstlerin vielleicht am meisten, doch weiß sie dem Heiteren auch Geschmack abzugewinnen. Viel von ihren Erfolgen ist der ausgezeichneten Begleitung Ed. Behms zuzuschreiben. Gisela Gross spielte Beethoven, Schumann, Brahms, Chopin und Liszt. Sie besitzt eine ungewöhnliche Technik, ein ausgezeichnetes Piano. Die Brahms'schen Variationen über ein Thema von Paganini waren eine brillante Arbeit. Ihre männliche Kraftfülle im Anschlag imponierte. — So war der Liederabend für beide Konzertgeberinnen ein schöner, erfolgreicher, und wir wollen nur wünschen, daß sie auf ihrer Tournee noch einmal zu uns kommen können. Grote.

Allgemeiner Frauenverein.

Magdeburg, 16. Januar.

Den 28. Volkunterhaltungsabend im „Fürstentum“ beiritt der Magdeburger Lehrergesangsverein, der Krug-Waldsee-Damen-Singchor und das Magdeburger Konzertquartett. Was die drei Gesangsvereinigungen boten, waren Sachen, mit denen sie schon an die Öffentlichkeit getreten, die auch von uns schon kritisiert waren. Es versteht sich von selbst, daß Joseph Krug-Waldsee mit Verfall überhäuft wurde, und daß man auch die kleinste, relativ unbedeutendste Gabe bewertierte. Ich konnte nur einen Teil des

nehmen hatte; aber schon von dem wenigen hatte ich den Eindruck, Programms hören, da ich noch andre Veranstaltungen wahrzu- als ob das Publikum eigentlich auch nur „unterhalten“ werden wollte. —

Kleines Feuilleton.

Ein deutsches Tonkammermuseum in Weimar? Zu der geplanten Errichtung eines deutschen Tonkammer-Museums in Weimar wird uns aus Eisenach geschrieben: In der Absicht des provisorischen Komitees, an dessen Spitze der Chef des Weltkaufes Brockhaus in Leipzig sowie der Geh. Hofrat v. Haase in Leipzig (i. Ja. Breitkopf u. Härtel) stehen, liegt es bekanntlich, alle Andenken an unsre großen Tonkammer zu sammeln und mit dem Liszt-Museum in Weimar zu vereinigen. Man plant dabei auch den Ankauf des ganzen Wagner-Museums in Eisenach. Ob freilich ein solcher Plan durchführbar ist, wird, wie uns der Direktor des Museums, Stadtrat Küfner, mitteilt, wesentlich von der Stadtgemeinde Eisenach abhängen. Wenn gesagt wird, es sollen der Stadt Eisenach als Äquivalent die Mittel zur Schaffung eines Neuter-Nationalmuseums gegeben werden, so sind das Angaben, die noch sehr der Erläuterung bedürfen. Es kommt bei der Frage, ob Eisenach, um einem großen Zwecke zu dienen, sein Wagner-Museum hergeben könnte, gierieler in Betracht. Zunächst der Umstand, daß die Stadt Eisenach wohl nicht so leichten Herzens ein Zutritt von der Bedeutung des Wagner-Museums hergeben kann, weiterhin aber die Tatsache, daß Eisenach das Wagner-Museum selbst vor nunmehr 17 Jahren für die Summe von 90 000 Mark in Wien erworben hat. Der Wert des Wagner-Museums hat sich inzwischen aber nicht allein durch die Jahre gesteigert, sondern auch durch den Umstand, daß das Museum vermehrt, daß seine einzig dastehende Wagner-Bibliothek bis auf den heutigen Tag vervollständigend worden ist und daß weiter alle Wagner-Gegenstände gewaltig im Preise gestiegen sind. Die Verwirklichung des eingangs erwähnten Planes hängt also einmal von der Finanzfrage ab, und dann von der Stellung, die die Besitzerin des Wagner-Museums, die Stadt Eisenach, zu dem oben erwähnten Verkauf einnimmt. Es unterliegt nun wohl kaum einem Zweifel, daß die an der Spitze des Weimarer Projekts stehenden Männer über sehr reiche Mittel verfügen, aber fraglich bleibt es immerhin, ob sie gewillt sind, die Forderung der Stadt Eisenach, die weit über 100 000 Mark hinausgehen würde, zu bewilligen. Eisenach würde durch den Verkauf des Wagner-Museums um eine starke Attraktion ärmer werden, ein Verlust, der lediglich durch den Ausbau des Neuter-Museums zu einem Neuter-Nationalmuseum ausgeglichen werden kann. —

Polizeileutnant G. h. e.: Als der Angeklagte eingeliefert wurde auf dem Kohlenplatz, ist mir sofort Meldung gemacht worden, daß er sehr schwer verletzt ist. Es wurde sofort nach dem Kohlenwagen telephoniert. Ich habe den Angeklagten auf dem Platz in einer Ecke liegen lassen. Er hat sich sehr stark. Das er durch sein Blut gezogen wurde, ist ausgeschlossen. Nach Minuten nachdem mir Meldung gemacht worden war, kam ja schon der Krankenwagen. — Die Frau des Angeklagten hat sich nicht schon bei der Einlieferung, sondern erst nach der Wiedlung gesehen hat, also nicht wissen kann, was in der Zwischenzeit mit dem Angeklagten geschehen ist. — Angeklagter G. h. e.: Ich habe keinen Reutnant gesehen. — Polizeileutnant G. h. e.: Der Angeklagte war ja fast ohnmächtig.

er rühete sich gar nicht mehr.

Angeklagter: Über Bestimmungslös war ich nicht, nur schwach durch den Blutverlust.

Dr. G. o. h. e., Assistenzarzt im Krankenhaus Moabit, hat den Angeklagten G. h. e. behandelt und gibt über die Art der Verletzung an: G. h. e. hat an der rechten Seite des Gesichts eine Stichwunde, die stark blutete und zunächst als nicht gerade gefährlich galt. Aber am nächsten Tage stellte sich eine gefährliche Bauchfellentzündung ein. Durch einen operativen Eingriff wurde der Leib geöffnet. Jetzt stellt sich heraus, daß

der Stich vom Gesicht aus bis in die Bauchhöhle

gedrungen war und die Lunge verletzt hatte. Die Bauchhöhle ist unentzündet geblieben. Der Stich ist nicht born wieder herausgenommen. Die Wunde nahm einen auffallend günstigen Verlauf. Am 27. Oktober konnte G. h. e. in die Charité übergeführt werden. Dauernden Schmerzen wird die Verletzung nach Ansicht des Sachverständigen nicht nach sich ziehen.

Der Angeklagte G. h. e. macht den Eindruck eines kranken und leidenden Menschen. Er wird auch gegenwärtig noch in Untersuchungszustand ärztlich behandelt. — Schutzmann P. i. z. sagt, er habe sich, als der Angeklagte ein Glas Wasser forderte, ein solches von Frau Lorenz, der Frau des Platzverwalters, geben lassen. — Frau Lorenz bestätigt das und gibt an, was mit dem Angeklagten geschah, während er auf dem Platz lag, habe sie nicht gesehen. Nachdem er fortgebracht war, habe sie auf Ersuchen eines Schutzmanns das Blut vom Boden weggewischt.

Die Wedding-Urnen vor Gericht.

Katholik verboten.

Hg. Berlin, 16. Januar 1911.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 3 begann am Montag der Prozeß gegen 18 Personen, die der Teilnahme an den Straßenummähen auf dem Wedding verdächtig sind. Die Strafkammer auf dem Wedding schloß sich an ein Urteil, der bei dem Schlächtermeister M. o. r. g. n. s. k. n. ausgebrochen war. Schon am 27. Oktober kam es in den Straßen in der Nähe des Morgensternschen Geschäfts zu größten Menschenansammlungen; es wurde geschickt und geschrien, so daß die Polizei glaubte, einschreiten zu müssen. In den folgenden Tagen sollen dann die Ansammlungen immer größer und die Stimmung im Publikum immer gereizter geworden sein. Im Anschluß daran sollen von den Angeklagten nun Ausfälligkeiten begangen worden sein, wie sie ähnlich auch bei den Prozessen in Moabit passiert sein sollen. Die Polizeibeamten sollen „Blutbunde“ geschickt worden und aus den Fenstern sollen Blumenstücke und Flaschen auf die Schuppleite geworfen worden sein.

Die Anklage richtet sich gegen den früheren Schlächter Hartmann, den Bauarbeiter Gierich, den Milchhändler Pagel, den Dreher Brichner, den Schmied Lube, den Tischlerlehrling Schulz, den Jahrgangsarbeiter Kharag, den Arbeiter Brandt, den Arbeiter Wolther, dessen Ehefrau, den Arbeiter Dieg, die Arbeiterin M. o. h. o. s. s. i. e., die Zimmerhelferin G. a. n. a. p. t., die Arbeiterin M. e. t. z. e. n. s. e., den Arbeiter R. u. d. o. l. f., den Arbeiter K. u. p. p. e. r., den Schmied G. h. r. i. n. g. und den Hausdiener Helbig.

Der Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Vahr, die Anklage vertreten Staatsanwaltschaftsrat Dr. r. u. n. i. n. g. und Staatsanwalt Dr. L. i. n. d. e., den Angeklagten stehen die Rechtsanwälte Dr. O. s. t. a. r. Cohn, Dr. R. a. p. p. e., Dr. K. a. r. l. G. i. e. l. e. n. e. r. und Friedländer zur Seite. Die Anklage gegen Hartmann, Gierich, Pagel, Brichner, Lube und Schulz lautet auf Landfriedensbruch, Teilnahme am Aufruhr, Widerstand und Verleumdung. Die anderen Angeklagten haben sich wegen Verleumdung, Aufwiegung zur Begehung strafbarer Handlungen, verurteilbar gemacht.

Die Kaiserproklamation in Versailles (aus dem Tagebuch Kaiser Friedrichs). 17. Januar 1871. Nachmittags 3 Uhr König eine Sitzung von Bismarck. Seltener und mit von 3 Stunden im überheizten Zimmer über Titel, Chronologie usw. Bei Beratung des Titels bekannt Bismarck, daß bereits bei Beratung der Verfassung die beherrschende Weltmachtigen das „Kaiser von Deutschland“ nicht hätten zulassen wollen und daß er endlich ihnen zuliebe — aber allerdings ohne Se. Majestät vorher zu fragen, die Formel „deutscher Kaiser“ zugestanden habe. Diese Bezeichnung möglichst dem König, ebenso wie mir, aber vorzüglich Bismarck suchte zu beweisen, daß „Kaiser von Deutschland“ eine Territorialmacht bedeute, die wir über das Reich gar nicht besäßen, während „deutscher Kaiser“ die natürliche Konsequenz des Imperator Romanus sei. Wir müßten uns fügen, jedoch soll im gewöhnlichen Sprachgebrauch des „deutschen Reichs“ zur Anwendung kommen, die Intention sein „ein Kaiser, und König, Vorseher“, niemals das S. A. gebraucht werden. Da wir also bekennen, keine Territorialmacht über das Reich zu besitzen, so ist der Träger der Krone nicht seinen Erben getrennt von dem Reich, sondern die Krone ist ein Teil des Reichs, und dadurch wird meine Ansicht hinsichtlich, daß unsere gesamte Familie den kaiserlichen Titel erhalten soll. Nach lange Diskussion über das Verhältnis von Kaiser zu Reich, wozu Se. Majestät, der alten preussischen Tradition gegenüber einen Kaiser lieber hätte. Beide Minister widerstrebten mir mit einer Beratung auf die Krone, wozu Friedrich I. bei Anerkennung des Jahres als Kaisers ausdrücklich hervorhob, daß derselbe niemals den Vortrang vor dem preussischen König haben dürfe. Friedrich Wilhelm I. habe sich verweigert, bei der Begegnung mit dem deutschen Kaiser gleichzeitig mit ihm einzutreten, das zwei Krone besäßen, und endlich hat Bismarck hervor, daß Friedrich Wilhelm I. nur aus der Notwendigkeit, ihm persönlich eigenmächtig dem Kaiser die Krone zu setzen, die Krone der Kaiserkrone unter das erzbischofliche Heil jenes Kaisers eingeweiht habe. Der Kaiser aber erklärte, daß, da Friedrich Wilhelm I. bei Begegnung mit Alexander I. bestimmt habe, daß letzterer als Kaiser der Vortritt gebühre, auch gegenwärtig der Kaiser die Krone des Reichs maßgebend sei. Als indes im Laufe der Verhandlung bestimmt wurde, daß unter Krone ihre gegenwärtige Stellung beibehalten solle, sprach der Kaiser doch wieder das Verlangen aus, die Krone der Kaiserkrone mit den kaiserlichen Titeln auszugeben. — Schließlich ward nichts anderes festgesetzt und der Beschluß bis zum Frieden oder einer anderen Entscheidung aufgeschoben. Von Reichsministern war keine Rede. Bismarck wird Reichsminister, vielmehr ihm die gleichnamige Bezeichnung mit Bezug auf die überaus wichtige Rolle zu spielen, daß er nicht, er könne dadurch in eine zu schwebende Position geraten. Die Reichsminister waren wenig Bedenken, da wie der Kaiser sagte, sie nicht aus dem Straßenszenario entzogen; doch wurde er die Krone nur neben der preussischen Krone, er wolle sich die Bezeichnung von einem kaiserlichen Heere zu Ehren, die Krone aber möge kaiserlich genannt werden. — Als ich auf die Krone geantwortet habe, — erwiderte er: „Mein Gott, ich bin gar kein Kaiser, ich bin nur ein Mann, der die Krone des Reichs trägt, und das ist ein Mann, der die Krone des Reichs trägt, und das ist ein Mann, der die Krone des Reichs trägt.“

Bedrohung mit einem Verbrechen, Sachbeschädigung und Widerstandes zu bekräftigen. Die Angeklagten entschuldigten sich meist mit Trunkenheit, teilweise behaupteten sie auch, das Opfer einer Verwechslung zu sein.

In einer interessanten Auseinandersetzung kam es bei der Vernehmung des jugendlichen Tischlerlehrlings Schulz. Schulz, der noch nicht 18 Jahre alt ist, behauptete nämlich, auf der Polizeiwache bei seiner Einlieferung verprügelt worden zu sein. Die Angeklagten Brichner, Wolther und Pagel behaupteten das Gegenteil. Die Vertreter der Anklage, Staatsanwaltstaatsrat Brünning und Staatsanwalt Dr. Linde, bestanden die Fragen nach etwaigen Mißhandlungen auf der Polizeiwache nicht zurück zu lassen. Die Glaubwürdigkeit der Schulz wurde über Wahrnehmungen auf der Straße nicht bekräftigt werden durch Zeugen, die nach diesen Tagen liegen. Das Gericht beschloß, Fragen nach Mißhandlungen auf der Polizeiwache zuzulassen.

Der Angeklagte Schulz schilderte darauf, daß er bei der Einlieferung mit Gummistuhl und Stöcken mißhandelt worden sei. Auf den Vorhalt des Staatsanwalts, weshalb die Angeklagten in der Voruntersuchung von diesen Mißhandlungen nichts gesagt haben, gaben sie nicht Befriedigung als Grund an oder auch, daß der Untersuchungsrichter nicht danach gefragt habe. — Nach der Vernehmung der Angeklagten wurde die Vernehmung der Zeugen auf Dienstag und folgende Tage vertagt. Wir werden das Urteil melden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. In den 20 Städten, in denen die Tarifverträge zum 12. Februar d. J. gekündigt sind, haben nunmehr die Holzarbeiter die zu stellenden Forderungen beschlossen und den Arbeitgebern übermittelt. Gleichzeitig wurde den Arbeitgebern mitgeteilt, daß die Arbeiter zu ähnlichen Verhandlungen bereit seien. In den Orten Elberfeld, Gising, Gersdorf, Jena, Dornbrück und Posen kommt neben dem Deutschen Holzarbeiterverband auch der christliche Verband resp. der kirchlich-amerikanische Gewerksverein als Vertragskontrahent mit in Frage. Diese Organisationen haben in den auch für sie in Frage kommenden Orten die Forderungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband gemeinsam eingereicht und werden auch die Verhandlungen gemeinsam geführt werden. Die Verhandlungen dürften nunmehr in den meisten Städten in den nächsten Tagen beginnen. Der heißste Punkt dürfte die Vertragsdauer sein. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes muß auf Grund eines Verbandsratsbeschlusses unter allen Umständen an der 4-jährigen Vertragsdauer festhalten während der Arbeitgeberverband nur auf 3 Jahre absichtlich will, mit der ausgesprochenen Absicht, dadurch einen einheitlichen Ablauftermin für alle Verträge schneller zu erreichen. Wenn der Arbeitgeberverband daran festhält, wird aus dem Vertragsabschluß überhaupt nichts werden. Die Hamburger Arbeitgeber machen schon jetzt gehörig scharf. Eine solche Verjämmerung nahm folgende Resolution an:

„Die Arbeitgeber erklären, unter gewissen Voraussetzungen ein neues Vertragsverhältnis eingehen zu wollen. Sollte dieses jedoch nicht zustande kommen, auch ohne Vertrag arbeiten zu wollen. Sofern in letzterem Falle der Betrieb gemacht werden sollte, Arbeitgeber durch Sperren der Betriebsstätten oder sonstige Maßnahmen zur Vorkaufhöhung oder Arbeitszeitverlängerung zu nötigen, so haben sie mit 1. d. h. Arbeitgeber der Holzindustrie durch Schließung ihrer Betriebe für die Angegriffenen einzutreten und bis zur Schaffung von Garantien geschlossen zu halten. Im übrigen erbiten die Verjammernden in der Ausrechterhaltung und Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises während einer vertraglosen Zeit keine Vorteile für das Gewerbe; sie verpflichten sich daher, nach Ablauf des Vertrags und bis zur Schaffung eines neuen Vertragsverhältnisses den paritätischen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen.“

Die Annahme dieser Resolution bedeutet Sturm! Einen Boykott des paritätischen Arbeitsnachweises werden sich die Hamburger Holzarbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen. Die Tischlermeister haben weiter beschlossen, „für die nächsten 4 Wochen durch Umlage von allen Holzgewerbetreibenden in Hamburg wöchentlich für jeden beschäftigten Arbeiter 1 Mark zu erheben. Der so geschaffene Streifenfonds soll dazu dienen, im Falle eines Lohnkampfes hilfsbedürftige Holzgewerbetreibende mit Geldmitteln zu unterstützen.“

Die Holzarbeiter sind gerüstet!

Der Bergarbeiterstreik im Sächsischen Kohlenrevier. Der Montag zeigte eine Zunahme der Zahl der Streikenden in Sächsisch und auf dem Bismarck Revier um circa 1000 Personen, so daß die Gesamtzahl

der Streikenden mit einer Ziffer von rund 24 800 Personen umfaßt. Die von der sozialistischen Partei veranstaltete Demonstration in Sächsisch zählt zu den großartigsten der letzten Jahre. Am Montag der sich durch die Stadt bewegte, gingen circa 30 000 Personen darunter gut 2000 Frauen mit ihren Kindern. Viele Hunderte rote Fahnen wurden im Zuge getragen und eine Anzahl von Schreien und Standarten, auf denen die Forderungen der streikenden Bergleute zu lesen waren; fast eine volle Meile währte das Fest. Der Demonstration folgte ein Massenmeeting unter freiem Himmel vor dem sozialistischen Genossenschaftshaus. Es sprachen die Bergarbeiterführer und die Deputierten Troiet und Dejardin. Die Polizei zeigte wieder ihre Überflüssigkeit und hatte nichts zu tun — als sich ruhig zu verhalten. Die eben im Gange befindliche Volkszählung mußte unterbrochen werden, weil die mit der Bewachung der Festung und des Streiklagers so stark beschäftigten Polizisten nicht die Zeit haben, die Volkszählungsbogen abzuholen. Die Bewachung von Streikenden ist den Behörden natürlich unglaublich wichtiger als die Volkszählung! Auch die Arbeiten für die Wahlkreise des Gewerbegerichts konnten nicht unterbrochen werden, weil für deren Vorpallast keine Zeit ist.

Wohl Verhaftungsgewalt des beim Gendarmenzufahrtstest im Sächsisch gefallenen Opfers, der ihren Wunden erlegenen Frau Wöhlbein bewahren die Arbeiter ihre Zurückhaltung und Disziplin.

Kleine Chronik.

Ein netter Kessel mit kochendem Wasser gekürzt. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag abend gegen 6 Uhr in Rixdorf. Die 42-jährige Waisfrau Hanzer war damit beschäftigt, in der Waschküche einen Kessel mit kochendem Wasser in einen Bottich zu schütten. Neben ihr spielte ihr 5-jähriger Sohn Willi mit einem 6 Jahre alten fremden Knaben. Als sich dann die Waisfrau für einige Augenblicke aus dem Raum entfernte, ergriff der ältere Knabe seinen Spielgefährten, rang mit ihm und schleuderte ihn schließlich kopfüber in den Kessel mit kochendem Wasser. In diesem Augenblick kam die Mutter des unglücklichen Kindes hinzu und zog den bewußtlosen Knaben, dessen Körper über und über mit Brandwunden bedeckt war, heraus. Das Kind, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurde in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus geschafft.

Verurteilter „Simplicissimus“ Redakteur.

Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Redakteurs G. u. l. b. r. a. n. j. o. n. v. o. m. „Simplicissimus“, der vom Landgericht Stuttgart wegen Verleumdung des Bischofs v. Huttenbarn zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Nach Ansicht des Reichsgerichts lag keine Beschränkung der Verleumdung vor, auch die Zuständigkeit des Reichs sei nicht zu beanstanden.

Das Auto in der Seine.

Eine Automobildrohke kam am Sonntag mit solcher Wucht gegen das Geländer der Bischofsbrücke bei der Holte-Dame-Kirche in Paris, daß dieses durchbrach und der Wagen aus 10 Meter Höhe in die Seine stürzte. Den beiden Insassen gelang es, sich solange über Wasser zu halten, bis sie fast völlig erschöpft und halb erstarrt durch ein Boot aufgenommen werden konnten. Eine riesige Menschenmenge hatte sich am Ufer angesammelt. Beide Fahrer hatten Kopfverletzungen erlitten und mußten ins Spital gebracht werden.

Gutnadeln für Männer.

Während hierzulande die allerdings recht gefährlichen Spiege, mit denen Damen ihre riesigen Kopfschmücken auf der Stirn festhalten, von den Vertretern des starken Geschlechts sehr energig angefeindet werden, soll es in Wales Herten geben, denen das Verständnis für den eminent praktischen Wert der Gutnadel derart aufgegangen ist, daß sie sich selber ihrer bedienen. Die einzig hervorragenden Staatsmann nachgeahmte Manier, das Haar 4 Zentimeter lang über die Ohren und 6 Zentimeter lang in den Nacken fallen zu lassen, hat in dem Lande der Walliser bereits falsche Verbreitung gefunden, daß einzelne stolze Weiber besonders üppiger Haarschöpfe zur weiblichen Gutnadel greifen mußten, um neckische Winde an der Entfaltung ihrer Güte zu hindern. Der erste Träger von richtigen Damen-Gutnadeln ist ein begeisterter Anhänger des Mähnenkults in Teheran bei Giamorganjire. Sein kühnes Beispiel hat bald Nachahmung gefunden.

18. Januar. Die Anklage des Staatsanwalts war: Die

18. Januar. Die Anklage des Staatsanwalts war: Die

18. Januar. Die Anklage des Staatsanwalts war: Die

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 15.

Magdeburg, Mittwoch den 18. Januar 1911.

22. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung.

Berlin, 16. Januar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines

Wertzuwachssteuergesetzes.

§ 1 führt allgemein die Zuwachssteuer ein, will jedoch bebaute Objekte von nicht über 20 000 Mark, unbebaute von nicht über 5000 Mark von der Steuer freilassen, wenn der Verkäufer nicht über 2000 Mark Einkommen hatte. § 1a unterstellt auch Berechtigungen, mit Ausnahme unbeweglicher Bergwerksanteile, dem Gesetz. § 1b unterstellt auch den Übergang von Nechren an dem Vermögen einer G. m. b. H., wenn dieselbe sich mit der Bewertung von Grundstücken befaßt, oder wenn sie gegründet ist, um die Zuwachssteuer zu erheben.

Abg. Graf Westarp (konf.): Meine Freunde stimmen nicht nur dem Grundgedanken des Entwurfs zu, sondern halten auch die Fassung der Kommission für zureichend. Wir halten die Zuwachssteuer für einen neuen und fruchtbareren Gedanken für unser Steuersystem. Die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben, deshalb muß der Besitz für das Reich auf anderem Wege steuerpflichtig gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Betroffen soll in erster Linie nicht der Verkäufer werden, der durch seine Arbeit, kulturelle Tätigkeit und Sparsamkeit die Werterhöhung geschaffen hat, und aus diesem Grunde hat die Kommission den Zusatz gemacht zu dem Worte „Wertzuwachs“: „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“. (Zustimmung rechts.)

Es sind folgende Abänderungsanträge eingegangen: Abg. Cuno (fortschr. Wp.) will im § 1 die Worte „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“ streichen. — Abgeordneter Arendt (Wp.) will im § 1 die bebauten Grundstücke bis zu 30 000 Mark, die unbebauten bis zu 3000 Mark freilassen, wenn der Verkäufer ein Einkommen bis 8000 Mark hatte. Abg. Paul (konf.) will, wie die Kommission, die Grundstücke bis 20 000 Mark (resp. 5000 Mark) freilassen, falls das Einkommen des Verkäufers weniger als 3000 Mark betrug. — Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen die Streichung sämtlicher Ausnahmen im § 1 und Zusammenfassung der §§ 1a, 1b, 1c zu einem einheitlichen Paragraphen.

Reichsfinanzsekretär Wermuth: Die Entscheidung, die hier fällt, wird nicht nur eine solche über die Reichwertzuwachssteuer sein, sondern über die Wertzuwachssteuer überhaupt, auch über die der Gemeinden. Denn der

Widerstand der Haus- und Grundbesitzer

richtet sich gegen die Zuwachssteuer überhaupt. Somit haben Reich und Gemeinden hier das gleiche Interesse. Das Reich aber muß vorangehen. Es ist ja auch kein Zweifel, daß das Reich der Haupturheber unseres wirtschaftlichen Aufschwungs ist.

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 veranlagt, aber die Vorlage, und noch weit mehr die Fassung der Kommission, gehen weit hinter das zurück, was der Reichstag damals gewollt hat. Und trotzdem sind jetzt noch weitere Abänderungen im Werke. Ich bitte, nicht auch hier im Plenum, wie es in der Kommission geschehen ist, ausgesetzte Abänderungsanträge zu stellen, denn eine ausgedehnte Abschwächung ist nichts anderes als die Vereitelung der Wirksamkeit der Steuer. Gegenüber den Befürchtungen über die Folgen des Gesetzes weise ich darauf hin, daß in mehr als 97 Prozent der Gemeinden, welche die Steuer eingeführt haben, eine Steigerung der Grundstückspreise und Mieten nicht eingetreten ist, bei mehr als 98 Prozent war eine Einschränkung der Bautätigkeit nicht zu verzeichnen, und in 99 Prozent sind die Grundstücksbesitzer zum Eigenbau nicht übergegangen. Auch der Um-

satz von Grundstücken ist nicht beeinflusst worden. Gärten sollen überdies durch die Einführungsbestimmungen vermieden werden. Wenn unsere Finanzen nicht wieder steckenbleiben sollen, müssen dem Staat die vorgesehenen Mittel gewährt werden. Hier gibt es kein Warten und Weichen.

Abg. Marx (Ztr.): Wir stehen dem Gedanken der Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses freundlich gegenüber, und wir wollen auch ein wirksames Gesetz. Aber der Rechenstift allein darf nicht entscheiden, auch die Billigkeit muß mitgesprochen, sonst werden gerade konservative Grundsätze ins Wanken gebracht. (Sehr richtig! i. Ztr.) Bedenklich am Gesetz ist namentlich die Zurückziehung auf das Jahr 1885 und seine rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1910. Wegen die Zurückziehung spricht die Besorgnis, daß dadurch der alte feste Familienbesitz gefährdet wird. Manche solide Bürgerfamilie in kleinen Städten hat ihre Spargelder in Grundstücken angelegt, und das kann unmöglich mit großstädtischer Grundstückspekulation auf eine Stufe gestellt werden.

Es geht nicht an, den Gemeinden innerhalb des Gesetzes einen allzuweiten Spielraum zu gestatten. Wir beantragen, daß sie einen Zuschlag von 100 Prozent, aber nicht darüber hinaus zu dem ihnen überwiesenen Anteil von 40 Prozent erheben dürfen. Wir beantragen ferner eine Erhöhung der Befreiungsgrenze, um die den Arbeitern zugedachte Vergünstigung auch dem kleinen Mittelstand zugute kommen zu lassen. Für die Übergangszeit verlangen wir mögliche Erleichterung. (Bravo! im Zentrum.)

Reichsfinanzsekretär Wermuth: Ich gestehe, daß es mir angeht, der zahlreichen, meist auf Abschwächung hinauslaufenden Anträge zweifelhaft wird, ob etwas für unsere Veteranen herauskommt. (Lebhaftes Gert, hört!)

Abg. Böhrer (Soz.): Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes, weil wir in einer solchen Besteuerung des Wertzuwachses

den Anfang einer gefesselten Expropriation

sehen. Wir haben daher schon 1902 bei den Kämpfen um den Zolltarif diese Besteuerung gefordert. Was uns jetzt geboten wird, sieht freilich unserm Ideal wenig ähnlich. Wir wünschen stets, daß in erster Linie die Gemeinde sowohl Objekt wie Subjekt der Zuwachssteuer sein sollte, daß das Reich sich im wesentlichen darauf beschränken sollte, die Steuer in allen Gemeinden obligatorisch zu machen und eine Oberaufsicht auszuüben.

Nach unserer Ansicht sollten die Gemeinden einen möglichst großen Spielraum in der Ausgestaltung der Steuer haben, und ihnen sollte auch der größte Teil des Ertrags anheimfallen. (Leb. Zutr. b. d. Soz.) Das Reich könnte trotz eines ihm zufallenden geringeren Prozentsatzes sehr wohl ein weit besseres Geschäft mit der neuen Steuer machen, vorausgesetzt, daß sie in wirksamer Weise ausgebaut wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Schatzsekretär sieht in dem Reiche den Hauptfaktor, dem die Wertzuwachssteuer geschuldet werde. Diese Auffassung zeugt bei einem Finanzmann von einem sehr verwunderlichen Minus von ökonomischer Erkenntnis. Es ist nicht sowohl der Staat, sondern

es ist die Gesellschaft, der der Wertzuwachs verdankt wird, und zwar in erster Linie die werkschaffende Tätigkeit des arbeitenden Volkes, des Proletariats. (Leb. Zutr. b. d. Soz.) Die Arbeit der Gesellschaft vollzieht sich in den Gemeinden, dort tritt der Wertzuwachs am unmittelbarsten zutage, und dieses ist der Grund, weshalb die Gemeinden in allererster Linie die Wertzuwachssteuer zu beanspruchen haben. Auch kann die Steuer nur in der Gemeinde so gehalten werden, daß sie Früchte bringt, ohne Gärten zu verursachen, und schließlich kommt hinzu, daß

die Gemeinden, welche diese Steuer geschaffen haben, ein historisches Recht auf sie besitzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Da nun ein Gesetz, das diesen Ansprüchen entspricht, nicht zu erreichen ist, so ziehen wir uns auf etwas Bescheideneres zurück, auf den vor einem Jahre vorgelegten Regierungsentwurf. Er ist durchgreifender als der Kommissionsentwurf, er hat viel weniger Ausnahmsbestimmungen, ist klarer und bringt mehr ein. Wir haben daher zu § 1 beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und werden auch weiterhin ähnliche Anträge bringen.

Der Kollege Marx wundert sich, daß unser Antrag auch die kleinen Leute treffen soll, die nur 2000 Mark Einkommen haben, und die der Kommissionsentwurf frei läßt. Diese Bereinigung zeigt aber deutlich den

agrarischen Verfehlung.

In agrarischen Kreisen ist es ja Mode, das Einkommen niedrig einzuschätzen, und sehr reiche Agrarier verstehen es, unter der Einkommengrenze von 2000 Mark zu bleiben. Die Agrarier würden also nach der Kommissionsfassung noch steuerfrei bleiben, als es heute schon der Fall ist. Die wirklich kleinen Leute bleiben schon nach der Bestimmung des § 20 steuerfrei, wonach Beträge bis zu 20 Mark nicht erhoben werden. Wenn durch besondere Umstände aber ein kleiner Mann wirklich mal einen großen Gewinn macht, so wird er im Gegensatz zu den steuerfreien Agrariern die Steuer schon gern bezahlen. (Zustimm. b. d. Soz., Widerspruch rechts.) Die Ausnahmebestimmung für die Bergwerksanteile ist natürlich völlig unzulässig. Das Vergeigentum darf nicht anders behandelt werden wie das andre Grundeigentum. Die agrarische Durchsetzung der Steuer entfällt wieder einmal das Spiel des schwarzen Blattes. (Zustimm. b. d. Soz., Värm rechts u. i. Ztr.) Dabei würde die Steuer doch sehr lukrativ werden, wenn sie auch die Agrarier erfaßte. Seit 1903 ist der ländliche Grundbesitz infolge der Zollgesetzgebung um 33 Prozent im Werte gestiegen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Daß der erhöhte Umsatztempel neben der Steuer noch 3 Jahre aufrechterhalten werden soll, beweist deutlich, daß Ihr Triumphgeschrei über die Erfolge der Reichsfinanzreform nur Schein und leerer Wahn ist. (Leb. Zustimmung links, Värm rechts u. i. Ztr.) Die Wertzuwachssteuer ist geradezu der Götze des Staats, und dabei ist es noch fraglich, ob das Versprechen, den erhöhten Umsatztempel nach 3 Jahren aufzuheben, erfüllt werden wird.

Es ist schon viel versprochen worden,

ich erinnere an die Witwen- und Waisenberieselung. (Leb. Zustimmung b. d. Soz., Widerspruch rechts.) Sie wollen ferner den Ertrag der Steuer für die neuen Heeresvorlage verwenden, und was etwa übrigbleibt, den armen Veteranen gewähren. Niemals werden wir einwilligen, die Erträge der Steuer für die Heeresvorlage zu verwenden. Au nicht indirekt werden wir einen Pfennig für den Militarismus bewilligen, der das Unglück des deutschen Volkes, das Unglück aller Kulturvölker ist. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Wir verlangen Berücksichtigung der Veteranen in weitestem Umfange. Die Männer, die heute als Veteranen Not leiden, haben 1870 mitgeholfen, die Grundlage zu schaffen, auf welcher der Wertzuwachs entstehen konnte. Darum haben sie in erster Linie Anspruch auf die Erträge dieser Steuer. Ein Paragraph, der dieselbe deutlich bestimmt, muß dem Entwurf eingefügt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was dann etwa übrigbleibt, das muß dazu dienen, eine der indirekten Steuern zu beseitigen, die heute so schwer auf dem Volke lasten.

Wir sind Anhänger einer gesunden, alle Schichten der Bevölkerung, vor allem die bestehenden Schichten, auch die bestehenden agrarischen, fest anwachsenden Wertzuwachssteuer. Machen Sie eine solche mit uns, so wird das Volk auch Sie einmal segnen. Wahrscheinlich werden Sie es ja nicht tun, aber wir werden alles daran-

Flammen.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Wilhelm Hegeler.

(17. Fortsetzung.)

„Uns Himmels willen,“ lachte Grabaus. „Erobern sollten wir sie, Kleinriegen.“

„Erobern?“

„Ich meine moralisch erobern.“

„Moralisch — erobern? Hören Sie mal, das sind ja faule Sachen. Was verstehen Sie unter moralisch erobern?“

„Ach, ich meine, es ist ganz richtig, daß die Regierung jetzt schärfer vorgeht.“

„Ne ne, Sie jagten, moralisch erobern. Ich will wissen, was Sie damit meinen?“

„Gott, ich sagte das nur —“

„Sehn Sie mal, lieber Doktor, es könnte ja sein, Sie wüßten uns einen guten Rat zu geben. Die Herren von außerhalb sind ja immer so klug. Wie haben Sie denn das gemeint, mit dem moralisch Erobern?“

Vergeblich sann Grabaus nach, wie er das hingeworfene Wort eigentlich gemeint habe, und ohne ein Ziel vor Augen, stotterte er schließlich:

„Ich meinte, wir haben für die Polen —“

„Sie meinten, die Regierung hat —“

„Natürlich — die Regierung — hat für die Polen alles mögliche getan. Die Verhältnisse aufgebessert, Schulen gegründet, Bildung verbreitet, aber — wie soll ich sagen? — gewissermaßen nur materielle Bildung. Wir — ich meine, die Regierung — hat dabei den Polen immer nur das Deutschland Bismarcks und Moltkes — sozusagen das Deutschland der eisernen Macht gezeigt. Aber die geistige Großmacht Deutschlands —“

„Sehn Sie mal an! Sehn Sie mal an!“ jagte der Ministerialdirektor.

„Ja, ein Volk, von teilweise doch so hoher Kultur wie die Polen, das hätte man vielleicht eher gewonnen, wenn man ihm auch das Deutschland Schillers und Goethes vor Augen geführt hätte. So verstand ich das moralisch Erobern. Also zum Beispiel, — hauptsächlich nimmt er mir den Wit nicht übel, ich hab ihn durch den Kopf — „wenn man im Osten eine neue Universität gründete“ — und mich da zum ordentlichen Professor machte, slog ihm weiter durch den Kopf. — Eine nationale Universität —“

Etwas ängstlich, was der alte Herr zu diesem spöttischen Vorschlag sagen würde, blickte Grabaus ihn an. Aber

dieser schien einfach eingeschlagen zu sein. Mit vorgejuntem Kopfe stand er da, beide Hände in den Hosentaschen. Eine ganze Weile verging, bis er endlich einen großen Hauschlüssel hervorzog. Nun klopfte er sich damit vor die Stirn und jagt Blödsinn, dachte Grabaus, dem es heißer und heißer wurde. Doch nachdem der Ministerialdirektor den Schlüssel eingehend betrachtet hatte, steckte er ihn wieder in die Tasche und brummte:

„Sagen Sie mal, von wem haben Sie diesen Gedanken?“

„Von niemand. Von mir selbst.“

„Schon lange?“

„Wenn ich die Wahrheit sagen soll, so sehr lange noch nicht.“

„Und niemand hat mit Ihnen darüber gesprochen?“

„Niemand.“

„Ja — mein lieber Doktor, das ist nämlich gar keine so üble Idee. Das — sehn Sie mal!“

Er schlug ein Altkleid auf und hielt es Grabaus hin, der bei dem verwirrten, flüchtigen Blick nur das eine Wort: „Unversität“ las.

„Was Sie mir da erzählen, das haben wir längst erwogen. Meine eigne Idee haben Sie mir vorgetragen. Das — das spricht für sie beide.“

Er nickte und schaute dann schläfrig, aber durchdringend Grabaus an, der die Empfindung hatte, daß er jetzt wie ein Gaul oder ein Stück Holz hiniert, gepörrt, bewertet und auf seine Verwendbarkeit eingeschätzt würde. Möglicherweise fragte er:

„Sagen Sie mal, Sie schreiben doch nicht für Zeitungen?“

„In der letzten Zeit nicht mehr.“

„Das müssen Sie auch nicht tun. Ueberhaupt — was ich Ihnen da gesagt habe, das bleibt unter uns. Verstanden?“

Er streckte ihm die Hand hin.

„Wir meinen es hier sehr gut mit Ihnen. Sagen Sie mal, was macht denn der alte Wulmann? Hat der Mann überhaupt Hörer?“

„Professor Wulmann war mein Gelehrter Herr —“

„Na, wenn Sie eben sagen, daß er keine hat, verraten Sie keine Geheimnisse. — Was ist los?“

Ein Diener war eingetreten, mit dem er leise sprach. Dann wandte er sich wieder an Grabaus.

„Frühstücken Sie mit mir, lieber Doktor. Dann erzählen Sie mir einachend Ihre Pläne. Warum Sie nur da einweisen Platz.“

Er wies ihn auf einen Stuhl in dem Erker. Dann öffnete er eilig die Tür und ließ den enthusiastischen Schülmann eintreten.

Nach einer tiefen Verbeugung begann dieser einen langen Wortschwall, aus dem Grabaus entnahm, daß es sich um eine neue Lehrmethode im Geschichtsunterricht handelte. Aber plötzlich hörte er die hell fröhliche Stimme Wohlbolds:

„Sagen Sie, Herr Direktor, Sie waren doch erst vor vier Wochen bei uns. Ja, ja, ja, meinen Sie nicht, daß Ihr Unterricht leidet, wenn Sie immer unterwegs sind. Uns auf dem Ministerium brauchen Sie doch nicht zu unterrichten. — Ja ja, ich weiß schon. Glückliche Reise! Ich werde Ihnen mal jemand hinstücken. Glückliche Reise!“

Ganz niedergeschmettert lief der Direktor auf eine falsche Tür zu.

„Hier bitte, hier — adieu, adieu!“

Dann eilte Wohlbold zu Grabaus in den Erker.

„Kommen Sie, lieber Doktor! Jaa,“ sagte er stehbleibend und sich den Kinnbart kratzend — „das ist ganz unsere Idee. Nationale Bildung! Schiller und Goethe als Kolonialvölker. Und Treitschke. — Sehn Sie mal, einen Mann wie Treitschke brauchte ich. Wir hatten eigentlich vor, einen alten Staatsrechtslehrer an die Spitze zu stellen, jemand, der repräsentiert. Aber eine junge Kraft — Hören Sie mal, Sie sollen doch ein vorzüglicher Redner sein. Wer hat mir das doch erzählt?“

Aber der Diener war wieder eingetreten, und er wandte sich an diesen.

„Ich komme gleich.“

Als dann der Diener aber noch etwas flüsterie, erwiderte er mißmutig:

„Ne, ne, ne. Die Sprechstunde ist ja längst vorüber.“

Er durchsuchte die Karten auf dem Tische.

„Hat sich ja gar nicht angemeldet. Sagen Sie, morgen zwischen zwölf und zwei. — Mein lieber Doktor, ich habe keine Zeit zum Frühstücken. — Wichtig, der Geheimrat Mühlwetter hat mir von Ihnen erzählt.“

„Dessen Sohn hat bei mir gebirt.“

„Ja ja, ich weiß. — Hören Sie mal, Sie werden noch von uns hören. Weiden Sie nur ruhig. Wir meinen es hier sehr gut mit Ihnen.“

Schon war Grabaus in der Tür, als Wohlbold ihn nochmals zurückrief.

„Aber meinen Mund halten, verstanden? — Grüßen Sie Ihren Herrn Vater. Adieu!“

(Schluß folgt)

ja selbst, sonst würden Sie ihnen das Koalitionsrecht einzuräumen. (Sehr laut b. d. Soz.)

Bei der Berliner Unterfütterung wurde Mitteilung gemacht von dem neuen Fonds zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsanstalten. Ich halte eine solche

Forschungsanstalt für überaus gefährlich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Kulturstaat muß selbst diese Mittel aufbringen. Die Tatsache, daß solche Institute von privater Seite ausgehalten werden müssen, ist ein Schandfleck für die deutsche Kultur. (Leb. Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Der Feder-Prozess hat gezeigt, was sich ein Igl. Landrat alles herausnimmt. Zwei Mitglieder des Kreisaußschusses haben ausgeführt, bei der Konfessionierung werde nach der politischen Gesinnung des Gastwirts nicht gefragt, man halte sich streng an die Gewerbeordnung. Eine Ausnahme würde nur bei Sozialdemokraten gemacht. (Leb. Hört, hört! links.) Diese Leute hatten es also für ganz in der Ordnung, daß gegenüber Sozialdemokraten das Gesetz mit Füßen getreten wird.

Nun zum Moabit Prozess. Die Scharfmacherpresse hatte in jenen Tagen, unterstützt von der polizeifreudigen Berichterstattung, gelogen, daß sich die Balken bogen. Leider dürften die Beamten nicht aussagen, wie weit die Polizei an der Berichterstattung beteiligt war. Vielleicht erfahren wir das bei dem Prozess gegen den „Vorwärts“. Was über den Sturm auf die Reformationskirche und die Beschuldigung des Altars erzählt wurde, war purer Schwindel. Die Behauptung der reaktionären Presse, daß in Moabit Pastor Schwebel mißhandelt worden ist, ist frecher Schwindel, wie denn überhaupt besonders die amtlichen Kreisblätter

eine wahre Schindelhannes-Phantastie über Moabit entwickelt haben. Der Jwed der ganzen Aktion war ja die Pertrümmerung der Gewerkschaften. Abg. v. Pappenheim hat trotz der Prozeßergebnisse der Polizei vollstes Vertrauen ausgesprochen. Sie haben also gewünscht und erwartet, daß die Polizei so haufen werde, wie sie es getan hat. Es wäre moralische Pflicht des Gerichts gewesen, in dem Urteil etwas über die Schuld der Sozialdemokratie zu sagen, wenn nur ein Atom solcher Schuld festgelegt worden wäre. Durch das Urteil ist Herr von Bethmann-Hollweg völlig desavouiert worden.

Präsident von Kröcher: Ich bitte die Herren Minister, wie hier üblich, mit ihrem Titel zu nennen.

Abgeordneter Ströbel (fortfahrend): Die preussische Journalistenfreiheit zeigt die Ausweisung des französischen Schriftstellers Halbmanns. Das Eingreifen des Reichskanzlers, wie der Ordensregeln, waren eine Beeinträchtigung der Richter. Wir erheben im Interesse der Ehre und des Ansehens des Staates schärfsten Protest gegen ein Verfahren, das die uniformierten Kuchys für ihre Taten im Proletariatviertel noch auszeichnet. Auch die loyalsten Leute sind durch die Moabiter Polizeitaten mit Empörung erfüllt worden. Die Feststellung des Gerichts über die Polizeibergriffe wiegt schwerer als die Ansichten von Pappenheim und von Bethmann-Hollweg. Ich erwarte, daß der Ministerpräsident öffentlich seinen Irrtum erklären wird. Die Hauptschuld an den Polizeibergriffen trägt die scharfmacherische Presse, die den Schulleuten eingeredet hat, es handle sich um eine Revolution.

In der Scharfmacherpresse haftet Blutschuld. Die Ausführungen des „Vorwärts“ sind durch die Gerichtsverhandlungen glänzend bestätigt worden. In den ersten Zusammenstößen von Moabit tragen die Arbeitswilligen, vor allem die Eingegardie, große Schuld. Die Anklageschrift ist so abgefaßt, als ob sie von einem Unternehmer wäre, darin heißt es: daß die Forderungen der Streikenden nicht hätten bewilligt werden können. Aber Stinnes hat sein Vermögen seit 1897 von 9 auf 30 Millionen erhöht. Auch die Kirche ist nicht frei von Schuld, denn sie entartet zur Dienerin der herrschenden Klasse. Wir würden auch in Preußen sozialistische Geisteskräfte haben, wie Amerika und England, aber wer nicht pariert, der flieht. Die sozialdemokratische Partei macht es nicht wie das Zentrum, wer sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen will, soll auch deren Programm unterschreiben. Wer dagegen verweigert... (Gelächter und Zuruf: Der flieht!) Dieser Zwischenruf ist die größte Anerkennung, die einer Partei zuteil wird. Eine Partei ist eine freiwillige Gemeinschaft. (Aufse rechts: Freiwillig? Abgeordneter Hoffmann: Bei Ihnen freiwillig nicht!) Ich hoffe, daß Sie den Unterschied zwischen Staat und Partei endlich begreifen, und daß es etwas ganz anderes ist, ob jemand aus der Partei ausgeschlossen wird oder aus dem Staat. Daß die Kirche die Dienerin der herrschenden Klasse ist und sich nicht auf Seiten der Arbeiterklasse stellt, beweist der Ausspruch des Bischofs Henle von Regensburg, der das Wort des Apostels Paulus im Parlament zitierte:

Wer knecht ist, soll knecht bleiben, und die „Historisch-Politischen Blätter“, ein ultramontanes Organ, geben dem Bischof recht, indem sie ausführen, daß die

soziale Frage im Christentum niemals eine Rolle gespielt habe. Wo sind die Geistlichen, die Einspruch erhoben haben gegen das Vorgehen der Polizei gegenüber der wehrlosen Bevölkerung in Moabit. (Gelächter rechts.) Die Straße hat die Abneigung, die sich bei den Massen gegen sie gebildet hat, ehrlich verdient. Wir gehen gegen die Geistlichkeit nicht gefällig vor, weil wir nur Tatsachen feststellen. Aber die Sozialdemokratie wird von der Kirche auf das Gefährlichste angegriffen. Beweist es nicht große Stupidität, wenn ein Zentrumsorgan schreibt: „Kirchen, die lehren, daß es keinen Gott gibt und die beweisen wollen, daß der Mensch vom Affen abstammt, sollte man überhaupt töpfern.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Unrechtlich ist, wenn von Blättern der Rechten behauptet worden ist, das Gericht hätte konstatiert, daß in Moabit keine Todspitze tätig waren. Das Gericht hat nur gesagt, die Frage der Todspitze sei nicht hinreichend aufgeklärt worden. Eine Reihe von Zeugen hat aber bekundet

daß Kriminalbeamte wie Todspitze sich benommen haben. Aber immer wenn ein Todspitze entlarvt werden sollte, erhielten die Polizeibeamten nicht die Erlaubnis zur Ausjage. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß Todspitze bei ähnlichen Anlässen tätig gewesen sind, hat selbst der frühere Polizeipräsident von Meerfeldt-Güllesum zugegeben. Die Herren behaupten immer, daß die kirchliche und religiöse Erziehung das Beste Mittel gegen die Verrohung der Jugend sei. Die Kriminalstatistik beweist aber, daß gerade in katholischen Gegenden, wo also die religiöse Erziehung eine große Rolle spielt, verhältnismäßig mehr Straftaten begangen werden als in protestantischen. Gegenüber einer Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ stelle ich erneut fest, daß die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der

ruhigen, friedlichen und organischen Entwicklung steht, solange der vorwärtsstrebenden Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, auf friedlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Wenn das unmöglich ist, wie z. B. in Rußland, kann man uns nicht zurechnen, daß wir die Revolution verurteilen. Wer mit Gewalt das Volk unterdrückt, muß sich auch gefallen lassen, daß das Volk sich mit Gewalt gegen seine Unterdrücker wendet. Auch das Bürgerium hat seine blutigen Revolutionen gehabt. Denken Sie an das Todesurteil Karls 1.

Präsident v. Kröcher: Es handelt sich hier um den preussischen Staat!

Abg. Ströbel: Hier handelt es sich um die Erörterung der politischen Verhältnisse!

Präsident v. Kröcher: Da Sie meine Mahnung nicht verstehen, rufe ich Sie zur Sache!

Abg. Ströbel: Dann wird bei anderer Gelegenheit noch das Nötige gesagt werden müssen. Verdrängte Wünsche des Volkes werden durch den Staat nicht erfüllt. Dagegen sollen Maßnahmen geschaffen werden, um das Volk weiter in Abhängigkeit zu bringen. Wir werden den

Kampf gegen die Reaktion energisch fortführen. Die nächste Etappe in diesem Kampfe werden die Reichstagswahlen sein. Die geistige Anbelagerung der Massen muß aufhören. Wer gegen die geistige Knechtschaft ist, muß zu uns kommen. Wenn die Liberalen verjagen, werden wir den Kampf allein führen. Wir leben der Zukunft: „Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Born, find das Proletariat.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Provinz und Umgegend.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Mit Rücksicht auf die überaus große Verbreitung der Maul- und Klauenseuche wird folgende allgemeine Belehrung über diese Krankheit und deren Bekämpfung bekanntgegeben:

1. Die Maul- und Klauenseuche ist eine ansteckende Krankheit der Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine.
2. Merkmale: Verminderter oder aufgehobener Freßlust, Abnahme der Milchabsonderung, Speicheln aus dem Munde, Steifheit oder Lahmheit auf mehreren Füßen, Wajen im Munde, im Klauenpanz. Die Wajen plagen sehr frühzeitig, so daß man meist nur die abgestoßenen, weiß gefärbten Schleimhaut- bzw. Hautflecken und darunter die wunden, roten Stellen sieht.
3. Ansteckung: Diese erfolgt außerordentlich leicht und schnell von Tier zu Tier und durch alle Gegenstände, die mit dem abfließenden Inhalt der Wajen in Berührung kommen, wie Futter, Streu, Dünger, Stallgeräte, Melkgeräte, Kleider des Personals, Schuhwerk, Hunde, Geflügel.
4. Schädigungen: Minimal plöglige Todesfälle, Herz-Abmagerung und Milchverlust, nicht selten Verfall und Zer-

streuung der abgemagerten Tiere wegen Mangel an Futter.

5. Pflege: Reines Futter, Reinhaltung des Stallens, Desinfektion der Stallflächen und -rinnen. Bei schweren Klauenleiden als Hauptmaßnahme ist tierärztliche Hilfe zu empfehlen.

6. Anzeigepflicht: Bei Vermeidung hoher Gefährdung ist jeder Besitzer zur Anzeige verdächtiger Erscheinungen (siehe 1) verpflichtet.

7. Die tierärztlichen Untersuchungen zur Feststellung der Seuche und der Abheilung sowie zur Abmagerung der Desinfektion erfolgen kostenlos. Die erfolgte Abheilung bei allen Tieren des Bestandes (abgesehen von schweren Klauenleiden als Mastfrucht) ist von dem Besitzer der Polizei zu melden. Desinfektion und Düngrückführung erfolgen nach besonderer polizeilicher Anweisung.

Feinereleben-Salbe-Wetterhülen, 17. Januar. (Bortragsturz.) Auf den am 18. Januar abends 8 1/2 Uhr beginnenden Kursus des Genossen Reimes (Berlin) über „Was wollen die Sozialdemokraten?“ trafen wir an dieser Stelle noch einmal hin. Von unsern Anhängern wird ja immer die Behauptung aufgestellt, daß wir unsern Anhängern nicht die Wahrheit sagen über unsre Ziele. Durch diesen Vortragskursus ist jedem Einwohner Gelegenheit gegeben, sich über die Lehren des Sozialismus zu unterrichten. Hoffentlich wird eine große Anzahl diese Gelegenheit benutzen. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer.)

Aischerleben, 17. Januar. (Metallarbeiterverband.) Die am Sonnabend stattgegangene Mitgliederversammlung brachte die Verwaltungsstelle einen bedeutsamen Schritt vorwärts. Zum erstenmal gab die Verwaltungsstelle den Jahresbericht gedruckt heraus. Die umfangreichen und mannigfachen Arbeiten der Verwaltung bewogen diese, an die Mitglieder den Antrag auf Anstellung eines Geschäftsführers zu stellen. Nach den Darlegungen des Bevollmächtigten, Genossen Kaufmann, wurde die Anstellung des Kollegen H. Greiner mit großer Majorität beschlossen. Nach dem Beschluß der Versammlung wurde die Geschäftzeit auf vormittags 11—1 Uhr und nachmittags 5—7 Uhr festgesetzt.

(Die Fortschrittliche Volkspartei) hielt am Sonntag nachmittag eine öffentliche Versammlung ab. Als Referent war der Landtagsabgeordnete Goldschmidt aus Berlin erschienen. Obgleich eine definitive Beschlußfassung über seine Kandidatur nicht gefaßt wurde, darf man doch damit rechnen, daß er bei der kommenden Reichstagswahl als solcher in Frage kommt. Außer seinen Ausführungen über Steuerpolitik und soziale Gesetzgebung waren einige Bemerkungen recht „freisinnig“. Anlässlich der Reichstagswahlen seien zwar die sozialdemokratischen Stimmen selbst in Wahlkreisen agrarischer Struktur stark gewachsen, immerhin sei aber der Liberalismus die obliegende Partei geblieben. Die Ursache sei darin zu suchen, daß sich die Überzeugung immer mehr geltend mache, daß mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nur die Reaktion gestärkt wird. Vielleicht wisse die Sozialdemokratie noch gar nicht, daß sich in ihr eine reaktionäre Partei verberge. Die Betonung des unbedingten Klassenstandpunktes, die Individualität gegen Andersdenkende, die Unfreiheit in der Denkungsart der ihr zugehörigen Massen — alles das wären Symptome ihres reaktionären Charakters. Dieses Urteil habe auch der irangösische Sozialist Jaurès ausgesprochen. Seine (des Redners) Partei, die das Gesamtinteresse aller Bürger vertritt, die keine Revolution und kein Umsturz anstrebe, sei die beste Partei der Wahlkreise. Die Anhänger einer solchen grundgesetzlichen Parteipolitik scheinen aber doch glücklicherweise nicht sehr zahlreich zu sein. Die Versammlung war ungefähr von 150 Personen besucht. Darunter waren nach 30, die einer andern Partei angehörten. Von unserer Parteileitung war der Besuch nicht empfohlen worden. In den Ausführungen über den Anfall der Reichstagswahl zum Reichstag gehört eine ziemlich Portion Unverständlichkeit. Jedem einigermaßen unterrichteten Politiker ist es bekannt, daß in vielen Reichswahlkreisen der Liberalismus nur mit sozialdemokratischer Hilfe siegen konnte. Herr Goldschmidt glaubt aber, seine geschwulstigen Wahrheiten dem heutigen Freitrag bieten zu können. Und er schäme die Aischerleber Freisinnigen dabei vielleicht auch ganz richtig ein. Unsere Parteileitung wird mit Herrn Goldschmidt zu gegebener Zeit abrechnen.

Barby, 17. Januar. (In der öffentlichen Versammlung.) Die am Sonntag stattgegangene, sprach in sehr temperamentvoller Weise Frau Marie Greijenberg über die Frauen und die nächsten Reichstagswahlen. In gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer, darunter etwa 50 Frauen, den trefflichen Ausführungen. Nach Schluß der Versammlung meldeten sich mehrere Frauen und Männer als Mitglieder in die Parteiorganisation an. Es wäre zu wünschen, daß die Genossin Greijenberg in kurzer Zeit hier wieder einmal sprechen würde, jedenfalls würde sie dann noch ein weit volles Haus erwarten.

Burg, 17. Januar. (Ein Schadenfeuer) entbrach am Montag morgen ungefähr gegen 8 Uhr in der Schupfabrik von Hömer in der Schupfabrikstraße. Dort war das Lagerhaus in Brand geraten und brannte in kaum einer Stunde vollständig nieder. Auf welche Weise

ausgewärtige Politik. Bismarck ist in diesem Ausschuss nie erschienen und erst Wilhelm hat ihn gelegentlich in den geheimen Schlußwinkeln der Reichsversammlung entdeckt und entworfen.

Ludwig 2. mußte noch eine weitere Mission übernehmen. Da Wilhelm 1. die Annahme einer Kaiserkrone verweigert hätte, die das Parlament anbot, so mußte der dem preussischen Herrscher im Range nächste, also der Bayer, die Kaiserwürde anbieten. Aber Ludwig war in seiner Menschenscheu durch keine Vorstellungen zu bewegen, nach Versailles zu reisen. Wilhelm 1. zog es wahrhaftig vor, ehre er sich etwa vom Reichstag zum Kaiser krönen ließ, brieflich sich zum Kaiser von Gottes Gnade verschlagen zu lassen. Bismarck schrieb den Brief, Ludwig unterzeichnete ihn. So wurde die schreckliche kaiserliche Zeit endlich brieftlich geklärt. Der Preis für die Unterzeichnung war die anfangs von Preußen hartnäckig verweigerte Selbständigkeit der bayerischen Armee.

Am 23. November kam der Vertrag mit Bayern zustande. Man konnte sich auch Württemberg nicht mehr wehren, 3 Tage darauf hinkte es auch in den deutschen Bund nach; der Schwabenkönig hatte den Vertrag wortlos unterzeichnet und später außerdem er seine Krone über die Jugenstände, die man Preußen gewährt. Nachdem aber einmal der Vertrag zustande gekommen, verweigerte Preußen alle weiteren „Opfer“. Noch kurz vor der Kaiserkrönung erzwang Prinz Ludwig im Auftrag seines königlichen Vaters, daß man auf die Aufnahme des Gehorsams gegen den Bundesfeldherrn in den bayerischen Fahnen verzichtete, möge; Ludwig bewies auf die große Zustimmung in Bayern, weil man Unterwerfung (Wechsel) der Kaiserkrone zwischen Bayern und Preußen gehofft hatte. Wilhelm lehnte diesen Wunsch glatt ab.

Die groteske Komödie des bayerischen Kaiserbriefs spielt in den Reichstagswahlen. Am 3. Dezember 1870 richtet ein Abgeordneter die bestellte Anfrage an den Ministerpräsidenten, was es mit den Gerüchten über die deutsche Kaiserkrönung auf sich habe. Minister Delbrück kam nachlässig und gleichgültig in seinen Alten, holt endlich ein Blatt Papier hervor und verliest dann mit trockener Bureaufkratzenstimme jenen erhabenen Kaiserbrief Ludwigs 2. Der welthistorische Akt vollzieht sich so unglücklich komisch, daß das hohe Haus in Gelächter ausbricht. Das Gelächter hätte sich wohl etwas gewandelt, wenn das hohe Haus das Bedürfnis empfunden hätte, den bayerischen Kaiserbrief in Augenschein zu nehmen. Denn es war kein Brief Ludwigs 2., sondern das Papier war die einfache Abschrift des von Ludwig 2. noch gar nicht unterzeichneten Entwurfs Bismarcks, und der gewöhnliche Absreiber hatte sogar mit großen Buchstaben an den Kopf des Blattes den Urheber des Textes mit abgeschrieben: Bismarck. Inzwischen allerdings hatte auch Ludwig seine Unterzeichnung unter den Brief gesetzt und

ihn an die deutschen Fürsten verschickt. Aber er hatte den Text verändert, und so kam es, daß die deutschen Fürsten zu gleicher Zeit zu ihrem größten Erstaunen den Text des Kaiserbriefs in der Zeitung lesen konnten, wie er im Reichstag mitgeteilt war, und den anderslautenden Brief des bayerischen Königs entgegenzusetzen. Die ganze Geschichte war hinter dem Rücken der deutschen Bundesfürsten und namentlich auch der Hauptperson, Bismarcks 1., fertiggemacht worden. Als Wilhelm ahnungslos von dem Handel erfuhr, rief er unwillig: „Was soll mir der Charakterakt?“ Sehr böse war der König von Sachsen, daß das Kaiserangebot so ganz persönlich und geheim zwischen Ludwig und Bismarck durch private Vertrauenspersonen erledigt worden war, und er beauftragte seinen Minister von Freylen, Bismarck fassen zu lassen, daß der König bei seiner korrekten Haltung und den bekannten Leistungen Sachsens im Kriege wohl seine erwarten können, daß er in einer Angelegenheit, welche die Würde der deutschen Fürsten so nahe berühre, nicht mit einem Fait accompli übertrajet werden würde.“

Am 1. Januar 1871 sollte das deutsche Kaiserreich programmäßig fertig sein. Aber die süddeutschen Kammern durchkreuzten die Absicht. Der Stuttgarter „Beobachter“ warnt vor der Annahme der Verträge, deren ganze Wirkung sein würde: „mehr zahlen, länger in den Kasernen bleiben, nichts freizuzurufen haben“. In der württembergischen Kammer sprach König Wald sehr zurechtweisend von der „preussischen Einheit“. Immerhin kommen hier die Verträge noch vor Jahresfrist mit 74 gegen 14 Stimmen in der Zweiten, mit 26 gegen 8 Stimmen in der Ersten zustande.

Wie schwierig er gestaltet sich die Dinge in Bayern. Preußen hat zwar seine Prärogativen, die ärgert gefährlich sind, aber die Organe der liberalen Volkspartei und der Demokratie sprechen die wirkliche öffentliche Meinung aus. Die bayerische Kammer steht in aller Ruhe einen Ausschuss zur Beratung der Verträge ein, in dem 11 liberaler Gegner sitzen, aber nur 8 Anhänger. Der Ausschuss lehnt dann auch die Annahme ab und fordert weitere Verhandlungen. Im November erklärte Prinz Ludwig, der später die Kaiserkrone nahm, daß er nur mit schwerem Herzen für die Verträge stimmten konnte. Preußen habe sich nie entschließen können, Deutschland irgendein Opfer, auch ein noch so kleines, zu bringen. Das selbe Preußen, das und jetzt so fürchtbare Opfer zumutet. 1866 habe Preußen Deutschland erzwungen. Durch die Verträge sei Deutschland kein Bundesstaat, sondern eine Hegemonie. Aber er fordere Gebietsveränderungen für Bayern. Das sei im Interesse Deutschlands. Wenn Bayern mehr Gebiet am Rhein zu verteidigen habe, werde es weniger bedroht sein, das preussische Beispiel von 1866 nachzuahmen und im Bundesrat mit dem Ausland Verhandlungen zu führen, die manchem unermesslich

schweren werden, eine Sezession, der Bayern jedoch hoffentlich niemals unterliegen wird“. Am 30. Dezember nimmt der Reichstag gegen drei Stimmen die Verträge an.

Der Ausschuss der zweiten Kammer aber beendigt seine Arbeiten erst am 4. Januar. Am 11. Januar beginnen die Kammerberatungen, die ebenfalls sehr ernst sind. Der Würzburger „Beobachter“ bemerkt: „Die norddeutsche Verfassung, das Band, das die norddeutschen Staaten zusammenhält, ist die Krone Preußens binden und fesseln soll“. Der Passauer „Wochenspiegel“ meint, man werde es noch so weit bringen, daß die Bayern aus ihrem Vaterland auswandern müssen. Der Pfortener „Friede“ sagt, Preußen habe 1870 „einen Krieg eingefädelt, der an Barbari alles übertrifft, was dagewesen ist“; der Blick der Württembergischen Kammer dürfe nicht geschmälert werden, der schon gestrahlt habe, „esse das bekannte Vortagestalt den hohenzollernschen Thron in die Welt einführen“. Und der Pfortener „Friede“ erklärt, daß das christliche Volk die im Namen Gottes abgeschlossenen Verträge nicht das Papier wert halte, auf dem sie geschrieben seien, zumal wenn einer der Kontrahenten ein Graf Bismarck ist“. Nur der Unfarn, daß drei Gegner des Vertrags krank sind und fehlen, bringt die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verträge zustande; es sind nur zwei Stimmen über die notwendige Anzahl!

Aber noch sind nicht alle Hindernisse beseitigt. Das letzte größte Hindernis ist noch zu überwinden: die Titelfrage. Kaiser von Deutschland oder Deutscher Kaiser, darüber entzweit sich ein nicht zu schließender, heftiger Streit. Mit jeder Stunde, mit dem er sich dem herannahenden 18. Januar nähert, wird Wilhelm 1. halsstarriger. Er traut der ganzen Sache nicht. Aber am Morgen des 18. Januar weiß man nicht, unter welcher Form man die Kaiserproklamation vollziehen soll. In dem großen Saal ist alles heillos verdrängt. Am wenigsten Sinn hat Bismarck das Ganze; er hat niemals viel von der württembergischen Kammer zu hören gehalten. Ohne jeden innern Widerstand wird der Alt bewahrt; man mag den Herang in dem Tagesbuch des Kaisers friedlich nachlesen.

Wilhelm fühlt sich nach der Krönung wie in der Entscheidung nach einer jäheren Operation, von der man noch nicht recht weiß, ob sie gelungen sei. Und an seine Frau schreibt er: „Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Stimmung ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preussischen Ziel verdrängt zu sehen! In einer Konferenz gehen mit Frau Bismarck und Schickelmeier war ich auch; je mehr, daß ich darauf und dann dort, zurückzutreten und mich alles zu übertragen.“ Mit einem Worte, Weltgeschichte!

hat Feuer erloschen ist, konnte weiter nicht ermittelt werden. Die in dem Lagerhaus beschäftigten Arbeiter hatten gerade noch Zeit, ins Freie zu gelangen, den meisten sind die Sachen verbrannt. Der Betrieb wird einige Tage stillstehen müssen. Wenn auch das Feuer gehindert werden konnte, weiter um sich zu greifen, so ist doch an dem Gesamtergebnis manches in Unordnung geraten. So sind beispielsweise in der eigentlichen Fabrik und im Kesselhaus infolge der großen Hitze fast sämtliche Fenster scheibeln geplatzt. Auch sonst sind noch allerschwerste Beschädigungen der Fabrikräume als mittelbare oder unmittelbare Folge des Brandes zu verzeichnen. Beschädigungen dagegen der einzelnen Maschinen und auch der Betriebsmaschine scheinen glücklicherweise nicht eingetreten zu sein.

(Die konservative Reichstagskandidatur perfekt.) Eine in Genthin abgehaltene Versammlung des Bundes der Landwirte trug dem bisherigen Abgeordneten, Herrn v. Byern, wieder die Kandidatur für den Reichstag an. Dieser nahm dankend an. Die Tatsache, daß Herr v. Byern von dem Bundes der Landwirte im 1. und 2. Kreis der Provinz Pommern auf den Schild gehoben worden ist, wird hoffentlich dem Kandidaten zeigen, daß er in dem konservativen Reichstagskandidaten nicht mit einem sogenannten gemäßigten Konservativen zu tun haben. Herr v. Byern ist trotz mancher populären Laie, die ihm nachgesagt wird, die ihn in der Regel aber auch nicht gefolgt hat, eben auch ein Junker vom Scheitel bis zur Sohle. Die offene Protektion des Bundes der Landwirte zeigt aber auch, auf welchen Wahlschlupf wir uns gefaßt machen müssen. Für alle tätigen Genossen ein Grund mehr, sich zur Verfügung zu stellen im besten Mittel gegen alle Willkür, im immerwährenden Aufklärungsdiens bei unsern Freunden auf dem Lande.

(Von der reichen Ernte einige Körner.) Alljährlich, wenn der Landwirtschaftliche Verein für Burg und Umgegend sein Stiftungsfest feiert, dann lesen wir in den meist sehr eingehenden Berichten unserer beiden hiesigen Zeitungen auch etwas über das warme Herz der Kollektenden für die Arbeiter. Treue und langjährige Dienste werden belohnt. Auch das diesjährige Stiftungsfest, das am vergangenen Sonntag im „Konzertsaal“ stattfand, findet die Herren wieder, wie sie sich abmühen und durch reichliche Belohnungen zeigen, daß auch sie etwas davon halten, wenn Arbeiter in jahrzehntelanger Treue ihnen unermessliche Werte schaffen. Die Zusammenstellung — und in dieser Form erscheint die Wohlthätigkeitshandlung noch im besten Lichte für die Herren — ergibt für 203 Jahre treuer Dienstzeit an Antje, Rechte und Rüge folgende Belohnungen: 270 Mark in bar, eine silberne und eine bronzene Medaille, zwei Broden und fünf Diplome. Das ist wirklich allerlei! Die Herren, die sich nachher beim leichten Mahl und schäumenden Wein abmühten, nicht zu kurz zu kommen, haben sich angestrengt. Sie haben von ihrem Taschengeld den in Arbeit und Plage alt und krumm gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen statt der diesen zustehenden wirklichen Belohnung gütigst ein kleines Trinkgeld gegeben. Mehr ist nicht zu verlangen. Von dem reichen Ertrag der 203 Jahre denen, die ihn erarbeitet, einige Körner! Diese Aufzählung haben heute nicht mehr die „Deher“ und „Wähler“, sondern die Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Lande und zum Teil die „Belohnten“ selbst. Die Zeit rückt deutlich näher, in der auch die ländlichen Arbeiter ihr Teil dazu beitragen werden, daß sie nicht nur zum Stiftungsfest ein winziges Geschenk, sondern besten Lohn dauernd erhalten.

Groß-Rosenburg, 16. Januar. (Ein öffentlicher Vortragsabend) fand am 13. d. M. im Saale des „Fürst Bismarck“ statt. Der Referent Herr Dietel-Schönfeld verhandelt es, die zahlreichen Zuhörer durch seine Vorträge zu begeistern. Die Vorträge erriethen wie auch janzrichen Inhalts unsern Erachtens sehr agitatorisch. Als Genosse Franz den Vortragsabend unter Hinweis auf das zum Vortrag gebrachte Gedicht „Platz für den Geist der neuen Zeit“ und mit dem Bunde schloß, die Versammlung wählten am 21. d. M. an welchem Tage der Reichstagsabgeordnete Albrecht im „Fürst Bismarck“ sprechen wird, fleißig agieren, erscholl nochmals lebhafter Beifall.

Halberstadt, 17. Januar. (Die Sozialdemokratie und unsere städtischen Arbeiter.) Unter der vorstehenden Bezeichnung veröffentlicht das „Friedensblatt“ und die „Allgemeine Zeitung“ eine Notiz über eine Versammlung der städtischen Arbeiter, die am vergangenen Sonntag stattfand. In der Notiz wird die Tatsache glühend, daß zu der Versammlung nur drei Arbeiter erschienen waren und infolgedessen nicht verhandelt werden konnte. Der Schreiber der Notiz, aus deren weitem Inhalt anzugehen überflüssig ist, knüpft daran folgende Bemerkung: „Interessant ist die Tatsache, daß die sozialdemokratische Presse kein Wort über die Versammlung am 8. Dezember brachte.“ Am 8. Dezember fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt, die jedoch auch recht schwach besetzt war. Sander hat der Schreiber mit seiner Bemerkung über die Tatsache, die „interessant“ sein soll vollständig daneben getroffen. Den Bericht über die Versammlung und die Würdigung seiner Glorien, die sich der Schreiber auch damals nicht verheizen konnte, ist in Nr. 290 der „Volksstimme“ zu finden. Mit der Andeutung, als ob die sozialdemokratische Presse Ursache hat, gelegentliche Missethate in der Arbeiterbewegung totzuschweigen, war es also wieder nichts. Vielleicht wird in Zukunft von jener Seite etwas mehr Bescheid und Wahrheits-

Hebe angewendet, um nicht bei dem Bekleben der Sozialdemokratie unter allen Umständen eins auszuweichen, so häufig abzuscheiden.

Kolbitz, 17. Januar. (Gegen die Arbeiterschaft) befinden sich die Saalhaber auf dem Kriegspfad. Zum Zwecke der Einigung sollte am 13. Januar eine gemeinschaftliche Sitzung der streitenden Parteien stattfinden. Die Wirte kamen aber nicht und wollten damit jedenfalls zeigen, daß sie mit den Arbeitern nichts zu tun haben wollen und der Meinung sind, ohne diese bestehen zu können. Die Zukunft wird lehren, ob die Wirte dabei richtig kalkuliert haben. Die Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, ein Lokal zu besitzen, in dem sie ihre politischen Angelegenheiten beraten können. Wenn ihnen kein Wirt in dieser Frage entgegenkommt, werden sie jedenfalls auch nicht mehr das Bedürfnis haben, in den Lokalen als Gäste zu verkehren. Die Parteibewegung macht, trotzdem ihr in dem Verhalten der Wirte große Hindernisse entgegen, schöne Fortschritte. Das wird auch immer so bleiben, wenn die Parteilagen in der Agitation nicht nachlassen.

Bömmelte, 17. Januar. (Ertrunken.) Am Sonntag vor-mittag vergnügten sich die beiden 8 und 12 Jahre alten Söhne des Betriebsführers Loose auf dem Schachteich mit Schlittensport, als plötzlich die Eisdecke nachgab und beide einbrachen. Trotz dem Hilfe gleich zur Stelle war, kamen die sofort angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen nur bei dem ältesten der Knaben Erfolg; der jüngere ist leider verstorben. Wieder eine Mahnung für Eltern, ihre Kinder recht eindrucklich vor der isigen Eisdecke zu warnen.

Schönebeck, 17. Januar. (Auskunftserteilung des Gewerkschaftsartikels.) Das vergangene Geschäftsjahr war auch wieder für unsern Auskunftsartikler ein Jahr reichhaltiger Arbeit. Abgleich die beiden größten Gewerkschaften am Orte, der Fabrik- und der Metallarbeiterverband, je einen Beamten haben, der schon für seine Gewerkschaft verschiedene Sachen selbst erledigt ist, doch im allgemeinen für den Auskunftsartikler die Arbeit eine recht umfangreiche. Das ist begründet in der erfreulichen Entwicklung unserer ganzen Gewerkschaftsbewegung. Es wird deshalb auch im Laufe der nächsten Jahre notwendig, ein allgemeines Arbeitersekretariat für Schönebeck und Umgegend zu schaffen, durch welches jeder Arbeiter seine Rechte vertreten lassen und wahrnehmen kann. Durch das Ueberhandnehmen der Unfälle in den einzelnen Betrieben, auch die Uebertragungen der Arbeiterschutze durch viele Arbeitgeber, wird ja ein solches Institut auch ein dringendes Bedürfnis. Der Auskunftsartikler hatte im vergangenen Geschäftsjahr an 208 Personen, darunter auch Unorganisierte, Auskunft zu erteilen, 78 Besucher wurden mündlich abgehört, für die anderen 130 Personen wurden außer den vielen Korrespondenzen noch 214 Klageakten nebst Schriftsätzen angefertigt. Die verschiedenen Sachen verteilten sich folgendermaßen: Unfallgesetz 68, Krankenversicherungsgesetz 26, Steuerreklamationen 65, Invaldengesetz 10, gewerliches Arbeitsverhältnis 12, Zivilprozessordnung 8, Strafsachen 5 Bürgerliches Gesetz 13, Gesetzsammlung 7. In einer großen Anzahl der Fälle brachte die Rechtshilfe des Auskunftsartiklers einen positiven Erfolg, zum Teil auch vor dem Reichsversicherungsamt. Da nun der Auskunftsartikler auch noch die Vertretung für die „Volksstimme“ übernommen hat, werden die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß im neuen Geschäftsjahr die Auskunftserteilung nur noch in den Nachmittagsstunden von 2 bis 4 Uhr und abends von 7 bis 9 Uhr bei dem Genossen Wilhelm Friese, Königstraße 16, stattfindet.

Tangermünde, 17. Januar. (Eine dankenswerte Aufgabe) hat sich das Gewerkschaftsartikler und die Parteileitung gestellt. Karriell und Partei verjagen, durch geeignete Theater-vorstellungen, welche von der Theatergesellschaft Weistrup all-wöchentlich ausgeführt werden, die Bildung der Arbeitererschaft zu heben. Vergleicht man den Besuch der Vorstellungen in dem hiesigen Stadttheater, wo die Theatergesellschaft ständig Vorstellungen gibt, mit dem Besuch der Vorstellungen, die in „Stadt Rogdeburg“ stattfinden und von der Arbeitererschaft arrangiert werden, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Arbeitererschaft ein größeres Bedürfnis nach guten Theatervorstellungen hat als die sogenannte bessere Gesellschaft. Während das Stadttheater immer sehr schwach besucht ist, findet man in dem Verkehrslokal der Arbeiter bei solchen Vorstellungen den letzten Platz besetzt. Über auch die Vortragsabende, die den Erläuterungen des Erfurter Programms dienen, dürfen nicht vergessen werden. Mancher Arbeiter glaubt ein tüchtiger Sozialdemokrat zu sein, aber von den Grundideen des Sozialismus hat er wenig Kenntnis, weil es ihm vielleicht an Zeit und Gelegenheit mangelt, sich damit bekannt zu machen. Wo sich nun Gelegenheit bietet, sollte diese auch wacker ausgenutzt werden. Gerade in der heutigen Zeit, wo die Gegensätze sich immer mehr zuspitzen, hat der Arbeiter alle Ursache, sich vor allen Dingen Klarheit zu verschaffen. Darum, Genossen, strebt nach Bildung und Wissen, denn „Wissen ist Macht“.

Tarhtun, 17. Januar. (Der Bildungsausschuß) des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Wangleben hatte für den 14. Januar im Gellnerischen Lokal einen Familien-Unterhaltungsabend veranstaltet, der auch von Genossen und Genossinnen aus Umge-bung und Weimarsleben sehr gut besucht war. Circa 280 Personen

Wollten den schönen Saal. Die Veranstaltung entsprach einem empfindenen Bedürfnis. Der Arbeiterchaft in dieser Orten recht lokal, das ihnen zur Abhaltung von Versammlungen und zu ihrer Lebensanschauung zugehörigen Vereinsbelästigung die gottliche Wirtin öffnet, nicht zur Verfügung. Mit großer Anbacht folgten Anwesenden den Darbietungen, und aus der Ruhe konnte der auf-jame Beobachter entnehmen, mit welcher Dankbarkeit die an der Arbeit gewohnten Proletarier sich bemühten, den tieferen Sinn ernst und belehrenden Vorträge zu erfassen, und wie Poésie u. Humor das Herz erfreuten. Die Veranstalter hatten aber auch getan, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, um dem Abend so genutzlich wie möglich zu gestalten. Die im ersten Teil mehr ernst, zum Schlusse mehr heiteren Rezitationen des Genossen Riedel wechselten ab mit den gefanglichen und humoristischen Darbietungen des gut geschulten „Humoristischen Trios“ des Mann-gangvereins Diesdorfs, lebhafter Beifall und das oft recht herzliche Lachen der Zuhörer bewies, daß alle auf ihre Rechnung gekommen sind. Fragen wir nach dem Erfolg? So kann mit gutem Rechte geantwor-tet werden, daß dieser Abend das Gefühl der Zusammengehörigkeit u. der Solidarität gefördert hat. Der Reichstagskandidat, Genosse Sili-schmidt, nahm an der Veranstaltung ebenfalls teil. In froher Stimmung blieben die Teilnehmer bis nach Mitternacht zusammen.

Thale, 17. Januar. (Vom Rodelsport im Stei-bachtal.) Das am Sonntag veranstaltete Sportfest mit Wettro-ding war der Sammelplatz unzähliger Menschenmassen von nah und fer. Das Wetter war äußerst günstig, die Bahn gut ausgefahren. Der so allgemein beliebte Winterplatz hat auch hier am Orte viele Anhänger gefunden. Gewiß ist dieser Sport, vernünftig betrieben, der Gesund-heit zuträglich. Im allgemeinen ist das Wettrodern auch sehr gut be-läufig. Nur am Schluß beim Vohleig-Preisrennen ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. An einer Kurve kauerten die Zuschauer bis die Fahrbahn als der Vohleig des Schlossermeisters Karl Grotz mit drei Jnassen im Sitzungsstump und mit lautem Signal herabge-stam. Der Former Albert Heibich, welcher an der äußersten Stelle der Bahn stand, glaubte, daß er noch vom Schlitten erfaßt wurde, wo die Bahn überkippen, um sich zu sichern, wurde hierbei vom Vohleig-erfaßt und zu Boden geschmettert. Während die drei Fahrer u. Fahraufschürungen und blauen Flecken davonkamen, mußte Heibich mit erlittener Weingerpitterung, Bruch des Nasenbeins, Verletzung am Kopfe und Auge von der Bahn transportiert werden. Grotz konnte man von Zuschauern und Rodlern allerlei Urteile und Meinungen hören, die charakteristisch für die Leute waren. Verschiedene „Reichs-freunde“ sagten, das kann dem nicht schaden, der ist ja selbst schuld, warum läuft er über die Bahn. Auch wir wollen uns ein Urteil erlauben. Es ist dringend notwendig, daß dem übertriebenen Spor-t Menschenleben gefährdet sind, Einhalt getan wird. Das Vohleigrennen auf dieser Bahn ist mit Recht von der Polizei verboten worden. Aber auch sonst muß für die Sicherheit der Zuschauer durch die Behör-den mehr Sorge getragen werden. Hierzu ist notwendig, daß an beiden Seiten erhöhte Fußwege, abgegrenzt von der Bahn, angebracht werden. Einem für die Passanten, den andern für die Rodler zum Aufstieg in ihren Schlitten. Die Gemeindebehörde erhebt Entree für Zuschauer und Rodler, sie ist also der gewerksmäßige Veranstalter. In allen Unglücksfällen wird daher die Gemeinde regerepflichtig gemacht werden, deshalb liegt es in ihrem Interesse, die notwendigen Schutz-maßnahmen zu treffen. Wir betonen nochmals, wir sind keine Gegner dieses Sports, schon deshalb nicht, weil er auch hier der breiten Masse zugänglich ist, aber wir wünschen, daß gewisse Schranken gesetzt werden.

Wenigerode, 17. Januar. (Rodelunfälle.) Zu den bereits vor Weihnachten gemeldeten Verletzungen, die sich beim winterrödeln ereignet haben, sind in den letzten Tagen zwei weitere Unfälle gesollt. Der eine der Rodler erhielt schwere Verletzungen an Leib, ein anderer wurde am Kopfe schwer verletzt. Beide mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Während man sich darüber, daß die hiesigen Jungen von diesen Unfällen keine Notiz nehmen, zu Schaden des dem Rodelsport leidenden Publikums wäre es doch sicher nicht; mancher Rodler würde vielleicht dadurch zu größter Vorsicht gemahnt. Im benachbarten Jilensburg fuhr sich am Sonntag der Gymnasialstänkel, der zum erstenmal auf der Rodelbahn war tot. Er verlor die Herrschaft über den Schlitten, rannte gegen eine Baum und brach einige Rippen, die ins Herz drangen. Sein Cousin, der ihn begleitete, erlitt einige schwere Kopfwunden.

(Ueberfallen) wurden am Sonntag abend drei junge Leute, zwei Burden und ein Mädchen, auf dem Wege nach Darlung-ode am Weinberg. Der Älteste, der angeblich stark nach Alkohol gerochen hat, hatte es auf das Mädchen abgesehen. Er suchte es in den Wald zu schleppen und glaubte jedenfalls, die 16jährigen Burden würden davonlaufen. Dabei hatte er sich jedoch verrechnet. Als die Stöße der Jünglinge auf seinem Rücken spürte, zog er sich schlaunig-jetwärts in die Büsche.

(Der Krankentassenverband) veranstaltet am 19. Januar eine Versammlung, in der ein Vortrag über Unfallfolgen, Simulation und Nerventrankeiten gehalten wird. Bei früheren Ver-sammlungen mußte leider festgestellt werden, daß die Arbeiter wenig Interesse an diesen Veranstaltungen zeigten. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß diese Versammlung von Arbeitern in erhöhtem Maße besucht würde. Die Versammlung findet abends 8 Uhr im „Deutliche Haus“ statt.

Basta-Wein
das Beste bei Blatarm,
Entkräftung u. Magenleiden
Flasche 1.50 und 1.75 Mark

Leihhaus
Max Haacke
Sudenburg, Kreativeweg 13
beleihlt alles.

Leih-Haus
Adolph Hübner
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881)
Hochst-Beleihung
jeder Wertgegenstand
Schnelle Verfertigung

Haut-Reich-
Seife „Chloro“...
Zusatz in Abgabe:
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13

Bettstüde
Zur Reinigung...
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13

Knorrs
Hafermehl
seit über 40 Jahren als
zuverlässige Kindernahrung
bekannt und bewährt. Einzigrichtiger Zusatz zur Kuhmilch.
Leichtverdauliche Speise für Schüler und Kranke.
Nur in Originalpaketen von 1/2 und 1/4 kg. Jedes Paket enthält einen Gutschein.
Verlangen Sie die Preisliste von der Firma C. H. Knorr A.-G., Hellbronn a. N.

Pfeil
Wenig gebrachte Nähmaschinen
Neue Nähmaschinen
A. Rose, Breiteweg 264
Kleines, seit 1865 bestehendes Geschäft dieser Branche.
Spezialität: Herstellung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigen Preisen.

Eilt! Eilt!
Durch Vermietung meines Ladens per 15. Februar
Elegant. Anzüge, Paletots, Joppen
Konfirmanten-Anzüge, einzelne Jacketts u. Rosen
zu jedem annehmbaren Preise abzugeben.
Max Herzberg, Schopen-str. 1a.

Gegen üblen Mundgeruch
Chlorodont...
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13

Seifensalmiak?
Unterhaltungen für Boot-
Wasserfeste H. Räder.
Schwiebelschiff 13.
Mittwoch 105
A. Weber Nachf.
R. Dadiow, Schönefeldstr. 9.

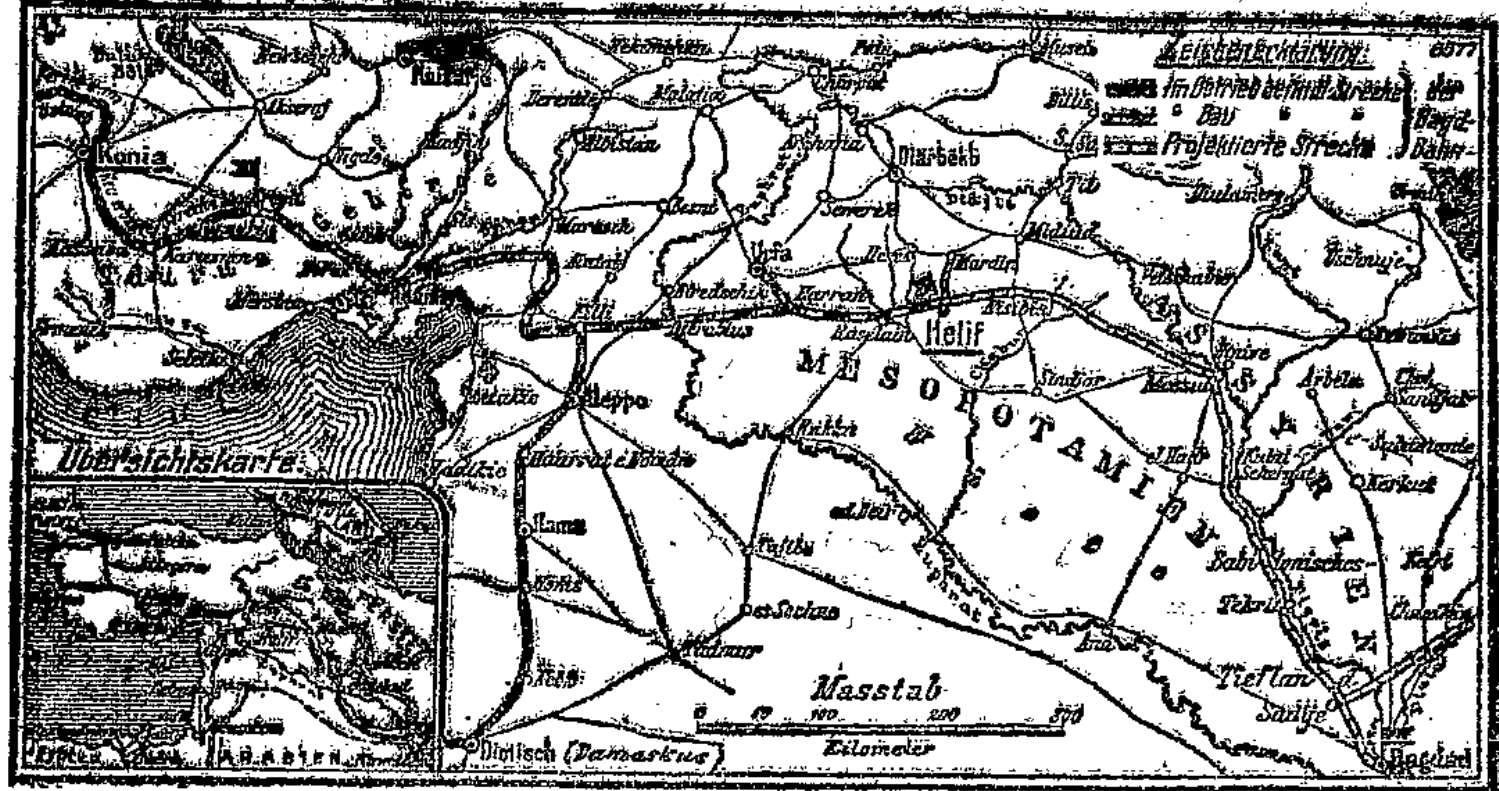
Lebendfrische Seefisch
Jeden Mittwoch früh:
Täglich frische Räucherwaren
sowie alle Marinaden
zu billigen Tagespreisen
Prachtvolle
saure Gurken
Spezialität:
Prima Salzheringe
ff. Kieler Räucherwaren
Prima eingemachte Früchte
in 1- und 2-Pfund-Boxen
Sudau, Köthener Straße 13
Fernsprecher 4752.

Burg. Burg
Kanarienvögel kaufen
Siedetang für 10-15 M.
Sudenburg, Kreativeweg 13
Sudenburg, Kreativeweg 13

Die Bagdad-Bahn.

Die Gebrüder haben die politischen Folgen der Bahn...
damals Zusammenkunft wollen nicht schweigen und besonders die
Abmachungen über die Bagdad-Bahn, welche dort zwischen
der deutschen und der russischen Regierung stattfanden, werden
in politischen Kreisen viel besprochen. Die Bagdad-Bahn ist in

Schwierigkeiten soll südlich von Ufa nach Gieß geföhrt werden,
welcher Ort als zentraler Station der zweiten Teilstrecke
in Aussicht genommen ist. Bis hierher sind es von Buzurgulu
440 Kilometer. Ueber die Finanzierung herrschen keine Schwierig-
keiten mehr. Ist die Bahn bis Gieß fertiggestellt, so ist zweifel-



hervorragender Weise berufen, früher reich bevölkerte, jetzt das
niederliegende, ungenügend bewohnte und lebte Gebiete zu
neuem Leben zu erwecken.
Auf unserer heutigen Karte ist die Routenführung der Bahn
eingetragen. Die Bahnlinie zerfällt in drei Teile: Neben dem
seit Jahresfrist fertigen und im Betriebe befindlichen Teile bis
Buzurgulu führt der gegenwärtig im Bau befindliche Teil von
Buzurgulu aus über den Kaukasus nach Damaskus, dann im nördlichen
Bogen nach Milli. Hier erfolgt die Abzweigung nach Aleppo. Die

letz der schwierigste Teil erledigt, da die übrige Strecke keine
wesentlichen Geländeschwierigkeiten mehr aufweist. Jedoch
dürften hier wieder die internationalen Streitigkeiten beginnen,
da England die Strecke Bagdad-Suweit selbst bauen und be-
walten will. Auf unserer Karte wird der ganze Verlauf der
Bahn und unterschiedlich die bereits fertiggestellten als die prä-
zisiertesten Strecken zur Darstellung gebracht; auch gibt die
Karte einen Überblick über die Anschlussstrecke nach der Hoch-
schwabahn.

Eingefandt.

Für diese Arbeit übernimmt die Redaktion den Druck ohne Verantwortung.
Wieder einmal gefandt!

Zur Schaffung von Mittelschulen in Magdeburg läßt die
Schulverwaltung, wie schon berichtet, zurzeit Anfragen stellen,
welche Eltern bereit sind, ihre Kinder in die neuzugründende
Mittelschule übergehen zu lassen. Es sind da wohl nicht be-
sonders gute Resultate erzielt worden, wenn man das Ergebnis
einer Bürgererschulklasse als Maßstab anwenden darf. Dort haben
von 49 Kindern nur 18 sich zum Uebertritt bereit erklärt, also
noch keine 50 Prozent. Zu berücksichtigen ist, daß in Wirklichkeit weit
weniger als 50 Prozent aller Bürgererschüler zum Uebertritt be-
reit sein werden, besonders weil die damit verbundene Wahr-
ausgabe von 18 Mark pro Jahr und Kind manche Eltern ab-
halten dürfte.

Man hängt sich die Frage auf: Ist denn die Schaffung einer
Mittelschule unbedingt notwendig? Und wenn man weiter fragt,
warum werden denn die Lehrer, welche die Mittelschule von
der Bürgerschule unterscheiden, nicht in der Bürgerschule ein-
geführt, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Behörden
wohl den Wünschen der interessierten Kreise, die die Mittelschule
verlangen, gerecht werden will, andererseits aber das Proletariat
erst ausgedient werden soll. Es geschieht das dadurch, daß das
Schulgeld so erhöht wird, daß die wenigen Mittelschulbesitzer
die entstehenden Kosten decken sollen. Würden nur die be-
treffenden Lehrer in der Bürgerschule eingeführt und anstatt
13 Mark pro Jahr und Kind nur die Hälfte, also 6 Mark, er-
hoben, so läme sämtlichen Bürgerschülern der erweiterte Lehrplan
zugute und die Kosten würden doch gedeckt werden. Es kann
doch nicht angenommen werden, daß die Behörde diese Rechnung
nicht ebenfalls aufmachen könnte. Trotzdem hat sie offenbar die
feste Absicht der Schaffung von Mittelschulen mit erhöhtem
Schulgeld und den Absolventen dieser Schulen sollen sogar Kon-
zeptionen gemacht werden, wie z. B. die Zulassung zum Ein-
jährigen-Examen und die Einführung der mittleren Beamtenlauf-
bahn. Wie in allen Reformfragen, so ist auch in der Mittel-
schulfrage die Behörde bemüht, das Proletariat auszuschalten.
Die Kinder der minderbemittelten Leute könnten zu Hilfe herbeiz.
Die Eltern solcher Kinder, die die Bürgerschule heute besuchen
und nun vor die Frage gestellt sind, ob sie ihre Kinder zur Mittel-
schule übergehen lassen wollen oder nicht, mögen sich die Frage
recht eingehend überlegen und sich dafür entscheiden, selbst wenn
sie sich das Geld dafür abarbeiten müßten. Wenn ihr es könnt,
Ehrent, geht euren Kindern eine gute Schulbildung als euer
Erbeil. Doch laßt sie es wissen, daß ihr es ihnen gibt unter
Entbehren, weil es die Behörde so will. E. W.

Der Ballon „Hildebrandt“.

Wie wir in letzter Nummer meldeten, ist das Dunkel gelichtet,
das über den Verbleib des am 29. Dezember 1910 in Schmargendorf
mit Rechtsanwält Kohrs und Professor Keidel aufgestiegenen Ballons
„Hildebrandt“ lag. Die Vermutung, daß die Luftschiffer in der Ostsee
verunglückt seien, hat keine Befestigung gefunden; sie haben aus Ur-
sachen, die mit Sicherheit wohl niemals aufgeklärt werden können,
in einem See an der brandenburgisch-pommerschen Grenze ihren
Tod gefunden. Zwischen Wahn und Willenbruch bei Greifenhagen
liegt an den Höhenbergen, von Wäldern umgeben, der Göttersee.
Am Sonntag abend wurde dort in dem teilweise vereisten See, der
einen ziemlich Umfang hat, die Hülle eines Ballons bemerkt, und
man machte sich an die Arbeit, das Eis an der Stelle zu entfernen,
wo die Gondel zu sehen war. Die Arbeiter mußten jedoch wegen der
Dunkelheit aufgegeben werden. Am Montag vormittag wurden die
Arbeiten fortgesetzt, und nun stellte es sich heraus, daß es sich bei dem
Funde um die Ueberreste des vermissten Berliner Ballons „Hilde-
brandt“ handelt. Man hat festgestellt, daß die Ballonhülle die
Gondel teilweise bedeckt. Letztere befindet sich etwa 1 1/2 Meter
unter dem Wasserspiegel. In der Gondel sind deutlich die Leichen der
beiden Insassen zu erkennen. Der eine Leiche liegt aufrecht
in der Gondel, die andere Leiche ist schief über dem Rand der Gondel
gelegt. Auf der Hülle des Ballons konnte man den Namen „Hilde-
brandt“ erkennen. Der Ballon hat schon längelag dort gelegen, er ist
bisher mit Schnee bedeckt gewesen und daher unbemerkt geblieben.
Auch war der dünne Eisdude wegen kein menschliches Wesen über die
Eisfläche gegangten.

Die 750 Einwohner des reizend gelegenen Ortes Willenbruch
sind, soweit sie schon oder noch laufen können, dauernd auf den Beinen.
Jeder Fremde wird von zahlreichen Leuten auf dem Bahnhof erwartet
und in den einzigen Gasthof des Ortes geleitet, der zu einem
Balkonquartier geworden ist. Die Verwegenen laufen immer noch über
nach dem weiten Weg zum See hinaus, und wäre die Unfallstelle nicht
schon bewacht — denn das Eis ist sehr dünn — so würde wahr-
scheinlich das eine Unglück nach manchem andre nach sich ziehen.
Uebrigens ist der verunglückte Ballon schon vor 12 Tagen gesichtet
worden. Der Forstmeister Luz teilt mit, daß er schon damals die
Hülle über der Fläche gesehen, sie aber für Schilf gehalten hat. Erst
als sich der gelbe Fleck verjoch, wurde er flugig, und dann folgte die
Entdeckung.

Wie sich herausstellt, ist der „Hildebrandt“ bereits Freitag mittag
gefunden worden. Ein Bauer namens Schiller hatte sich am Freitag
mittag von Willenbruch nach dem Göttersee begeben, um dort auf
der Eisdude nach zu schauen. In der Nähe der Unfallstelle, hart
am Ufer des Sees, zieht sich ein Waldweg von Willenbruch nach dem
Dörflchen Vorow entlang. Auf diesem Wege fand der Bauer zwei
Leichen, in denen sich Orientierungslinien befanden. Der Mann nahm
die Karten an sich in dem Glauben, daß ein Spaziergänger sie ver-
loren habe. Auf der Eisdude des Sees etwa 45 Meter vom Ufer
entfernt entdeckte er am Rande einer Bohrinne ein Stück gelber Be-
wand, das aus der Eisdude herausragte. Auf der Hülle war in blauer
Farbe ein großes H zu erkennen. Im Laufe des Vormittags konnte
man einen großen Teil der Hülle aus dem Wasser heranziehen und
es stellte sich nun heraus, daß es sich um den vermissten Ballon
„Hildebrandt“ handle.

Am 29. Dezember war der Ballon von der Schmargendorfer
Gaskanal aufgestiegen. In der Gondel befand sich der Führer Rechts-
anwalt Dr. Kohrs, Potsdamer Straße 134b, als Begleiter der Kauf-
mann Keidel, als Professor in der Maschinenfabrik von Gebrüder
Panther in der Mohrenstraße tätig war. Der Ballon wurde, wie ver-
schiedene Landleute behaupten, in mehreren pommerschen Dörflchen
in der Richtung der Eisenbahnlinie Stettin-Röslin liegen, gesehen.
So in dem Dörflchen Roggen bei Labenz, in Wartenstein und in Groß-
rambin. Nahe dem letztgenannten Dörflchen, das im Kreise Stargard
liegt, sah ein Fischer den sehr niedrig fliegenden Ballon, dessen Name
er angeblich deutlich lesen konnte. Das Schleppland des „Hildebrandt“
verging sich in einer kleinen Kiefer. Der Fischer wollte das Seil er-
greifen, wurde jedoch von dem Balloninsassen gebeten, dies nicht zu
tun, da eine Landung nicht beabsichtigt sei. Der Ballon erhob sich dann
wieder, wobei er den Baum einwurzelte und einige benachbarte Telegraphen-
drähte zerriß. In ziemlich beträchtlicher Höhe flog er dann in nördlicher
Richtung davon. Großrambin liegt etwa 5 Meilen von der Ostsee
entfernt, danach müßte der Ballon wieder zurückgetrieben sein. — Als
jede Nachricht ausblieb, wurden Ermittlungen nach den verschiedensten
Richtungen eingeleitet. Da damit gerechnet wurde, daß der
Ballon in die Ostsee abgetrieben und dort vielleicht verunglückt sei, so
wurden die nordischen Stationen sofort benachrichtigt, um Insassanten
in die Wege zu leiten. Von keiner Seite aber kam eine Kunde, bis
jezt die traurige Gewisheit vorhanden ist, daß der Ballon nicht aus
dem Meer hinausgetrieben wurde, sondern in einem pommerschen Land-
see mit jama zeitlich bedauerlichen Insassen zugrunde ging.

Der 100 Morgen große Göttersee, der rings von Forst um-
geben ist, weist fast überall eine Wassertiefe von 100 bis 120 Metern
auf. Er hat sehr steil abfallende Ufer. Soweit bisher festgestellt
werden konnte, ist die Landung nicht freiwillig erfolgt, da weder das
Seil geöffnet noch die Rettungsleine gezogen worden ist.
Von sachverständiger Seite wird dazu noch geföhrt: Die
verhältnismäßig schnelle und so unglücklich verlaufene Landung des
Ballons „Hildebrandt“ nach nur etwa 100 Kilometer Fahrt von Berlin
aus ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Insassen mit dem Ballon
in festiges Schneefeld geraten sind. Sie werden

zuerst viel Ballast haben opfern müssen, um den durch den Schnee
beschwerten Ballon noch in der Luft halten zu können. Wie weit
der mitgenommene Ballast aufgebraucht wurde, als man sich zur
Landung entschloß, wird erst nach Bergung des Ballonmaterials
festgestellt werden können. Möglich ist, daß der Ballonführer, Rechts-
anwalt Kohrs, den kleinen Waldsee, in dem jetzt der eingefrorene Ballon
gefunden wurde, damals nicht erkannt hat. Vielleicht war der Wasser-
piegel leicht überzogen und mit Schnee bedeckt, so daß er wohl von
den Balloninsassen für eine schneebedeckte Waldwiese gehalten werden
konnte. Wenn dieser Irrtum vorlag und nicht mehr genügend Ballast
vorhanden war, um den Ballon im letzten Moment wieder zum
Steigen zu bringen, oder gar die Reißbahn bei der beabsichtigten
Landung bereits aufgerissen war, so waren die Insassen so gut
wie rettungslos verloren, denn der schwere Ballonford mußte
die dünne Eisdude durchbrechen, während die vom Gas ent-
leerte Hülle, noch von dem Eise getragen, sich über
die von dem Ballonford ins Eis geschlagene Öffnung legte und jeden
Rettingweg für die Insassen verperrte. Der Befund läßt sich nach dem
feststellen, daß die Insassen sofort vom Schlege getroffen wurden. Eine
andere Möglichkeit wäre auch die, daß der Ballon aus größerer Höhe
plötzlich von der Schneelast niedergedrückt worden ist, und daß die
Luftschiffer nicht mehr genügend Ballast an Bord hatten, um den
Ballon abzubremsen und die verhängnisvolle Landungsstelle zu meiden.
Hierüber wird aber erst nach Bergung des Ballonmaterials der mit-
geführte Barograph Auskunft geben können.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 14. Januar 1911.

Freigesprochen. Der Privatmann und Darlehensvermittler
Julius Dannenberg von hier, geboren 1857, wurde von der Anklage
des Buchers freigesprochen.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Aufendungen werden nicht zurückgesandt. Besondere
Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nummer 1 hat
unter anderem folgenden Inhalt: Die Zukunft, die wird unser
sein. Gedicht von Jürgen Brand. — Frisch-fröhliche Jugend
(Gegen den Alkohol). Von W. Sollmann. — Der junge Arbeiter
vor dem Gewerbeamt. — In Dalarn. Reisebilder. Von
Engelbert Graf (mit Bild). — Der Arbeitslohn. Von G. Ed-
stein. — Vom Kriegsaufmarsch. — Aus der Jugendbewegung
(Dittscheu, Thüringen, Kiel). — Die Gegner an der Arbeit usw.
— Beilage: Mütter Schanettchen und Schlump. — Ch. F.
Schubart (mit Bild). — Die Naturfreunde (mit Illustrationen).
Von W. Kapoldi (Jansbrud). — Gedichte von Schubart. — Jugend-
liche Redner. — Der Teufel in Louisiana. Von Erwin Rosen.
— Der Nummer ist das Inhaltsverzeichnis des zweiten Jah-
gangs beigelegt.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Ar-
beiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns sechsen
Nr. 8 des 21. Jahrgangs zugegangen. Erscheint alle 14 Tage
einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen
beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld
55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mark.
Von Wahren Jacob ist sechsen die 2. Nummer des 28. Jah-
gangs im Umfang von 16 Seiten erschienen. Preis 10 Pfg.
Bestellungen sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in
Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu
beziehen.

Sechsen erschien Nr. 42 des Simplicissimus. Preis 30 Pfg.
Zu beziehen vom Simplicissimus-Verlag in München.

Bereine und Versammlungen.

Installateure und Klempner.
Die am 15. Januar bei Lichtfeld abgehaltene Versammlung
der Installateure und Klempner war sehr gut besucht. Nach
einleitenden Worten des Kollegen Schifsen wurde beschloffen,
die mit der Klempnerinnung und dem Arbeitgeber-
verband der Installationsgeschäfte abgeschloffen sind, zum 1. April
zu kündigen. Der hierauf von der Versammlung aufgestellte
Vertragsentwurf ist für beide Berufsgruppen gleich und sieht der
weiteren Preissteigerung für Lebensmittel entsprechend eine Auf-
besserung der Vertragslöhne um 5 Pfg. vor, wozu 3 Pfg. vom
1. April und 2 Pfg. vom 1. Oktober dieses Jahres ab gezahlt
werden sollen. Die Versammlung sagte sämtliche Beschlüsse ein-
stimmig. Es wurde dann noch bekanntgegeben, daß die Wahlen
der Gesellenauschüßmitglieder am 19. Januar abends 8 Uhr
im „Fürstentof“ stattfinden.

Bereine-Kalender.

- Arbeiter-Sängerkor Magdeburg** (Dirigent Kapellmeister
W. Meining). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei
A. Lichtfeld. Knochenauerstr. 27/28. 16
- Arb.-Radfahrerbund Solidarität, Verein Magdeburg.**
Bereine-Kalender: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch;
Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Friedrichs-
Damm) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Weser Platz) Donnerstag; Abt.
Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Sachsenhof)
Freitag; Abt. Rothensee (Rumbiers Platz) Donnerstag; Abt.
Meißendorf (beim Mitglied Heinrich Wille) Dienstag. 2
- Am Dienstag den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, große Vor-
randsitzung im „Sachsenhof“. 103
- Abt. Altstadt, Mittwoch den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
Komiteesitzung.
- Erster Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein.** Jeden
Freitag Übungsabend im „Weißen Hirsch“. 62
- Benneckenbeck.** Sängerkorverein Liedertafel. Jeden Freitag abend
pünktlich 8 1/2 Uhr Übungsstunde im Gasthof zum weißen Schwan. 101
- Diesdorf.** Sozialdemokratischer Verein (Frauen-
Abteilung). Mittwoch den 18. Januar, abends 8 Uhr, Besessend
bei Hölte. 98
- Groß-Otterleben und Benneckenbeck.** Sämtliche
Funktionsäre des Sozialdemokratischen Vereins
der beiden Ortsgruppen werden ersucht, heute Dienstag, abends
8 1/2 Uhr, sich zu einer Sitzung bei der Witwe Strumpf einzu-
finden. 104 Der Vorstand.
- Niederndöbeleben.** Arbeiter-Radfahrerverein.
Mittwoch den 18. Januar, abends 8 Uhr, außerordentliche Versamm-
lung bei Divo Wein. 91
- Oberstedt.** Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag den
19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Frohne. 100
- Wetterhülsen-Salzte.** Arbeiter-Gesangverein. Jeden
Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei A. Bartels. 100
- Salberstadt.** Sozialdemokratischer Verein. Donners-
tag den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei W. Bellmann.
- Schönebeck.** Zentralverband der Zimmerer. Sonntag, 22. d. M.,
vorm. 10 1/2 Uhr, außerord. Mitglieder-Versammlung im „Vürgerhaus“.
- Schönebeck.** Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Sonabend den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung
im „Stadtpart“. 99

Briefkasten.

Für die Parteikasse gingen ein im Monat Dezember: Frei-
willige Beiträge: Progenie der Lagerhalter 11,50. Von W.
durch H. 1,30. Rest der Karten vom Parteitag 43.—, Ertragbuch, W. O. 10.
F. 1er Beschilder 10.—, F. 1er Beschilder 10.—, Schief W. 5,20.
Biederer, Chitago 2,34. Sudan, Dezember 1.—, Jinten 306 02.
„Gleichheit“ Nr. 4, 5 und 6 48,10. Kämpfe und Feschen 35.—,
Vrotostolle 22.—, Finanzreform 11.—, — Vereinsbeiträge
a 10 Pfg. 2950,20; a 5 Pfg. 286,95. Eintrittsmarken a 20 Pfg.
49.—; a 10 Pfg. 11,40. Sa. 3297,55 Mark.

F. Giesecke, Kassierer.
Für den Reichstagswahlfonds gingen ein: Silberfesteier
Neue Neustadt 50,20. April 1,00. Ein Bürgerlicher durch einen
Lopezier wegen Noabit 20,00. L. 7 7,55. L. 16 14,65. L. 418 6,00.
F. Giesecke, Kassierer.
Quittung. Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldens-
leben. Folgende Parteibeiträge gingen ein: Initiale Karte 11,00;
Hörselleben, Kalender-Einnahme 13,25; Rogsch, Zelleramtung
9,95 Mark. Für den Reichstagswahlfonds gingen ein: Oberstedt für
die „Landpost“ durch Witz, Eispigebill 9,95 Mark. Derjenige Jüttel,
die noch mit ihrer Abschreibung im Rückstand sind, werden gebeten,
diese so schnell wie möglich beim Unterzeichnen einzuliefern.
Mit Gruß Stephan Bäre.

Wasserstände.

+ oberhalb, - unter Null.		Hoch, Eger und Moldau.		Salz		Wasser	
Jungbunzlau	13. Jan. + 0,10	14. Jan. + 0,09	0,01	—	—	—	—
Lauter	+ 0,03	+ 0,04	—	—	—	—	—
Rudweis	- 0,06	- 0,05	—	—	—	—	—
Prag	—	—	—	—	—	—	—
Unstrut und Saale:							
Stralsund	15. Jan. + 0,90	16. Jan. —	—	—	—	—	—
Weissenfels Untp.	+ 0,20	+ 0,08	0,12	—	—	—	—
Erzsa	+ 1,56	+ 1,52	0,04	—	—	—	—
Alstedten	+ 1,42	+ 1,29	0,13	—	—	—	—
Bernburg	+ 1,00	+ 0,85	0,15	—	—	—	—
Salze Oberpegel	+ 1,58	+ 1,48	0,10	—	—	—	—
Salze Unterpegel	+ 0,70	+ 0,58	0,12	—	—	—	—
Gröbena	+ 0,75	+ 0,68	0,07	—	—	—	—
Mulde:							
Deffau, Muldenbr.	15. Jan. + 0,20	16. Jan. + 0,16	0,04	—	—	—	—
Elbe:							
Bardubitz	13. Jan. - 0,10	14. Jan. - 0,18	0,02	—	—	—	—
Brandeis	+ 0,74	+ 0,63	0,11	—	—	—	—
Melmitz	+ 0,38	+ 0,18	0,20	—	—	—	—
Reitmeritz	+ 0,16	+ 0,06	0,10	—	—	—	—
Wulffig	+ 0,36	+ 0,33	0,03	—	—	—	—
Tresden	- 1,06	- 1,14	0,08	—	—	—	—
Torgau	+ 1,38	+ 1,12	0,26	—	—	—	—
Wittenberg	+ 2,41	+ 2,30	0,11	—	—	—	—
Witzlau	+ 1,79	+ 1,69	0,10	—	—	—	—
Worbis	+ 2,01	+ 1,85	0,16	—	—	—	—
Schönebeck	—	+ 1,72	—	—	—	—	—
Magdeburg	16. + 1,60	17. + 1,48	0,12	—	—	—	—
Zangermünde	15. + 2,67	16. + 2,58	0,09	—	—	—	—
Wittenberge	+ 2,42	+ 2,36	0,06	—	—	—	—
Dömitz	+ 1,98	+ 1,95	0,03	—	—	—	—
Boizenburg	+ 1,84	+ 1,84	—	—	—	—	—
Hofnatorf	—	+ 1,99	—	—	—	—	—
Lauenburg	+ 2,07	+ 2,00	0,07	—	—	—	—

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 16. Januar.
Aufgebote: Schmied Wilhelm Spengler mit Emma Gentschel. Kaufmann Viktor Amann mit Charlotte Bartels. Abteilungsleiter Willi Fruch in Berlin mit Agnes Gentsch hier. Betriebs-Ingenieur Wilhelm Meißner mit Wilhelmine Bonath. Oberbahnassistent Hermann

Theodor Otto Brief in Dortmund mit Minna Marie Fieberle-Horstmann hier. Hilfsweihensteller Christ. Wilh. Friedr. Bülte in Mieste mit Friederike Elise Gosemann hier.
Geburten: Hildegard, E. des Bahnarb. Robert Bauerfeld. Frh. S. des Straßenbahnkassiers Friedrich Ehrcke. Gerhard und Ruth, Willingst. des Buchhalters Emil Sander. Erna, E. des Gewerkschaftsbeamten Karl Wache.
Todesfälle: Emilie geb. Benda, Ehefrau des Privatmanns Gustav Benda, 72 J. 7 M. 15 T. Witwe Marie Wachsgeb. Knobbe, 65 J. 5 M. 10 T. Witwe Helene Warnede geb. Delius, 66 J. 3 M. 24 T. Elisabeth geb. Wöhlenhagen, verm. Schäfer Seier, 77 J. 3 M. 26 T. Maler Friedrich Erdemwig, 47 J. 9 M. 15 T. Elise Kästner, unversch., 25 J. 4 M. 12 T. Anna Tittel unversch., 16 J. 3 M. 1 T. Edgar, S. des Kellers Edgar Hammermann, 8 M. 11 T. Heinrich, S. des Schmiedemeisters Max Brüggemann, 2 T.
Sudenburg, 16. Januar.
Geburten: Elisabeth, E. des Maurers und Hauschläckers Otto Jenrich. Frh. S. des Metallarbeiters Friedrich Puhmann. Walter, S. des Arbeiters Hermann Falke.
Todesfälle: Marie geb. Kund, Ehefrau des Arbeiters August Hartmann, 64 J. 3 M. 25 T. Albert, S. des Arbeiters Joseph Walenciel, 1 M. 27 T. Paul, S. des Schneiders Bruno Seyfert, 8 T. Näherin Berta Witte, 19 J. 1 M. 19 T. Glasmacher Jugemann Parlen, 29 J. 15 T. Kutser August Höppner, 46 J. 9 M. 22 T. Walter, S. des Arbeiters Dekar Hellmund, 1 M. Emma geb. Kuttler, Ehefrau des Gastwirts Gustav Heinze, 21 J. 3 M. 25 T. Karl, S. des Hilfskassiers Karl Abel, 11 T. Totgeborene E. des Gastwirts Gustav Heinze.
Buckau, 16. Januar.
Todesfall: Friseur Friedrich Hoffmann, 29 J. 10 M. 12 T.
Neußadt, 16. Januar.
Aufgebote: Konditor Paul Alfred Fering mit Marie Enselreit. Schneidermeister Friedrich Heinrich Georg Schaper mit Witwe Friederike Luise Marie Schmale geb. Peters.
Eheschließungen: Maurer Walter Alu mit Anna Petersen. Privatmann Friedrich Schulz mit Auguste Willisch geb. Appel.
Geburten: Herbert, S. des Arbeiters Otto Schade. Paul, S. des Arbeiters August Weigert.
Todesfälle: Zimmermann Friedrich Neufink, 80 J. 1 M. 27 T. Buchhalter a. D. Friedrich Altenborst, 78 J. 5 M. 16 T. Sophie geb. Wöhlting, Ehefrau des Sparkassenbuchhalters Heinrich Schönefuß, 53 J. 3 M. 21 T. Arbeiter Wilhelm Meinig, 77 J. 4 M. 2 T.
M.-Cracau.
Eheschließung: Arbeiter Hermann Bese in Prester mit Ida Wille geb. Müller hier.
Todesfälle: Anstaltspflegling Gottlieb Künast, 63 J. Eberlegraphenassistent a. D. August Boges, 73 J. Eberhard

Stolze aus Groß-Otterleben, 7 J. Ehefrau Anna Nagel. a. Meinede aus Neuhaus-Leipkau, 46 J.
Geburten: Richard Friedrich, S. des Fabrikarbeiters Richard Scheibner. Helene Margarete, E. des Eisenbahnarbeiters Friedrich Bonitz in Prester.
Salbte.
Geburten: Erna Else, E. des Steuermanns Wilhelm Gerike. Otto Walter, E. des Eisenbahn-Werkstättenarbeiters Friedrich Fleischer. Willi Karl Erich, S. des Müllers Karl Bun in Westehüfen. Johann, S. des Schmieds Joh. Tylewski in Westehüfen.
Todesfälle: Edith Luise, E. des Schlossers Richard a. Low, 1 J. 5 M. 21 T.
Niechersleben.
Eheschließungen: Kaufmann Friedrich Leiber in Meining mit Selma Ruff hier. Tischler Ernst Barth mit Ida Barth. Arbeiter Karl Herper mit Ida Naab. Arbeiter Wilhelm Klingenberg gen. De mit Berta Adrian.
Geburt: S. des Arbeiters Hermann Ribbe.
Todesfälle: Frida Proeseler, unversch., 19 J. 5 M. 10 T. Martha, E. des Arbeiters Otto Häfer, 7 J. 4 M. 27 T. Bäckermeister David Fricke, 62 J. 3 M. 15 T. Rentner Karl Sonnenberger, 75 J. 4 M. 23 T.
Burg.
Aufgebot: Gerbereiarbeiter Friedrich Hermann Frey m. Luise Marie Horn.
Eheschließungen: Diplombrauereingenieur Georg August Heinrich Daus in Berlin mit Margarete Hermine Clara Neubert hier. Handtischschneider Emil Ernst Schmidt mit Emma Minna Fried. Benede. Arbeiter Friedrich Wilhelm Held mit Berta Maria Scheffler. Zimmermann Karl Japp mit Auguste Luise Delfe.
Geburten: S. des Schuhmachers Wilhelm Seeger. E. des Bahnarbeiters Theodor Grzebyta. S. des Schuhmachers Hermann Niehert. S. unehelich.
Todesfälle: Erna, E. des Fuhrherrn Otto Siebler, 9 J. Anna Bohl, unversch., 22 J. Witwe des Kesselschmieds Christof Krüschmer, Karoline geb. Ebel, 88 J. Heinrich, S. des Malermeisters Karl Westewig, 3 J.
Reinhaldensleben.
Aufgebote: Hilfsweihensteller Karl Heinrich Otto Schröder in Salzweidel mit Luise Martha Geising hier. Bau- und Möbelschreiner Otto Gustav Peters mit Anna Emma Luise Döhrer. **Eheschließung:** Steinseher Otto Karl Kaiser mit Anna Margarete Schmalenberg.
Geburt: E. des Arbeiters Karl Friedrich Vollbeding. **Totgeburt:** S. des Arbeiters Heinrich Strumpf.



Trauer-
Schleier
Flore
Hüte
Handschuhe
Krawatten
Blusen
Kostüm-
Röcke
etc.
in größter Auswahl.
Lange & Münzer
51^a Breitweg 51^a

Burg Arbeiter-Radfahrerverein Falke Burg
 Sonnabend den 21. Januar 1911 in sämtlichen Räumen des „Grand Salon“
Grosser Maskenball
 Zur Aufführung gelangen:
 1. Sechs Kunstreigen, gefahren von der H. Abteilung.
 2. Kunst- und Schmuckreigen der Zentraltruppe Burg.
 3. Große Pantomime, The Spouting Trichter oder wie vier Bagabunden die Jecher bezahlen.
 4. Neu! Ankauf der Gebrüder Thomson mit ihrem neu-konstruierten Luftschiff, ausgeführt von den beliebten Kunstfahrern.
 5. Gran Capé, der größte Springer der Welt.
 Der Saal ist großartig dekoriert; die Turnhalle ist in einen Wintergarten verwandelt, in welcher eine Tiroletabelle konzentriert. Kinder haben keinen Stuhl zu beanspruchen.
 Kassenöffnung 8 Uhr. Karten 30 Pf. Anfang 8 Uhr 15 Min.
 Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen, im Vereinslokal und bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.
 Einen gemächlichen Abend verspricht Das Komitee.

Arbeiter-Bildungsausschuss
 für den
Kreis Wanzleben.
 — Ortsgruppen Fernerleben, Salbke und Westerhüsen. —
Vortragskursus
 des Genossen Reimes (Berlin), über
Was wollen die Sozialdemokraten?
 Die Vorträge finden statt in dem Lokal des Herrn August Bartels in Salbke, und zwar am Mittwoch den 18. und 25. Januar sowie am 1., 8. und 15. Februar 1911.
 Der Preis für alle fünf Vorträge beträgt 50 Pfennig.
 Eintrittskarten sind auch am Vortragabend noch im Lokal zu haben.
 Um zeitigen Besuch bittet
 Der Bildungsausschuß.

ZENTRALTHEATER
 TEL. 1778 - DIR. ANTON LÖLGEN TEL. 1778

Attraktion!
Vampir-Tanz
 die größte Kreation der Gegenwart a. d. Gebiete der Tanzpsychodramatik.
3 Minodes
 vollendeter japanischer Kompositionsaft. Aufsehenerreg. Der Gang durch die Luft.
Mascha Dignam
 die elegante Wiener Vortragskünstlerin
3 Stewardts
 — Balance-Act. —
5 X Rays
 die urförmlichen Mikrobaten in ihrer zweifelserschütternden Szene: „In der Athletenschule“
Absolut einzig dastehender Erfolg der konkurrenzlosen 10 Sensations-Schlager 10
Lachstürme!
Chretienni u. Louissette
 in ihrem glänzenden Verwandlungsakt
Kees und Trina
 Eine Szene voller Fröhlichkeit und sprudelnden Humors
Alfred Heinen
 in seinen Schlagern u. a.: Die Skattenreise des Kronprinzen
Signor Persichini
 hervorragender Mandolinenvirtuose
Der Kinematograph: Hochseeflotten-Manöver
Amatos
 die Meistererquicknisse an der freitragenden Leiter. Das größte Wunder der Equilibristik.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg
 Genstr. 2341 Gr. Münststraße 3. Genstr. 2341
 Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Anstaltszeit und am Sonnabend nachmittag und Sonntags ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Arbeiter-Radfahrerverein
 Magdeburg
 Abteilung Altstadt.
 Sonnabend den 21. Januar 1911
Groß. Maskenball
 im herrlich geschmückten Saale des Sachsenhofs, Große Stralßstraße 7.
 — Anfang 8 Uhr. —
 Es der Verein für die großartige Uebertragung der in ausgedehnter Weise ausgeführten Maskenball mit der besten Mitglieder sowie beim Besuche und Bekanntheit um recht zahlreichem Besuch.
 Der Vorstand. 319 Das Komitee.

Schultheiss
 2 Jakobstraße 2
 Mittagsstisch, 75 u. 60 Pf.
 Auf 2 Billards freies Spiel.
 Jeden Sonntag: Unterhaltungs-Musik.

Fürstenhof-Theater
 11. Theaterstr. am G. Schloß
 neuer Spielplan
Bardi Klippen und Wellen
 herrliches Sommerstück und der weite neue Spielplan
 Vorzugskarten gelten. 111

Eldorado
 Große Junferstraße Nr. 12.
 Abends 8 Uhr
 Varieté und Kabarett.

Walhalla-Theater
 Kolossalen Beifall erntete das 18. neue Januar-Programm!
Else Wald
 in ihrem Orig.-Repert.
Walter Reitz-Reichardt
 mit selbst verfasstem Repertoire.
La Melanita
 spanisch-maurische Tanzgigane
Folies-Prize-Ensemble
 — Dir. E. Hugo —
Im Heiratsbureau
Der deutsche Josef
 Anfang 8 1/2 Uhr

Stadt-Theater.
 Donnerstag den 19. Januar
 Anfang 6 1/2 Uhr. 2. Abend (Hellgrüne Karten). Ende 11 Uhr.
 Dritte Vorstellung im Joffas „Der König des Mittelalters“.
Siegfried.
 Freitag den 20. Januar
Oberon, König der Elfen.
Wilhelm-Theater
 Mittwoch den 18. Januar
 Größter Erfolg dieser Saison!
Das Musikantenmädchel.
 Donnerstag den 19. Januar
Das Puppenmädchel.
 Freitag und folgende Tage
 Größter Schlager Berlins!
 Am Thalia-Theater über 150 Aufführungen!
Polnische Wirtshaus.
 Sonntag nachmittag
Das Musikantenmädchel.

Stephanshallen
 — Dir. Rich. Froherz. —
 Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung.
 Streng begabtes Programm für Familien-Publikum.

Sozialdemokratischer Verein
 Magdeburg.
Nachruf.
 Am Sonntag morgen starb nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Barbierherr **Friedrich Hoffmann** im 80. Lebensjahre. Erhe seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, mittags 12 1/2 Uhr, auf dem Budauer Friedhof statt. Der Vorstand.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. Januar 1911.

Zur Lohnbewegung der Straßenbahnangestellten.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag fand wiederum eine überfüllte Straßenbahner-Versammlung in den „Apollo-Gewerken“ statt. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung der Kommissionsmitglieder von der Konferenz mit der Direktion. Die Kommissionsmitglieder berichteten eingehend über die Verhandlungen hinsichtlich der Lohnfrage, der Koalitionsfreiheit, des Arbeiterausschusses, der Streikprämien, der Sandkasten, der Dienstzeitverkürzung, des Dienstplans für Reservebeschaffner, über eine menschenfreundliche Behandlung seitens der Vorgesetzten, über den Urlaub, über die Perronverglasung und über den § 3 der Ruhegehaltsklasse.

In die Berichterstattung knüpfte sich eine außerordentlich lebhafteste Diskussion. In allen Fällen betonten die Diskussionsredner, daß die von der Direktion gemachten Zugeständnisse weiter nichts als Versprechungen seien, worüber sämtliche Angestellte arg enttäuscht seien. Folgende Resolution fand dann einstimmige Annahme:

Die versammelten Straßenbahner haben von den Zugeständnissen der Direktion durch die Kommissionsmitglieder Kenntnis genommen und erklären die selben für ungenügend.

Die Versammelten sind sich aber bewußt, daß sie als Bedienstete eines Straßenbahnbetriebs besondere Verpflichtungen gegenüber der Stadtgemeinde und das fahrende Publikum haben. Sie sehen daher zunächst von weiteren Schritten ab, beauftragen aber andererseits die Kommission, erneut bei der Direktion vorstellig zu werden.

In erster Linie verlangen die Versammelten, daß kein Bediensteter wegen Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation entlassen wird.

Zm Interesse des guten Rufes des Straßenbahnbetriebs, der Herren Kontrollleure und des Dienstes der Angestellten verlangen die Versammelten, daß die Kontrollleure nicht mehr zur Überwachung von Versammlungen der Bediensteten beauftragt werden. Es wird weiter von der Direktion die bestimmte Erklärung erwartet, daß kein Angestellter wegen dieser Lohnbewegung gemahnt wird.

Es wird nun an der Direktion liegen, ob sie endlich den Wünschen der Angestellten Nachgebung tragen will.

Die Direktion hatte am Abend vor der Versammlung durch ihre Kontrollleure den Angestellten ihr viertes Dokument übermitteln lassen, welches folgenden Wortlaut hatte:

Verhandelt Magdeburg, den 14. Januar 1911.

In heutiger Sitzung, an welcher teilgenommen haben

I. seitens der Direktion:

- Herr Direktor Klitzing,
- Herr Betriebsdirektor Geßler,
- Herr Betriebsdirektor Wolff,
- Herr Prokurist Schicke,

welcher das Protokoll führte,

II. seitens des von den Angestellten der Straßenbahn gewählten Ausschusses:

- Herr Hermann Görn 188, Schaffner,
- Herr Robert Schulz 261, Schaffner,
- Herr Ernst Franke, Schlosser,
- Herr Friedrich Brechmer 243, Führer,
- Herr Louis Fleemann 252, Schaffner,

wurde folgendes besprochen:

Herr Direktor Klitzing hob zunächst hervor, daß über Punkte wie Erhöhung der Löhne heute nur so viel gesagt werden kann, daß die Verwaltung bemüht sein wird, dem Personal was irgend angängig zu gewähren und die Löhne nach Möglichkeit denen größerer Städte, wie Hamburg, Bremen, anzupassen.

Mit der Bescheidung hierüber müsse das Personal jedoch noch warten, womit sich die Ausschussmitglieder einverstanden erklärten.

Ferner wurde festgestellt (? Red.)

1. betreffend das Koalitionsrecht:

Es steht außerhalb der Befugnisse der Verwaltung, ihren Angestellten zu gestatten, sich im Sinne des § 152 der Reichsgewerbeordnung zu organisieren.

Soweit die Angestellten dieses Recht haben, kann und will die Verwaltung ihnen dieses Recht nicht beschränken.

2. Arbeitsauschuß:

Die Verwaltung räumt den Angestellten die Bildung eines Arbeitsauschusses ein, mit dem Zwecke, dem Personal Gelegenheit zu geben, Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Natur und materieller Art der Direktion zum Ausdruck zu bringen und bei Befestigung der Dienstpläne beifällig zu sein.

Die Ausgestaltung des Arbeitsauschusses (etwa nach dem Muster der Großen Berliner Straßenbahn) erfolgt später.

3. Ruhegehaltsklasse:

Was § 3 der Ruhegehaltsklasse anbelangt, so ist die Streichung des Paragraphen nicht Sache der Verwaltung der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft, sondern der Ruhegehaltsklasse. Die Verwaltung der Straßenbahn läßt jedoch zu ihren eigenen Lasten durch einen Mathematiker die hierfür erforderlichen Ermittlungen anstellen und wird das Resultat nach Beendigung der Arbeiten der Ruhegehaltsklasse überreichen.

4. Streikprämien:

Auf Wunsch des Personals sollen die Streikprämien der Wagenführer künftig in Wegfall kommen.

5. Füllung der Sandkasten:

Der Wunsch des Personals bezüglich Füllung der Sandkasten an den Steuervorrichtungen soll berücksichtigt werden.

6. Dienstplan für Reservebeschaffner:

Ein Dienstplan für Reservebeschaffner soll soweit tunlich aufgestellt werden.

7. Mängel über die Neuordnung der Dienstordnung:

Die gegen den jetzigen Zustand eintretenden Veränderungen sollen dem Personal bekanntgegeben werden. Nachdem Herr Direktor Klitzing, nochmals auf Punkt 1 der Tagesordnung zurückkommend, eingehende Ausführungen bezüglich des Koalitionsrechts gegeben hatte und über die Frage des Perronschutzes durch Verglasung sowie über das sogenannte Stiefelgeld gesprochen war, sowie nach Beantwortung einiger seitens der Ausschussmitglieder gestellter Fragen wurde die Sitzung geschlossen.

a. m. a.

Die zu II genannten Ausschussmitglieder lehnten es ab, ihre Unterschrift hierunter zu geben, erklärten aber, daß sie gegen das Protokoll nichts einzuwenden hätten.

Schicke, Protokollführer.

Klitzing. Geßler. Wolff.

Auch dieser Versuch, die Angestellten von der Versammlung abzuhalten, hatte keinen Erfolg. Da heute die Angestellten auf Versprechungen, die billig wie Brombeeren sind, nichts, rein gar nichts mehr geben, so gibt es nur einen Weg: Erfüllung der Wünsche der Angestellten.

Wegen den Kurstafelverweigerung nahm am Montagabend eine vom Direktor zur Erhaltung der Kurstafel einberufene stark besuchte Protokollversammlung im „Hohenloherpark“ Stellung. Der Meistert, Herr Schirmer (Beklin), unterzog zunächst die dem Gehehntwurf beigegebene. Stillsitz der Regierung einen Kritik und wies nach, daß die Verabreichung, es gebe im Jahre 12000 nicht approbierte „Krankenkassen“, auf sehr schwachen Füßen stehe. Selbst einhelliglich von der Regierung zu Unrecht mitgeschickten Massenge und Jagntschirmer käme eine mit mindestens 4000 geringerer Zahl heraus. Dabei betrage die Zahl der Jagntschirmer allein an die 6000. Es seien durchaus nicht die minderbemittelten Schichten des Volkes, die Hilfe gegen Krankheiten bei nicht stänlich abgeimpften Heilkräften suchen. Wie könne man annehmen, daß unheilbringende Leute, wenn es sich um ihr höchstes Gut, die Gesundheit, handle, zu den besten des Schwindler laufen? Sie müßten doch mehr Vertrauen zu den Nichtapprobierten haben, und das mit Recht. Natürlich gebe es auch wirkliche Kurpfuscher, nicht zuletzt auch unter den Aerzten. Aber für die Regierung seien einfach alle nichtapprobierten Personen, die die Heilkrunde ausüben, Kurpfuscher. Das Volk frage aber heute nicht mehr, wie jemand etwas gelernt habe, sondern ob er etwas gelernt habe und etwas könne. Das Verlangen, die Kurstafel einzuschränken, gehe von der der Naturheilbewegung feindlichen Verzechtung aus und auf sie sei auch der Gehehntwurf zurückzuführen. Der Meistert ging dann näher auf Einzelheiten des Gehehntwurfs und seine Begründung ein und unterwarf sie einer Kritik, die geradezu vernichtend war, und um so wirkungsvoller ausfiel, als sie von höchster Sachlichkeit getragen war. Wichtiger als alle Kurstafel-Paragrafen sei eine Belehrung des Volkes. Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall.

Vor Eröffnung der Diskussion teilte der Vorsitzende mit, daß aus einer größeren Anzahl Orte sogar der weiteren Umgebung von Magdeburg Vertreter auswesend seien, um mit zu protestieren gegen den Gehehntwurf. Herr Mummert gab aus seinem eignen Leben Erfahrungen mit der Schulmedizin zum besten. Ohne die Naturheilmediziner würde er längt unterm grünen Rasen ruhen. Eine im Sinne des Vortrags gehaltene Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Arbeiterjugend. Ein Bezirks-Unterhaltungsabend findet am Donnerstag in der „Thalia“ in Buchau statt. Ein Vortrag über die Brüsseler Weltausstellung wird gehalten.

Nahrungsmittelkontrolle. Wie der Polizeipräsident bekanntmachte, waren von den aus Labengeschäften und anderen offenen Verkaufsstellen in Magdeburg vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1910 entnommenen Proben von Nahrungsmitteln und Genussmitteln verurteilt: Milch in fünf, Fleisch in 15, Eßig, Kondensmilch und Schokolade in je zwei Fällen, Butter, Konserve, getrocknetes Obst, Pflanzensatz und Macmelade in je einem Falle. Verboten war Mehl in drei Fällen und Eßig in einem Falle. Minderwertig war Milch in 14 Fällen. Außerdem sind am 10. Dezember 1910 auf dem hiesigen Wochenmarkt (Alter Markt) 3 Pfund Rind- und Hammelfleisch als verdorben beschlagnahmt worden.

Zur Bürgermeistereiwahl. Am Sonntag war die Frist für die Einreichung von Bewerbungen um die vakante Bürgermeisterei abgelaufen. Es sind für die Stelle etwa 30 Bewerbungen eingegangen. Für die Stelle eines Tiefbaurats haben sich etwa 40 Bewerber gefunden.

Zwei Kinder erstickt. Am Montagabend gegen 8 Uhr waren die beiden Söhne des Arbeiters W. Müller, der 4jährige Erich und Alfred, 2 1/2 Jahre alt, auf kurze Zeit in der Dittenbergstraße Nr. 16, Hofparterre, gelegenen Wohnung allein gelassen worden. Der größere Knabe lag im Bette, der kleinere im Kinderwagen. In dieser Zeit hatte der Kinderwagen verunfallt durch den Kanonenofen Feuer gefangen. Außerdem waren hinter dem Ofen Tapeten sowie ein Stück mit Kleidungsstücken angebrannt. Der größere Knabe muß in seiner Todesangst aus dem Bette gesprungen sein, denn er wurde auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Als die Schwägerin der Väterlichen Eheleute zufällig in die Wohnung kam, brannte es im Zimmer und die Stube war ganz voll Qualm. Verbeigekelte Hausbewohner löschten das Feuer und fanden dabei den kleinen Erich am Fußboden liegend, Alfred im Wagen erstickt vor. Durch das Feuer war dem kleinen Alfred die ganze linke Körperseite schon angebrannt. Die Feuerwehr, welche ersucht wurde, einen Sauerstoffapparat zu schicken, entsandte sofort einen Sanitätswagen und kurze Zeit nachdem auch noch einen zweiten mit Apparaten. Etwa eine halbe Stunde lang wurden Wiederbelebungsversuche gemacht, jedoch ohne Erfolg. Dr. Velsfeldt, welcher inzwischen zur Unfallstelle gekommen war, konnte leider nur den Tod beider Kinder feststellen.

Unfall. Am 16. d. M. gegen 7 1/2 Uhr vormittags wurde die Arbeiterin Agnes D. von hier von einem Schupmann vor dem Grundstück Halbesiedler Straße Nr. 121 in hilflosem Zustand getroffen. Sie erklärte auf Befragen, von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen verkehrt abgeprungen und zu Falle gekommen zu sein. Da die Verunglückte über unerliche Schmerzen klagte, wurde sie von dem Beamten mit der Straßenbahn der Krankenanstalt Sadenburg angeführt.

Unfall. Der Sattler Th. Ehrlich, wohnhaft Friesenstraße 57, fiel in der Brauerei Bodenlein, Siederstraße, von der Transmission und zog sich dadurch einen Bruch des linken Unterarms zu. Der Verunglückte fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altstadt.

Gestohlen wurden hier: In einem Garten in der Kaiser-Friedrich-Straße von der Dame diverse Wäschegegenstände; in einem Café am Breiten Weg ein Winterüberzieher; in einem Lanzokal im Stadtteil Morhensee ein Stockschirm mit geschweiftem Griff und braunem Lederbezug; aus dem Haus zur Vergräße 1 ein brauner Koffer, enthaltend einen Jagdtasche, eine Jagdweste, ein Paar Schnürschuhe, eine Sportmütze und ein Hornhand; aus einer unbeschlössenen Schlafkammer (Bodenkammer) ein Paar fast neue schwarze Herren-Schnürschuhe, ein neuer schwarzer Hosenhut, ein Rasiermesser, eine Kavalier-Taschenuhr, ein Etui mit einem Paar Raucherzigaretten, ein Paar schwarze Handschuhe und ein Overhemd. Der Täter, vermutlich ein Dieb, wird wie folgt beschrieben: etwa 35 Jahre alt, 1,63 Meter groß, blond, mit starkem Schnurrbart, bekleidet mit dunkeln Jackett und hellr. Hose.

Warnung vor einem Schwindler. Am 1. und 3. d. M. hat sich hier ein Unbekannter von mehreren Schantwirten Geldbeträge von 5 und 10 Mark geben lassen. Er hat durch einen Kellner den Wirten eine Bittkarte mit der Aufschrift „Apotheker Fritz Brackmann“ überreichen lassen und diese ersucht, ihm die Beträge zu leihen, hat sich aber nicht wieder sehen lassen. Der angebliche W. ist hier nicht zur Annahme gekommen. Er ist 30 bis 35 Jahre alt, hat langen, breiten, dunkeln Vollbart und war gut gekleidet. Die Kriminalpolizei ersucht um Mitteilung, wenn noch Wirte geschädigt sein könnten, die noch keine Anzeige erstattet haben, auch sind ihre Angaben über die Person des Täters erwünscht.

Von der Genernacht. Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr wurde Verzug 1 durch Reider Dvenstedter Straße 39/40 nach Friesenstraße 42 gerufen. Es brannten in der parterre gelegenen Wohnung Kleidungsstücke, ein Bett und ein Regal. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. Entzündet war das Feuer vermutlich durch Djenhige.

Walhalla-Theater. „Der kaiserliche Joseph“ eröffnet das neue Programm. Der Humor ist ein bläuliches Dreck; die Eindeutigkeiten etwas andringlich. Belacht wurde das Stück aber nicht und langweilig wurde es keinem. Eine Wald sang amnützig und wichtig originelle Pieder und hübsche Redereien. Ellt und Mag Bach trugen einen guten Teil zur fröhlichen Unterhaltung bei. Einen eigenartigen Genuß bereitet die spanisch-maurische Tanzszene von La Melanilla. Die Künstlerin zeichnet mit ihrem schlanken elastischen Körper Musik. Walter Reiz-Reichardt erzeute mit seinen wichtigen Einfällen. „Sm Heiratshureau“ schloß die ganze lustige Vorstellung wirkungsvoll ab.

Im Vertrauensverhältnis. Die Direktion Magdeburg, die mit einem durchweg erfolgreichen Programm herausgekommen. Von nun an zu Nummer steigerte sich der Beifall, so daß es am Schluß der Vorstellung am Montagabend allgemein hieß: Alles Lobes! Der Anfang machten die drei Streichinstrumente, die in kleinen Handständen und Palombetten überaus schwerig aber elegant ausgeführt Arbeiter vollbrachten. Damit trat Signor Vessling in mit seiner Mandolin auf und entlockte diesen Instrumenten Töne, die das Publikum zu lauten Beifall hinstießen. Nicht minder wirksam war Wajsch Dignam als Vortragskünstlerin am Flügel, deren von ausgeglichener Humor genutzte Darbietungen allgemeinen Anklang fanden. Das japanische Trio Lhe Hino bes brachte einige Kabukistücke auf japanischem Gebiet, wie sie eben nur Japaner liefern können. Ein Mitglied der Truppe macht zum Schluß, nur mit einem Schirm in der Hand, einen Spaziergang auf einem von der Mitte der Bühne bis zur Galerie reichenden Seil und rutscht dann mit gespreizten Füßen vor oben bis zur Bühne herab. Eine überaus zugkräftige Nummer, wobei sogar der Kinematograph zu Hilfe genommen wurde, sind Christian und Louise in ihrer holländischen Szene „Maets und Trina“. Herz und Auge des Beschauers kamen hierbei voll auf ihre Rechnung. Der zweite Teil des Programms brachte zunächst die Hauptattraktion des Abends, die Eis-Französische Originalschöpfung Der Vampirtrank nach dem Gedicht von Rudyard Kipling und dem Gemälde von Philipp Burne-Jones. Es war eine choreographische Meisterleistung. Eine wahre Folter für die Nerven der Zuschauer war das Aufstreiten der an zwei frei stehenden Leitern operierenden Geschwister Amatos. Als die Nummer vorüber war, atmete alles, was im Theater war, auf. — Zu erwähnen bleibt noch der flott und geschickt vorzutragende Humorist Alfred Feinen und die die Musikwelt in Bewegung setzenden 5 X Mays als eigentümliche Akrobaten. Das reichhaltige Programm wird der Direktion für die nächsten 14 Tage volle Häuser beschaffen.

Letzte Nachrichten.

Die Situation in Portugal.

Lissabon, 17. Januar. Der Vermittlung der Regierung ist es gelungen, die Gesellschaften zu Zugeständnissen zu bewegen, die von den Eisenbahnern akzeptiert wurden. Die Zugeständnisse sind folgende: Die niederen Lohnklassen erhalten eine tägliche Zulage von 100 Reis (0,45 Mk.); allen Angestellten wird ein jährlicher Urlaub von 20 Tagen gewährt, während dessen das volle Gehalt gezahlt wird; die Arbeitszeit in den Werkstätten wird auf neun Stunden festgesetzt; die Dienstverhältnisse sollen neu geregelt werden; sämtlichen Angestellten werden jährliche Freizeiten gewährt, und die Streiktage sollen als Urlaubstage angesehen und bezahlt werden. Der Streik ist damit beendet. Die Lüge verbreiten zum größten Teile wieder normal.

Lissabon, 17. Januar. Die ausländischen Gasarbeiter haben Gasometer und Gasleitungen beschädigt. Die Reparaturen werden bis Montag dauern. Die Truppen gingen teilweise mit dem Gewehr in die Hände und die Unzufriedenheit vor. Gravierende Verletzungen scheinen nicht vorgekommen zu sein. Es wurde festgestellt, daß der Gasvorrat infolge Entweichens des Gases erschöpft war. Die Streikenden beschädigten 23 Gasometer in der Gasanstalt in Velen.

Lissabon, 17. Januar. Eine Abordnung der Ausständigen hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Arbeitsminister. Wie die Verwaltung bekanntgibt, hat sich die Gasreserve infolge der Ausbesserung der beschädigten Gaszungenöffnungen und der Anwerbung von Gasarbeitern aus der Provinz vergrößert.

Paris, 17. Januar. Der „Matin“ berichtet aus Lissabon, daß der gestrige Tag verhältnismäßig ruhig verlief, aber die Herstellung von Gas ist nahezu durch neues Personal vollständig gestoppt. Dagegen sind in den Metallfabriken die Arbeiter gestern der Arbeit ferngeblieben. Die Gasfabrik von Velen sowie deren Umgebung ist von einem starken Kavallerieaufgebot besetzt. Militärpatrouillen durchziehen die Stadt und Soldaten bewachen die Eingangstore der großen Fabrik. Es scheint, daß dieser große Apparat weniger aus Furcht vor Unruhen angeboten ist, als vielmehr um zu zeigen, daß die Regierung entschlossen ist, allen Aufständischen sofort die Spitze zu bieten.

Paris, 17. November. Aus Madrid wird gemeldet: Gegenüber der amtlichen Erklärung, daß die Regierung keineswegs ein Einschreiten in Portugal ins Auge gefaßt habe, wie ernst und die gegenwärtige Lage dort sei, hält die Zeitung „ABC“ die Behauptung aufrecht, daß im nächsten Ministerrat nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Canalejas die Frage der Intervention Spaniens in Portugal erörtert werden solle. Das Blatt fügt hinzu, daß England einer solchen Intervention Spaniens gegenwärtig nicht geneigt sei, und behauptet, daß die beiden großen Großmächten eine alte Abmachung für den Fall bestehe, daß in Portugal Unruhen ausbrechen. In einer Versammlung in Alicante forderte der Führer der Republikaner Llorca die Republikaner auf, sich mit allen Mitteln dem Einschreiten Spaniens in Portugal zu widersetzen, das die künftige Einheit des Iberischen Vaterlandes hindere.

Kiel, 17. Januar. Das Unterseeboot U 3 ist in der Herdendorfer Bucht im Kieler Hafen gesunken. Das Hebeschiff „Wulst“ und der große Kran der Kaiserlichen Werft sind zur Hilfeleistung abgegangen.

München, 17. Januar. Wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ melden, wurden gestern Abend der Student Ernst Kundert aus Jülich und seine Geliebte in der Wohnung des Studenten tot aufgefunden. Sie hatten sich durch Revolvergeschosse getötet.

Jüterburg, 17. Januar. Die beiden vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilten russisch-polnischen Landarbeiter Wladislaus Murawski und Peter Galat, die im August v. J. ihren Arbeitskollegen Sokolowski ermordet und beraubt hatten, sind heute hingerichtet worden.

Lüttich, 17. Januar. Der Verband der Grubenarbeiter hielt gestern Abend eine Sitzung ab, worin die Ergebnisse der Unterredungen zwischen den Arbeiterdelegierten und den Grubendirektoren geprüft wurden. Aus den erstatteten Referaten geht hervor, daß auf drei Forderungen Einwendungen gegen die neuen Arbeitsbedingungen gemacht worden sind. 43 Grubendirektoren haben die neuen Bedingungen angenommen; sechs Direktoren waren abwesend. Angesichts dieser Umstände beschloß der Verband die Fortsetzung des Ausstandes. Man nimmt aber an, daß der Ausstand in 24 Stunden beendet sein wird. Zu diesem Zwecke werden die Unterhandlungen heute fortgesetzt werden. Vor dem Volkshaus versammelten sich spät abends mehrere 1000 Personen. Nach dem Bekanntwerden des Beschlusses des Verbandes durchzog die Menge die Straßen der Stadt. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen gewesen.

Perpignan, 17. Januar. Aus Barcelona wird telegraphiert: Die Lage im Hafen ist unverändert. Sämtliche Kohlen- und anderen Arbeiter sind im Ausstand. In einer gestern abgehaltenen Versammlung wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Ein Franzose, der einen Wagen begleitete, wurde von einem Ausständigen schwer verletzt.

Wettervorhersage.

Mittwoch: Ruhig; teils heiter, teils neblig; trocken; leichter Frost.

Das Wahlrecht verweigert!

Mit dieser Forderung werden sich

2 große Volksversammlungen

beschäftigen, die in

Saal und Garten des „Luisenparks“, Spielgartenstr. 1c
am Sonntag den 22. Januar 1911, vormittags 11 Uhr

tagen. Das Referat hat der

Reichstagsabgeordnete **Dr. David** (Berlin)

übernommen. Wer für die wichtigste Forderung der Gegenwart, das freie Wahlrecht für Preußen, seine Stimme erheben will, muß am kommenden Sonntag in der Versammlung anwesend sein. Da großer Andrang zu erwarten ist, wird die Arbeiterschaft ersucht, Einladungen möglichst schon vor den Versammlungen zu lösen. Sie sind bei allen Vertrauensmännern und im Parteisekretariat zu haben. Preis 10 Pfennig.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Einige junge Mädchen
die das Fach gründlich zu erlernen beabsichtigen
sowie
tüchtige Garnierinnen
mit besten Zeugnissen sucht für sofort oder später
Selma Typky
Schmidtstr. 47.

A. Typky
Schmidtstraße Nr. 37 u. Schmidtstraße Nr. 40a
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den billigsten
Bedingungen. — Auch auf Teilzahlung.
Großes Lager fertiger Särge
in allen Größen.

Zigarren- und Zigaretten-Großhandel
zu herabgesetzten Preisen, um damit zu räumen
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3.

Raucht
Engelhardt
Cigaretten
Überall erhältlich
LEUCO, Gold 2 Pfg., CATO, Gold 3 Pfg., LUX, 3 Pfg., MANETO, 4 Pfg.,
LEO, Gold 4 Pfg., MAZEPPA, 5 Pfg.
Das Beste vom Besten!

Locken, Zöpfe sowie sämtl. **Herren- u. Damenrad**
Erststücke **neu großartig, preisbillig. Goeke,**
empfehlen billigst **Goldschmiedebrücke 5, L. 112**
C. F. Walter
Spezialgeschäft für Haararbeiten
Bahnhofstr. 111 (am Eisenplatz)
Hausnummer für veränderte Haararbeiten
Möbelfuhren
mittels offener od. verdeckt. Wagen
werden prompt u. gewissenhaft be-
billig. Berechnung ausgeführt durch
Singer-Nähmaschine, tabel- Ernst Fanke, Buckau
los gut fahend, 15 Mk. **Goldschmiedebrücke 5, L. 111**
Nordstraße 7 — Fernspr. 1757

Pflichtwidrigkeiten hiesiger Richter.
Ein Ehescheidungs-Prozess.
Diese mit Kenntnis der hiesigen Justizbehörde seit Jahren
bei Albert Rathke hier für nur 1.75 Mk. zu habenden
Broschüren müßte jedermann lesen. **Ewald Noack.**
Gratulationskarten empfiehlt die
Buchhandlung Volksstimme

1 hochfeine, gediegene
Wirtschaft
bestehend aus:
1 eleg. 2stücker Kleider-
schrank, 1 bito Vertiko,
1 gut gearbeit. Tisch-
sofa mit Umbau, einem
Trumeau u. geschliffen.
Glas u. Stufe, 1 2stü.
Sofatisch, 4 schweren
Wahgenstuhl, englisch,
Bettstelle u. extra guter
Matr., 1 Waschtoulette,
1 Küchenstuhl m. lang.
Scheib., 1 Murrstetisch,
1 Tisch 2 Stühlen, 1 Hand-
tuchhalter nebst sämtl.
Küchensachen, Silber,
Teppich, Uhr, Gardinen
für mir
265 Mark.
zu verkaufen.
Ferner: 2 gute Feder-
betten (Dannen). Sämtl.
Möbel sind extra gut ge-
arbeitet und sehr zu emp-
fehlen. Zu erfragen
Peterstr. 17,
Sof part.
Auch ist die Wohnung,
besteh. aus Stube, Kammer,
Küche, für 60 Taler zu
vermieten.

Umzug!
empfehle auch
Teilzahlung
einzelne Möbel
Sofas, Teppiche,
Gardinen, Betten
und Spiegel usw.
komplette Küchen,
Schlafzimmer,
kompl. Ausstattungen
von 300 bis 5000 Mark
A. Friedländer
Gegründet 1872
Magdeburg, Breitenweg 118

Warenhaus Wilhelmstadt
Gr. Diesdorfer Straße 226 inhaber: Richard Gottschalk Gr. Diesdorfer Straße 226
Grosser Inventur-Verkauf
Beginn: Mittwoch den 18. Januar
Bedeutend im Preise ermäßigt sind sämtliche Waren; Saison-Artikel wie: Damen- und Kinder-
putz bis zu 50 Prozent des bisherigen Verkaufspreises. Einzelne Kleiderroben sowie solche knappen Maßes,
welche sich besonders für Konfirmandenkleider eignen, erstaunlich billig. Ca. 20 große Teppiche mit kleinen
Schönheitsfehlern weit unter Preis. Einzelne Bett-, Stepp- und Schlafdecken, um damit zu räumen, sind
ganz bedeutend im Preise ermäßigt. Große Posten Gardinen, Stores, Füllbettdecken, Brise-Büfés
und Bitragen werden ebenfalls jetzt unter Preis verkauft. Reste in Leinen, Hemdentuchen, Linons,
Hemdenbartheuten, Juletten, Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Blusenstoffen zu Schleuderpreisen.
Verkauf nur gegen bar. **Umtausch ist nicht gestattet.**
Man beachte die Auslagen meiner 10 Schaufenster!